

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntabend, den 30. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Kummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit Multiplikat. Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
vollständige und gewerkschaftliche Besuchs-
und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Sozialillusionisten und Industriepraktiker.

Die diesjährige Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik darf den Anspruch erheben, zu den bemerkenswertesten Erscheinungen unserer Tage gerechnet zu werden. Was sich dort in interessanten Redebekämpfen abspielte, war nicht mehr und nicht weniger als der völlige Zusammenbruch der kapitalistischen Ideologie, mit der die heutige Gesellschaft sich theoretisch zu rechtfertigen sucht.

Auf der einen Seite treten die Ächtel- und Viertel- und Halbsozialisten der professoralen Wissenschaft auf und geben so ziemlich alles preis, womit die herrschende Ordnung sich selbst als die beste aller Ordnungen bewies; man hat sich kritisch fast hier und da schon zur radikalsten Erkenntnis durchgerungen, ohne doch den Weg zum positiven wissenschaftlichen Sozialismus zu finden oder zu wagen. Der Begriff individueller Arbeitsfreiheit wird in seinem betrügerischen Ausbrenner erkannt. Auch die anderen „Freiheiten“ werden als durch die kapitalistische Entwicklung längst entwertet angesehen: Was ist schließlich noch die Gewerkschaft, ja selbst die Freizügigkeit — es ist immer nur die Freiheit der Kapitalisten, den andern die Freiheit zu nehmen! Das alles wissen die professoralen Reformen, aber die einen, wie Professor Brentano, finden sich mit lässlich radikaler Anerkennung der Gewerkschaftsforderungen ab, die anderen, wie der Freund des gegenwärtigen Reichskanzlers, Herr Schmoller, versuchen mit dem Keinen preussischen „staatsethischen“ Gehemrat auf wahrhaft kindlich-gemüthliche Weise den Gigantentum des Kapitalismus den winzigen geistigen Bedürfnissen der für das „Gesamtwohl“ angestellten Kleinbürgerlichen Bürokratie anzupassen und ihn mit Altkonformularen am weiteren Wachstum zu hindern.

Diesen Professoren und ihren Anhängern treten nun die Männer der Praxis gegenüber, teils in eigener Person, teils — was minder lehrreich und munter — durch ihre sachlich gebildeten und gelehrte Vertreter, zur Lieferung geistiger Waffen konträrmläßig verpflichteten Angestellten für öffentliche Meinung. Auch diese Praktiker verdrängen jede Ideologie, sie reden kaum noch von Christentum, Monarchie, Staat, Vaterland, Gesamtwohl, sie haben gar keine ideologischen Bedürfnisse und sie pfeifen darauf, ob die „Freiheit“ in irgend einem moralischen, ökonomischen, staatsrechtlichen System begründet sei — ihre eigene Macht, ihre geschäftliche Erfahrung, ihr Profitbedürfnis genügt ihnen vollständig als Theorie und Prinzip. Sie sprechen, fast ohne jede Verkleidung, einfach die Notwendigkeiten ihres großkapitalistischen Betriebes aus, sie vertreten nur die Moral des Hauptbuches, der Dividende und Lantime, kurz der individuellen Bereicherung.

Demnach prallen die beunruhigten Vertreter der bürgerlichen Gelehrsamkeit mit den selbstherrlichen Führern und Agenten der privatkapitalistischen Riesenmonopole zusammen, und es ist kein Zweifel, daß die Herren von der Wissenschaft, denen jeder feste Boden unter den Füßen entzogen ist, den selbstbewußten Industrieherrn als sehr unbeträchtliche, wenn nicht löbliche Persönlichkeiten vorzuziehen.

Wenige Jahre, nachdem auf allen „Philosophenwegen“ die lustwandelnden Professoren die Krisis des Marxismus dozieren, fühlten sie sich jetzt heftig erregt, daß die Entwicklung selbst offenbar marxistisch geworden ist. Die großkapitalistische Konzentration hat jetzt auch in Deutschland so auffällige Formen angenommen, daß selbst ein deutscher Professor den Teufel zu spüren beginnt. Ja, einige geben schon alle Trostgedanken auf, und sind zu der Einsicht gelangt, daß man den Anhold stärker beschwören müsse. Andere schwanken beunruhigend zwischen der Furchtsamkeit ihrer kleinen, guten Seele und der unbarmherzigen Völlerei der Erscheinungen, die sie anfangen zu begreifen, nachdem sie von ihnen ergriffen worden sind.

Der Glaube an die trotz alledem immanente Weisheit des Kapitalismus ist wohl nun bei allen diesen Gelehrten gründlich erschüttert und sie helfen sich über die Verwirrung der eigenen Anschauung und über die Mühsal auf Amt und Würde wohl gelegentlich mit harmlosen Albernheiten wider die Bewegung, in welcher die Erkenntnis seit jeher lebt, die auch allmählich die Professoren zu ahnen anfangen: über die Sozialdemokratie.

Es scheint, als ob namentlich der Ruhrstreik und der Glibernahandel die Gemüter der Universitätswissenschaft aufgeschreckt hat. Noch auf der Generalversammlung in Hamburg vor zwei Jahren waren die Sozialpolitiker ziemlich optimistisch. Herr Schmöller nahm zwar bereits schon unheimliche Verschärfungen wahr, aber er hoffte doch noch sehr sicher auf die moralische Kraft im Volke, die Gegenläge zu überwinden. In dem ganzen Volke müsse die Erkenntnis wachsen, sagte er in Hamburg, daß es ein großes Gebiet des „sozialen Gottesfriedens“ gibt, daß erst das Gefühl des Gemeinsamen gepflegt werden muß, wenn die Völker ihre Blüte erreichen sollen. Und gerade die Entwicklung der letzten zehn Jahre war ihm ein Zeichen, daß die günstigen Momente im Fortschreiten seien. Hinsichtlich der Entwicklung der Kartelle aber fand es noch vor zwei Jahren auf der Hamburger Tagung Herr Sombart sehr gemächlich, daß ihre Wirkung sowohl nach der günstigen als auch nach der ungünstigen Seite wesentlich überschätzt werde.

Ganz anders heute. Im Bereich des „sozialen Gottesfriedens“ kenne scharfe Kämpfe. Die Gegensätze prallen hart aneinander. Den Glauben an den Kapitalismus haben nur noch seine unmittelbaren Interessenten. Freilich, der Zweifel gebietet bei deutschen Professoren nicht die Tat der Konsequenz.

Am tapfersten fand sich noch Herr Brentano mit dem Problem ab. Er stellte sich mit aller Entschiedenheit auf den gewerkschaftlichen Boden. Rechte immerhin ihn er Hintergedanke leiten, der Sozial-

demokratie das Wasser abzugraben, seine Thesen waren frei von der Verschommenheit, die seinen meisten Kollegen eigenentümlich ist. Er bekannte sich zur unbedingten Koalitionsfreiheit, zum kollektiven Arbeitsvertrag, und was er gegen die Arbeitswilligen und die Wohlfahrtsplage sagte, klang sogar ungewöhnlich entschieden. Wenn der selbige Stumm noch lebte, so würde er es sich nicht haben nehmen lassen, sofort nach Potsdam-Berlin zu eilen und gegen diese „Schrittmacher des Umsturzes“ scharf zu machen. Bereits liegt man ja auch in der „konservativen Korrespondenz“, daß die Professoren in Mannheim mit den „Vamereitragern der Revolution fraternisiert“ hätten:

„Das große Wort und der maßgebende Einfluß ist auf der Seite der Schmoller-Brentano-Deberischen Richtung. Unter solchen Umständen drängt die Frage sich auf, ob es nicht geboten sei, daß die dieser Richtung nicht angehörigen Mitglieder dem Vereine den Rücken kehren und die Professoren mit den „Genossen“ und den Krypto-Sozialdemokraten „unter sich“ lassen. Ferner wird darauf hinzuwirken sein, daß einem Verein, der die gemein- und staatsgefährlichen Bestrebungen der notorisch revolutionären Sozialdemokratie zu fördern als seine wesentlichste Aufgabe erachtet, die ihm für seine Publikationen bewilligten staatslichen Subventionen entzogen werden.“

Der arme Schmoller! Er betrachtet es als seine Lebensaufgabe, die Sozialdemokratie dadurch zu vernichten, daß er ihr die Vorbedingungen entzieht, den Kapitalismus, oder wie er es nennt, die Auswüchse des Kapitalismus. Und nun wird er selber unter die Mäuler und Mörder geworfen, was ihn aber immer noch nicht belehren wird, daß der Klassenkampf der Herrschenden keinen sozialen Gottesfrieden kennt und eben zu ihrem Todfeind erklärt, der nicht ganz auf ihrer Seite streitet.

Gerade Herrn Schmollers Versuch, des Ungeheuers der Kartelle und Trusts mit einigen sanften Sprüchlein Herr zu werden, zeigt die tollendete Harmlosigkeit dieses maßgebenden Typs der Sozialpolitiker. Er hat heute nicht mehr den Glauben an den die Wirtschaft ordnenden Segen der Syndikate. Aber er traut sich noch gegen die Vorstellung, daß auch im braven Deutschland der Kapitalismus bereits amerikanisch sei. Er hält noch an der lieben Hoffnung fest, daß unsere deutschen Syndikate noch eine Art Genossenschaften seien, Vereine technisch und betriebsmäßig selbständig bleibender Unternehmungen, und er schreit vor dem Eingeständnis zurück, daß die guten Kartelle bereits böse Trusts auch in Deutschland werden, d. h. zentralistische, spekulierende, privatwirtschaftlich egoistische Gewinnorganisationen, Monopole desselben engen Kreises weniger Milliarden. Indessen er fühlt sich nicht mehr fest in diesem Optimismus. Allzu laut treten bereits die wenigen, immer dieselben Personen auf den Markt, die auch das deutsche Wirtschaftslieben beherrschen: eine großkapitalistische Oligarchie. Und der Herr Professor hat gegen diese Gefahr aus der Hausapotheke des Schäfers Thomas ein sicheres Alheilmittel entnommen: Der Staat muß seine Vertrauensmänner in die Aufsichtsräte wählen lassen! Das ist der gloriose Einfall des kleinpreussischen Bürokraten, er entspricht ungefähr der Weisheit der Mittelständler, die Warenhäuser mit dem Befähigungsnachweis zu bekämpfen unternehmen. Dieser Staat, der doch nur die Organisation der kapitalistischen Massen ist, soll die Lebensbedingungen dieses Kapitalismus selbst unterbinden! Würden wirklich einmal die staatlichen Aufsichtsräte Wirklichkeit werden, sie würden keine andere Funktion ausüben, als die schon jetzt unigsten Beziehungen zwischen den Großkapitalisten und der staatlichen Bürokratie noch mehr zu entwickeln und zu erleichtern.

Gegenüber den Schmollerschen Harmlosigkeiten hatte Herr Rirdorf, dieser Repräsentant der deutschen Trugschulung — die nach der Professorentheorie noch nicht recht existieren — ein leichtes Spiel. Das war der Herr im Hause, wie er nicht reiner gegählet werden könnte. Er kennt nur die Allmacht der Industrieherrn und spottet des Staats, der ihnen höchstens als Genarm gegen die Arbeiter brauchbar erscheint: Kein Koalitionsrecht für die Ausgebeuteten, kein Arbeiterschutz, auch keine Freizügigkeit! Die Organisation der Arbeiter ist ihm Verbrechen, der Maximalarbeitstag Karreie, die Freizügigkeit Vaster. Rirdorf bekannte offen, daß die Syndikate aus eigener Kraft die Freizügigkeit zerstören. Das Mittel haben die Herren allerdings dem sonst so verächtlich behandelten Staat abgekauft, der als Arbeitgeber im Saarrevier sich längst mit der stummischen Konkurrenz dahin verkränkt hat, daß sie abgelehnte Arbeiter wechselseitig nicht aufnehmen.

Das war das Interesse der Mannheimer Tagung: Die bürgerliche Wissenschaft versucht, nach dem Verlust der kapitalistischen Illusionen sich auf mittlerer Linie neue Illusionen zu fassen. Die Herren der Industrie aber proklamieren die großkapitalistische Realität in all ihrer Freiheit als höchstes Gesetz.

Die Illusionisten sind zur Ohnmacht verurteilt. Die Macht des Industrieendalismus wird nicht durch Wohlwollen und Vermittelung, auch nicht durch radikale Doktrin überwunden, sondern lediglich durch die höhere Macht: das Proletariat, die Sozialdemokratie.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. September.

Die Wahl in Essen.

Die Tage zwischen Hauptwahl und Stichwahl bildeten im Wahlkreis Essen Tage übermenschlicher Arbeit. Das Zentrum hat mit allen Mitteln der künstlichen Wahlmacht gearbeitet, unsere Parteigenossen haben an Aufklärungs- und Aufreißungsarbeit geleistet, was nur möglich war. Das Zentrum hat noch einmal den Mandaterfolg für sich, unser Gewinn aber ist dauernder. Unaufhaltsam und sicher dringt die sozialistische Aufklärung unter den Proletariern dieses gewaltigen Industriegebietes vor

und was da einmal gewonnen ist, das bleibt unser. Der Wahlkreis Essen gehört zu den Kreisen, die, wenn sie reif sind, im ersten Ansturm geholt werden und damit sofort sicherer Bestehen der Partei geworden sind.

Auf geistige Waffen hat das Zentrum im Stichwahlkampf gänzlich verzichtet; umso mehr hat es mit geistlichen Waffen gearbeitet.

„Jeder Katholik, der nicht Zentrum wählt, schädigt die Kirche!“ Das war die von den Führern des Zentrums ausgegebene Parole und unter ihrem Zeichen arbeiteten die Wahlpläne, die haufenweise herumkamen. Sie gingen von Haus zu Haus und arbeiteten unter Mißbrauch ihres geistlichen Ansehens und ihrer noch immer großen Macht über die Gemüter, unter Mißbrauch der Religion die Wähler; oder deren Frauen.

Der Kandidat des Zentrums, Herr Giesberts, erwieb sich als waschechter Zentrumsmann: er versprach allen alles. Sehr charakteristisch dafür waren die Erklärungen, die er in einer Versammlung von Mittelständlern abgab. Er war besonders zu dieser Versammlung geladen und eine Anzahl vorher bestimmter Redner behandelten die Forderungen der Kleingewerbetreibenden. Herr Giesberts gab „befriedigende“ Erklärungen ab. Die Versammlung forderte die Aufhebung aller Konsumvereine. Herr Giesberts erklärte, daß er für die Aufhebung aller Konsumvereine eintreten werde. Dabei hat Herr Giesberts zahlreiche „christliche“ Arbeiterkonsumvereine gründen helfen und noch im Frühjahr dieses Jahres hat er Artikel veröffentlicht über den Nutzen der Konsumvereine. Herr Giesberts erklärte sich auf Wunsch der Mittelständler für energische Maßregeln zur Bekämpfung des Fleischwunders, derselbe Herr Giesberts, der die rheinischen Zentrumsbauern versichert hat, daß die Arbeiter „die paar Pfennige“ Aufschlag auf die Lebensmittelpreise gern zahlen. Herr Giesberts will als Mitglied des Zentrums das Koalitionsrecht schämen, während der Zentrumsgraf Vallestrom die Streikbrecher schlägen will.

In seinen Veröffentlichungen zur Stichwahl hat das Zentrum ausschließlich mit den Mitteln gearbeitet, die den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie so trefflich auszeichnen: mit den Mitteln der Verleumdung und der persönlichen Verunglimpfung des Gegners. Die „reichen“ Sozialdemokraten, die knieenden und von Arbeitergroßen prassenden Agitatoren und dergleichen dienten als Schreckmittel. Das war zwar alles sehr dumm gemacht — z. B. kommt in einem der Artikel die Behauptung vor, Bassalle habe namentlich mit seinem „System der erworbenen Rechte“ viel Geld verdient —, aber die kritische Nachprüfung solcher dummen Behauptungen ist nicht Sache des einfachen Lesers. Auf die sozialkatholische, im Sinne des Paffenhums liegende Verleumdung, die in dem Maße noch sehr zahlreich ist, in einzelnen Bezirken des Kreises, wie Vorbes und Steele, sogar die überwiegende Mehrheit bildet, wirkt jede mit der nötigen Kühnheit vorgetragene Behauptung wie ein Dogma. So kommt auch die Mehrzahl für Giesberts aus diesen vorwiegend katholischen Bezirken, wozu übrigens auch der Terrorismus der Wahlpläne das seinige beigetragen hat. In der Stadt Essen, insbesondere in den Arbeitervierteln, sowie in den nördlichen Industriebezirken des Kreises haben wir bedeutende Majoritäten. Die Zunahmen jedoch waren von Giesberts Versprechungen befriedigt und stimmten geschlossen für ihn, ebenso das „bessere liberale Bürgertum“. Da hat sich selbst die „rheinisch-westfälische Zeitung“, das Blatt der leitenden Scharfmacher der „nationalen“ Partei, die eigentlich nationalliberal heißt, in der Beurteilung seines Anhanges gelächelt. Dieses Blatt jagte nämlich in einer Betrachtung über die „nationale“ Stichwahlparole zugunsten des Zentrums, daß nur etwa 4000 von den rund 18 000 der Wähler Niemeyers der Stichwahlparole der Partei folgen würden. Es sind erheblich mehr geworden. Die „Bildungsfeindlichkeit“ des Zentrums, mit der die „Nationalen“ in der Hauptwahl gegen das Zentrum arbeiteten, schreckt dieses „bessere“ Bürgertum nicht mehr; wohl aber schreckt es das Proletariat und sucht Schutz bei der Partei der politischen Reaktion, die zugleich in der Religion ein Mittel hat, die Arbeitermassen noch fest im Scharfalle zu halten.

Allerdings gehören zu den Wählern der nationalliberalen Partei auch Arbeiter und kleinere Beamte, bilden vielleicht sogar noch das Gros der Partei. Von denen hat sicher ein erheblicher Teil für uns gestimmt, und es ist anzunehmen, daß wir einen Teil dieser allmählich dauernd gewinnen werden.

Daß die offene Verräterei des Zentrums bei der Vergesselnobelle diesem noch keinen unmittelbaren Stimmenverlust gebracht hat, erklärt sich einmal aus den religiösen Verhältnissen des Kreises und dann aus der Tatsache, daß das Zentrum noch immer als die Partei der Opposition gegen die herrschenden Kapitalmagnaten gilt. Solche Mächte lassen sich nicht in einem kurzen heftigen Agitationsvorstoße bewältigen, sondern nur in langer zäher Arbeit. Der Ausbau der Organisation ist daher das wesentlichste Mittel zur Gewinnung der Massen. Das Ergebnis der Stichwahl, die Agitationsmethode des Zentrums, die Tatsache, daß alle reaktionär interessierten Bevölkerungskreise in immer stärkerem Maße im Zentrum ihre Vertretung sehen, wird mit der Zeit viel mit dazu beitragen, die Arbeitermassen über die wahre Natur des Zentrums aufzuklären. Auch die Wirkungen der Vergesselnobelle, die positiven wie die negativen, müssen die Arbeiter erst an eigenen Leibe spüren, ehe ihnen klar wird, was das Zentrum für sie geleistet hat.

Unsere Genossen haben für die Beseitigung dieser Umstände in einer vorzüglichen Organisation das rechte Mittel geschaffen und sie sind sich auch bewußt, daß in deren weiterem Ausbau die sicherste Gewähr für die fortschreitende Gewinnung der Arbeitermassen und damit für die endgültige Niedertreibung des Zentrums liegt. —

Deutsches Reich.

Die Kompottschüssel. Die „Zukunft“ bezeichnet ein angebliches Wort des Kaisers über die deutsche Sozialpolitik und die Arbeiter. Die Zeitschrift meint, der Kaiser glaube, die Entwicklung aufhalten zu können, und habe in einem sozialpolitischen Gespräch erklärt, er habe Wilow gesagt, „man sei die Kompottschüssel voll und vorläufig genug für die Arbeiter gefüllt.“

Was Wilow erwidert hat, wird nicht erzählt. Mindestens wird ihm die Nachricht von der vollen Kompottschüssel überraschend erschienen sein. Er mag zwar nicht hören, daß dank seiner Politik die Arbeiter die unerträglichste Vertenerung der nötigsten Nahrungsmittel erdulden müssen. Aber daß er der Arbeiterschaft die Kompottschüssel gefüllt habe, diese sozialpolitische Leistung war ihm selbst bisher unbekannt.

Der Fall Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis ist nun endlich, wie aus Köln telegraphisch wird, am Freitag aus dem Polizeigewahrsam entlassen und nach der niederländischen Grenze „abgehoben“, nachdem die preussischerseits beantragte Uebernahmeerklärung der niederländischen Regierung eingegangen ist.

Man hat ihn also polizeilich bis zur Grenze geschleppt! Die Polizei in Deutschland voran!

Am Donnerstag schrieb unser Korrespondent aus Köln:

Der Rechtsbeistand des holländischen Staatsbürgers Nieuwenhuis hat sich wegen dessen trotz der gerichtlichen Entlassung andauernder polizeilicher Gefangenschaft telegraphisch an den preussischen Minister des Innern gewandt, der in diesem unerhörten Polizeistück die eigentliche bewegende Hand ist.

Der Skandal hat auch im Ausland Erregung hervorgerufen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Blatt der Kohlen- und Schieferen, also gewiß ein unerbittlicher Zeuge, läßt sich aus Amsterdam berichten, daß „die Verhaftung in Holland Unrecht gemacht hat“; Nieuwenhuis sei „als ein höchst unschädlicher Mensch bekannt“, gehöre einer angesehenen Familie an, sei früher in Haag ein vielgeachteter lutherischer Prediger gewesen und befinge in Holland trotz seiner Eigentümlichkeiten manche Sympathien. Seine Partei habe ein großes Protestmeeting angekündigt, wo die deutsche Regierung wohl einige Federn werde lassen müssen.

Der „Frankfurter Zeitung“ schreibt ein Korrespondent aus Amsterdam: „In Holland zerbricht man sich den Kopf darüber, was die weiße deutsche Polizei zu diesem Latendrang gegenüber dem alten Nieuwenhuis veranlaßt haben könne. ... Die Idee, daß der ehrliche sanftmütige Domela Nieuwenhuis, der sein Vermögen seinen Ueberzeugungen geopfert hat, daß diese Apostelgestalt ein Attribut begehren könne, hat in Holland ein Lächeln hervorgerufen. ... Die Worte dieses ehemaligen Theologen mit dem schönen, von weißen Locken umrahmten Kopf üben eine unwiderstehliche Wirkung auf die Massen aus. Zudem ist es gerade die Reinheit seines eigenen Lebens, die ihm diese Kraft verleiht.“

Den so geschilderten Greis denke man sich im dunklen Gefangenenwagen zugleich mit einer Prostituierten transportiert, dann von der Faust eines Schupmannes geführt und in ein Gefäß in der Gerichtssaale gesperrt, in dem man sonst nur Diebe, Raufbolde, Suren und dergleichen zu sehen gewohnt ist — und man hat das Bild, wie es der preussische Mittelstaat in Köln der gesamten Kulturwelt geboten hat.

Immunität des Reichstags-Abgeordneten und Verführung vor Gericht.

Das Urteil des Reichsgerichts in dem am 18. September verhandelten Prozeß gegen unseren Parteigenossen Reichstags-Abgeordneten Medaieur Adolf Thiele in Halle a. S. wurde am Freitag verkündet. Das Reichsgericht hat die Revision des Angeklagten aus folgenden Gründen verworfen: „Die Frage war, ob die Verführung des Angeklagten vor die erkennende Strafkammer zu Recht erfolgt war oder ob sie mit Bezug auf Artikel 31 der Reichsverfassung zu Unrecht erfolgt war. Es war zunächst zu untersuchen, wie die Strafprozeß-Ordnung sich das Verhältnis der beiden Rechtsinstanzen, der Vorführung und Verhaftung, zueinander gedacht hat. Begrifflich verschieden ist ohne Zweifel die Haft und die Verführung nach der Strafprozeß-Ordnung. Dafür spricht zunächst, daß beide Rechtsinstanzen nicht an denselben Stellen behandelt werden, sondern in verschiedenen Abschnitten. Dafür spricht aber auch die Verführung nach der Strafprozeß-Ordnung, so daß also im Sinne des § 229 und dem der Systematik der Strafprozeß-Ordnung Verführung und Haftbefehl etwas Verschiedenes sind. Danach wird also zu sagen sein, daß die Verführung im Gegenjah zum Haftbefehl eine Zwangsmittelregel ist gegen einen unentschuldig aus- gebliebenen Angeklagten. Da nun nach der Praxis des Reichsgerichts darüber kein Zweifel besteht, daß der Angeklagte Thiele im vorliegenden Falle nicht anders stand wie jeder andere Angeklagte, so war ihm gegenüber auch das Zwangsmittel der Verführung ebenso zulässig wie anderen Angeklagten gegenüber. In einem anderen Ergebnisse kommt man auch nicht, wenn man den Artikel 31 der Reichsverfassung heranzieht. Daß sich dieser Artikel als ein Eingriff in das allgemeine Recht darstellt und eine Ausnahmestellung für die Reichstags-Abgeordneten schafft, darüber kann kein Zweifel sein. Ebenso unabweisbar ist es, daß bei dieser Sachlage diese Ausnahmestellung strikte zu interpretieren ist, dahin, wie sie bereits nach dem Vorbemerkten nach der Strafprozeß-Ordnung zu interpretieren war. Damit stimmt auch der Wortlaut des Artikels 31 überein, insofern, und das entspricht auch der Rechtsprechung des Reichsgerichts, aus dem 3. Absatz dieses Artikels eine authentische Interpretation entnommen werden kann und muß für den Ausdruck Verhaftung oder Haft im ersten Absatz, also darunter nicht zu verstehen ist Untersuchungshaft und was der damaligen Untersuchungshaft gleichnamig, Disziplinshaft. Die berufene Instanz für die Auslegung des Artikels 31, die vorgezogene in Betracht kommt, ist ja offenbar der Reichstag. In keinem Abschnitte seiner Verhandlungen über die Bedeutung des Artikels 31 und die Immunität der Abgeordneten ist ersichtlich, daß der Reichstag von der Auffassung ausgegangen wäre, daß die Verführung im Sinne des § 229 identisch sei mit der Haftnahme. Im Gegenteil lassen die parlamentarischen Verhandlungen erkennen, daß da, wo man sich dieses Gegenstandes betruht gewesen ist, man ohne Widerspruch zu der Auffassung kam, daß beides einander zu halten sei. Wenn schließlich auf die Entscheidungsgeschichte eingegangen werden soll, so ist bekanntlich die Quelle dieser Bestimmung das preussische Gesetz vom 28. Juni 1848 über die Immunität der Abgeordneten. Auch aus dieser Quelle ist nichts zu entnehmen, was der von dem erkennenden Senate vertretenen Ansicht widerspricht. Hinzu kommt noch, daß in der Literatur, wenn diese Auffassung überhaupt einer Prüfung unterlag, die Rechtsfrage im Sinne der eben geltend gemachten Erwägungen entschieden worden ist.“

Geheime Schriftstücke des Kolonialamtes.

Die „Völkischer Korrespondenz“ berichtet: Die Verwendung von geheimen Schriftstücken der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes gelangte am Donnerstag in einer öffentlichen Verhandlung der Reichsdisziplinarkammer zu Potsdam zur Erörterung. Angeklagt war der am 14. August 1897 in Belgard in Pommern geborene Geheime Sekretariats-Assistent und Referendarius Viktor Woepflan aus Berlin, wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit, Achtung

verletzung gegen den Reichskanzler und andere ihm vorgeordnete Reichsbeamte und Erhebung leichtfertiger, böswilliger Beschuldigungen gegen Beamte des Kolonialamtes. Der seit dem 2. Februar 1904 vom Amte suspendierte Angeklagte verteidigte sich selber; er ist ein hochgradig nervöser Mensch, der unruhig im Saale hin und her läuft und etwas schwer hört. Er stellte sofort den Antrag, das Verfahren gegen ihn einzustellen, weil es ungesetzlich eingeleitet sei. Das auswärtige Amt sei dazu nicht befugt gewesen, sondern der Reichskanzler, weil er nur als oberste Reichsbehörde zu gelten habe. Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab, weil das auswärtige Amt auch jetzt noch als oberste Reichsbehörde zu betrachten sei. Der Angeklagte stellte nun einen neuen Antrag auf Aufhebung des Verfahrens, weil der Unterstaatssekretär v. Mühlberg, der das Verfahren gegen ihn eingeleitet hat, nicht ausdrücklich von dem Minister und Staatssekretär v. Richtofen mit der Führung der Geschäfte beauftragt war. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß der Unterstaatssekretär v. Mühlberg der gesetzlichen Vertreter des Staatssekretärs sei. Als sich letzterer zum Studium der Handelsverträge von den Geschäften zurückgezogen habe, sei v. Mühlberg zu dem zu seiner Vertretung besonders beauftragt worden. Der Staatsanwalt wies dies später durch eine umgehend eingeholt telegraphische Bescheinigung des auswärtigen Amtes nach. Der Angeklagte beantragte indes die eidlische Vernehmung des Staatssekretärs v. Richtofen und zweifelt nach wie vor die Befehlsmäßigkeit der Vertretung an. Der Gerichtshof lehnte es ab, nachzuprüfen, ob der Unterstaatssekretär einen besonderen Auftrag hatte. Nun stellte der Angeklagte einen dritten Antrag auf Verlegung der Verhandlung, weil er in der Voruntersuchung nur vom 20. bis 24. April Zeit gehabt habe zur Abgabe einer Erklärung. Diese Zeit sei ungenügend bei einer so wichtigen Sache, zumal er infolge Einleitung des Zwangspensionierungs-Verfahrens geistig und körperlich unfähig geworden sei, sich so schnell zu äußern. Er beantrage eine erneute Voruntersuchung. Der Gerichtshof lehnte auch diesen Antrag ab, weil die Frist zur Äußerung durchaus genügend war, zumal sich Woepflan lange vorher mit der Materie beschäftigt habe und eine bestimmte Frist gesetzlich nicht festgelegt sei. Nach Ablehnung seiner drei Anträge lehnte nunmehr der Angeklagte den gesamten Gerichtshof wegen Verletzung der Befangenheit ab. Er gibt der Meinung Ausdruck, daß die Richter mit dem Geheimen Legationsrat v. König im auswärtigen Amt, der die Personalakten bearbeitet, zusammengehört haben und läßt sich aus hieron durch die Erklärung, daß kein Mitglied der Disziplinarkammer dem auswärtigen Amt angehöre und daß der Vorsitzende Herr v. König gar nicht kenne, nicht abbringen, sondern beantragte Beschlußfassung. Der Gerichtshof erachtete sich nicht für befangen, worauf der Angeklagte den Einwand erhob, daß darüber nur der Reichsdisziplinargerichtshof in Leipzig entscheiden könne, er deshalb um Verlegung ersuche. Der Staatsanwalt erklärte, daß der Angeklagte den Antrag wegen Ablehnung des Gerichtshofes aus Verachtung der Befangenheit vor Eintritt in die Verhandlung hätte stellen müssen und der Gerichtshof verurteilte hierauf, daß mit der Verhandlung fortgegangen würde, worauf der Angeklagte ostentativ den Gerichtshof verließ mit der Erklärung, er würde nun der Verhandlung nicht beimohnen. Der Gerichtshof beschloß, ohne seine Anwesenheit zu verhandeln.

Woepflan ist früher bei der Steuer an der Grenze tätig gewesen und hat dort schon durch sein eigentümliches Wesen viel von sich reden gemacht, so daß schon einmal gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden sollte, dem er durch seine Verletzung zum auswärtigen Amt entging. Hier glaubte er Ansprüche auf ein Gehalt für Beamte erster Klasse zu haben und führte deshalb einen Prozeß, mit dem er abgewiesen wurde. Nun wurde er ein Querulant, der in dem Geh. Legationsrat v. König seinen heftigen Gegner sah. Dreimal wurde er deshalb im Jahre 1901/2 in Ordnungstrafen von 150, 100 und 200 Mark genommen, auch leitete man gegen ihn die Zwangspensionierung ein, weil man glaubte, er leide an Duerantienwahnsinn, doch wurde er nach ärztlichem Gutachten für geistig normal erachtet. Der Angeklagte setzte nun seine Tätigkeit im Bewahrschloß fort. Er hatte sich ein Schriftstück des Reichskanzlers v. Caprivi vom 14. April 1894 verschafft, worin dieser den Gouverneur v. Soden in Kamerun um verteilte Auskunft über den damaligen Landeshauptmann v. Püttlamer ersuchte. Ferner verfügte er über zwei die gleiche Angelegenheit behandelnde Briefe des Gouverneurs v. Soden, die aus den Personalakten des auswärtigen Amtes verschwand waren. Es hat darüber eine große Untersuchung geschwebt, doch ließ sich nicht feststellen, wer die Schriftstücke, die bei einer Hausdurchsuchung bei dem Angeklagten gefunden wurden, entwendet hat. Außerdem hatte Woepflan eine geheime Abschrift eines Berichtes des Oberleutnants Grafen Ritter über Verhandlungen des Hauptmanns v. Seiser in seinem Befehl, sowie eine Mitteilung aus seinem eigenen Zwangspensionierungsverfahren, die der Degeneren Geh. Legationsrat Schmidt-Dallig, in einer Mappe verschlossen im Wäckerstrant aufbewahrt hatte. Jemand hat davon Kenntnis erhalten und den Angeklagten benachrichtigt. Dieser zeigte die Schriftstücke mehreren Personen und übergab sie schließlich dem Reichstags-Abgeordneten Koeren, damit dieser im Reichstage die Mißstände in den Kolonien aufdecke. Als Koeren dies ablehnte, schickte der Angeklagte das Material an den Reichstagsabgeordneten Müller (Sagan), der es dem Reichskanzler übermittelte. Von letzterem Abgeordneten verlangte Woepflan auch, daß seine politischen Freunde ihm bei seinem Disziplinarverfahren behilflich wären, sonst müßte er sich an die Sozialdemokraten wenden. Daß sich Woepflan diese Geheimstiftstücke auf unrechtmäßige Weise verschafft habe, ließ sich nicht nachweisen, dagegen hat er, obgleich er mehrmals zur Amtsverschwiegenheit durch Erlasse gemahnt wurde, diese Schriftstücke anderen Personen ausgeliefert, um das Kolonialamt herabzusetzen. An den Reichskanzler hat der Angeklagte am 15. Januar 1904 eine Eingabe gerichtet, worin er um Prüfung seiner Angelegenheit binnen acht Tagen bat, sonst würde er sich an den Reichstag wenden, ferner telegraphierte er bald darauf an den Reichskanzler und bat um eine Audienz, sonst müßte er sich an die Presse wenden; auch am 22. November 1904 richtete er eine Eingabe an den Reichskanzler mit der Mitteilung über schwere Verfehlungen der Offiziere und Beamten in den Kolonien. Er verlangte Reformation der Kolonialverwaltung an Haupt und Gliedern, da der Reichskanzler bisher nur scheinbar unterrichtet sei. Im Reichstage würde die Sache erörtert werden. In zwei Schriftstücken beschuldigte der Angeklagte ferner den Geh. Legationsrat v. König, daß er als Beamter die strafrechtliche Verfolgung des Landeshauptmanns Grandeis von den Marschallinseln wegen Vernichtung amtlicher Urkunden unterlassen habe, und warf dem Geh. Legationsrat Schmidt-Dallig Parteilichkeit und Rechtsbeugung in seiner Zwangspensionierungsangelegenheit vor. Wegen aller dieser Fälle beantragte der Staatsanwalt die Dienstentlassung gegen den Angeklagten. Der Gerichtshof erkannte demgemäß, Woepflan habe die Pflichten als Reichsbeamter größtenteils Mißbrauch amtlicher Geheimnisse, durch Unehrlichkeit gegen seine Vorgesetzten und halbtägige Verurteilungen derselben verletzt und könne daher nicht mehr Beamter bleiben.

Hlensburg, 20. September. (B. T. V.) Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den Landtags-Abgeordneten

Rechtsanwalt H. P. Hansen und den Redakteur Andersen, beide in Apenrade, wegen Beleidigung des Regierungsrats und Landrates Pecherer in Apenrade und des Amtsvorsetzers Volentin Strubfloh, den ersteren zu drei Monaten Gefängnis, den letzteren zu 300 M. Geldbuße. Beiden Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis ausgesprochen. Beiden Beamten war in einem Artikel der „Südjütländischen Jahrbücher“ der Vorwurf gemacht worden, daß sie eine Verleumdung zum Reimende versucht hätten.

Das bayerische Budget.

München, 20. September. (Telegramm.) Die Kammer der Abgeordneten hat heute mit 180 von insgesamt 156 Stimmen von Dr. Ritter (Z) zum ersten Präsidenten wiedergewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Buchs (Z) mit 127 von insgesamt 156 Stimmen gewählt. Die Liberalen gaben bei den Präsidiumswahlen weiße Zettel ab. Zu Schriftführern wurden gewählt: Boerle (Z), Prieget (Z), Franke (Z) und Rehr. v. Walfen (Z).

Finanzminister Paff gab heute bei der Vorlage des Budgets für die 28. Finanzperiode zunächst seines Amtsvorgängers, des Freiherrn v. Nibel, Sodann betonte der Minister die Notwendigkeit größter Sparmaßnahmen, wenn auch die wirtschaftliche Depression im Schwunden begriffen sei. Aus der Uebersicht über die Ertragsverhältnisse der früheren Jahre, über die Maßnahmen zur Deckung eines reduzierten Haushalts aus früheren Jahren, über die Verwindung der Kreditreste, insbesondere auch zur Deckung der Matrikularbeiträge gehe hervor, daß das neue Budget ganz auf sich selbst angewiesen sei. Im weiteren Verlauf wies der Minister nachdrücklich auf die dringende Notwendigkeit der Gestaltung festgeordneter finanzieller Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten hin; das gegenwärtige Verhältnis mache die Führung eines geordneten Staatshaushaltes für die Einzelstaaten nahezu unmöglich. Sollten für die 28. Finanzperiode ungedeckte Matrikularbeiträge hinzukommen oder gar die nur gestundeten Matrikularbeiträge nachträglich eingehoben werden, so würde nur die Aufnahme einer Anleihe oder die Erhöhung der direkten Steuer übrig bleiben. Ich möchte den dringenden Wunsch aussprechen, daß die Reichsfinanzreform die finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten in einer Weise regelt, welche die Einzelstaaten von der Verpflichtung zur Entschuldigung ungedeckter Matrikularbeiträge wenigstens teilweise ganz entbindet, jedenfalls aber für diese Beiträge eine äußerste Grenze setzt. Ein solches Verlangen ist um so billiger, als der Reichsgehaltungsbeitrag bereits die hauptsächlichsten ausfallsfähigen Steuerobjekte überwiegen wird.

Das Budget für die 28. Finanzperiode bilanziert mit 461 332 780, das sind 19 607 463 M. mehr als bei dem letzten Budget. Dieser Abschluß war möglich ohne eine Erhöhung der direkten Steuern, aber nur unter Fortsetzung der zunächst nur für die 27. Finanzperiode bewilligten Zuschläge zur Erbschaftsteuer und zu einzelnen Gebühren, zweitens unter Nichtinanspruchnahme von Mitteln für etwaige ungedeckte Matrikularbeiträge, drittens unter Vorschlag einer Anleihe von 7 892 400 Mark für Deckung einiger einmaliger Ausgaben, insbesondere für größere Bauten im Bereiche der Justizverwaltung und des Kultusministeriums. Der Minister bespricht sodann eingehend die drei großen Aufgaben, welche in dem nächsten Jahre an die Finanzverwaltung gestellt werden, erstens eine durchgreifende Steuerreform, über die dem Landtage eine Denkschrift vorgelegt werden wird, zweitens die Einführung einer regelmäßigen ausgiebigen Schuldentilgung, drittens die Schaffung eines Beamtengesetzes mit höheren Bezügen für die staatlichen Beamten, Bediensteten und Arbeiter. Der Minister führt weiter aus, daß die Schaffung eines Beamtengesetzes zwar noch längere Jahre erfordere, immerhin aber schon für das neue Budget in allen Ressorts zahlreiche neue Stellen geschaffen werden könnten und für zahlreiche Beamte, Bedienstete und Arbeiter eine Verbesserung ihrer ökonomischen Lage in Aussicht genommen werden konnte. Im Bereiche der Postverwaltung ergeben sich durch die Reorganisation der Postbehörden größere Veränderungen. Der Minister geht schließlich die einzelnen Staats durch.

Nach der Rede des Finanzministers gab der Präsident Dr. Ritter v. Dr. Ritter die eingelaufenen Anträge bekannt. Drei davon verlangten ein neues Wahlgesez, zwei Hilfe gegen die Elementarschäden in der Pfalz. Weiter liegt die Interpellation Segitz über die Fleischnot vor. Die nächste Sitzung wird am kommenden Mittwoch stattfinden.

Das Zentrum auf Obstruktionsschaden.

Im Münchener Rathaus hat sich, wie uns geschrieben wird, am Donnerstag ein Vorgang abgespielt, der einer gewissen Pikanterie nicht entbehrt. Bei der Stadterwartung sind zwei Reichsanwaltschaften neu zu besetzen. Nun stehen die Gemeindevorstände vor der Tür und die Liberalen haben anscheinend einigen Grund zu der Befürchtung, daß sie bei dieser Gelegenheit ihre bisherige Majorität im Gemeindevorstand verlieren werden. Aus diesem Grunde protestiert es ihnen auch sehr stark mit der Befragung der kaum frei gewordenen Stellen, die sie noch schnell zwei sicheren Liberalen zuschanzen wollen. Nun erhebt aber das Zentrum — und zwar nicht ganz mit Unrecht — Anspruch auf einen der beiden Posten. Die Liberalen wiesen jedoch diesen Anspruch kurzer Hand ab und wollten am Donnerstag schnell die Wahl vornehmen. Das wurde jedoch dadurch verhindert, daß von den Ultramontanen so viele der Sitzung fernblieben, daß die erforderliche Anzahl von zwei Dritteln der Gemeindebevollmächtigten nicht anwesend war. Also Obstruktion in aller Form! Das Zentrum gab überdies noch die schriftliche Erklärung ab, es werde der Wahl der beiden Reichsräte dauern fernbleiben, denn durch das Vorgehen der Liberalen werde der Wahlakt zu einer Parteilichkeit geformt, die mit der Würde freier Vertreter der Bürgerschaft unvereinbar sei. Die liberale Majorität suchte sich dadurch zu rächen, daß sie gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter beschloß, zehn unentschuldig fehlende ultramontane Gemeindebevollmächtigte in eine Geldstrafe von je 20 M. zu nehmen, die im Wiederholungsfall auf 45 M. erhöht werden kann. Bei einem dritten unentschuldigten Fernbleiben können die Betreffenden sogar aus dem Gemeindevorstand ausgeschlossen werden. Wie man hört, sollen sich die Zentrumsführer diesmal ihrer Leute gut versichert haben, daß sie auch standhaft in der Obstruktion aushalten. Nun wird es sich zeigen, ob die Liberalen den Rat haben werden, die ihnen durch die Gemeindevorordnung in die Hand gegebenen Machtmittel bis zur äußersten Konsequenz auszunutzen.

Von den afrikanischen Kriegshauptleuten.

Aus Windhof wird amtlich gemeldet: Am 24. September 1905 auf Barotse bei Harab nordwestlich Marichal: Gefallen Ritter Albert Stremiau, geboren am 7. 2. 83 zu Varelsele, Brunsbüchel. Verwundet: Unteroffizier Karl Künzinger, geboren am 4. 1. 81 zu Wächterbach, sächser, Sohn rechter Oberarm und Oberhäufel; Ritter Johann Pelzer, geboren am 18. 10. 88 zu Quaren, leicht, Sohn rechter Oberarm. An Tapferkeit gefallenen: Ritter Wilhelm Schlarb, geboren am 7. 2. 72 zu Rehrheim, am 23. September 1905 in Davignab; Ritter Anton Hemeke, geboren am 7. 10. 83 zu Werl, am 24. September 1905 im Lazarett Neelmansboop; Ritter Hermann Rächler, geboren am 20. 8. 83 zu Liffen, am 25. September 1905 im Lazarett Windhof.

Graf Objen telegraphiert aus Dar-es-Salaam, daß Nachrichten über eine weitere Ausbreitung des Aufstandes nicht vorliegen und daß das Regiments Bindi ein Abflauen der Bewegung meldet. In den Matumbibergen dauert der Aufstand noch an, dagegen liefern im Bezirk Mhoru unterworfenen Aufständische zahlreiche Gewehre ab. Langenburg erscheint nicht unmittelbar gefährdet, da Lieutenant Klinghardt von dort mit 60 Mann auf Sanga marschiert ist. Marineabteilungen besetzen Kilwa, das Hinterland von Lindi, die Matumbiberge, Mhoru und Morogoro.

Die Verhandlung über Marokko.

Paris, 20. September. Die Blätter erörtern das deutsch-französische Abkommen über das Programm betreffend die Konferenz in der Marokko-Angelegenheit in zustimmender Weise. „L'empire“ sagt: Die Bilanz des heuligen Abkommens besteht im Hinblick auf die marokkanische Angelegenheit allein darin, daß in Zukunft die weitere Entwicklung einer Politik des Einvernehmens offen steht und daß in der Gegenwart die wesentlichen wichtigsten Interessen Frankreichs an der Gegend anerkannt und außerdem die von Frankreich für notwendig erachteten dringenden Reformen

berücksichtigt werden. Die Nationalität Rouviers, welcher durch die Festigkeit Revolds unterstützt wurde, hat an diesem Ergebnis großen Anteil. Fürst Radolin, welcher niemals an der Möglichkeit einer Verständigung gezweifelt hat, und Gesandter Dr. Kojen, welcher seit drei Wochen eifrig tätig war, waren ihrerseits aufrichtige und verlässliche Unterhändler. Derartige Abkommen haben, wenn sie gerecht und billig sind, auf die internationalen Beziehungen immer eine erfreuliche Auswirkung. Man darf sagen, daß diese Rechnung sich auch hier bewahrheiten wird. Frankreich, welches nur einen Alliierten hat und dem ein Allierter genügt, kann mit allen Mächten freundschaftliche Beziehungen unterhalten, da seine Politik niemals aggressiv ist. Das soeben unterzeichnete Übereinkommen kann nach seinem inneren Werte eine weitere hohe Bedeutung besitzen, und man kann in demselben ohne die Würde und die Interessen von irgend jemand zu verletzen, eine neue Würdigung des europäischen Friedens erblicken. In ähnlichem Sinne äußert sich das „Journal des Débats“ und erklärt u. a., das Übereinkommen sei das Ergebnis des beiderseitigen guten Willens, und dieser Wille gestatte, Erfreuliches von der Zukunft zu erhoffen.

Wohlgemerkt zitiert das Wort des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck, daß es in dieser Angelegenheit weder Sieger noch Besiegte gebe. „Gaulois“ meint, das Abkommen werde dazu beitragen, das Unbehagen zu zerstreuen, welches seit einiger Zeit auf den deutsch-französischen Beziehungen gelastet habe. „Siècle“ sagt: Die beiden Regierungen haben Beweise gegenseitiger Courtoisie geliefert, von welchen praktische Spuren in den künftigen Beziehungen zurückbleiben werden. Verschiedene Blätter drücken die Ansicht aus, daß die Hauptarbeit der Konferenz zusehe, und daß noch mancherlei Schwierigkeiten aufzutreten werden. Einzelne nationalitätliche und antirepublikanische Organe greifen Rouvier wegen des Abkommens, welches angeblich für Frankreich eine Demütigung bilde, an.

Ein Künstler über soziale Jugendberziehung.

Der bekannte französische Maler Eugène Carrière sende unserem Pariser Korrespondenten, der ihn in die Umfrage über „Proletariat und Weltfrieden“ einbezogen hatte, nachträglich folgenden Brief:

„Meine Abwesenheit von Paris hat Ihren Brief zu spät in meinen Besitz kommen lassen, als daß ich rechtzeitig hätte erwidern können. Ich bedauere das unendlich, denn ich bin der Ansicht, daß es die Pflicht eines jeden Menschen ist, auf eine so schwerwiegende Frage zu antworten, wie es diejenige ist, die Sie dem Gewissen vorlegen. — Das wirtschaftliche Interesse reicht nicht hin, um die Gewalttätigkeit anzulösen, die die Herrschgier der Menschheit ansieht. Es müssen höhere Motive da sein als das materielle Interesse, das die einzelnen Individuen täglich ihren Leidenschaften opfern. Das Proletariat hat ein unmittelbares wiesendes Mittel, um für den Weltfrieden zu arbeiten: Es ist der Verzicht darauf, die Kinder brutal zu bestrafen und zu beschimpfen. „Schlägt eure Kinder nicht, beschimpfet sie nicht!“ sollte auf allen Häusern aufgeschrieben stehen. Die Familie ist der Ort, wo der Keim der Gewalt gepflanzt wird und wo sich die Sklaverei und Knechtschaft des Proletariats vorbereitet. Es ist diese furchtbare Erbschaft eines schrankenlosen Vaterrechts, die uns zum absurden Gehorsam vorbereitet, zum geduldigen Entgegennehmen von Schlägen in der Schule, in der Werkstatt, in der Kaserne, und endlich zur Waffenschlächterei auf den Schlachtfeldern. Weil die Menschen ihre Kinder lieben wie die Tiere ihre Jungen, lassen sie sie in die Wege ziehen. Sie sollten sie aber lieben und achten wie man seine eigene Zukunft, seinen höchsten Gedanken achten und lieben soll. Sie sollten sie selbst eifrig bewundern als die kommenden Gewissen eines gerechteren Zeitalters! Dann wird ihre Bereitschaft zu sterben ebenso erhabene Gründe fordern wie es die sind, in deren Namen sie leben.“

Seit Jahrhunderten zählten die Menschen einander die Schläge heim, die sie als Kinder empfangen haben. Möge das einzelne Individuum der Brutalität und der Beschimpfung in seinem Kreise entgehen und es wird der kollektiven Vergewaltigung entgegen, die der individuellen Ungerechtigkeit entspringt.

Ich sende Ihnen jedenfalls diese Zeilen in dem Wunsche, daß sie der Sache der Menschheitsverbüderung von Nutzen sein könnten. Eugène Carrière.

Mons (Belgien), 24. September.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenhause. Bei der Fortsetzung der Debatte über die Erklärung der Regierung besprechen die Abgeordneten Demel von Elmeh und Sommer die sprachlichen Verhältnisse in Schlesien und erheben in sehr entschiedener Weise Widerspruch gegen jede Vorbeschlebung an tschechische Slavifizierungsbestrebungen. Der Abgeordnete von Demel begründet den von der Krone bezüglich der Revision der Gesetze vom Jahre 67 eingenommenen Standpunkt. Das Parlament müsse in dieser Frage hinter dem Monarchen stehen. Er begründet ferner die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Frage des allgemeinen Wahlrechts nur auf der Grundlage der Ordnung der nationalen Verhältnisse möglich sei.

Graf Dzieduszycki erklärt, daß es ebenso im Interesse Ungarns wie der diesseitigen Reichshälfte liege, daß die Nachstellung der Monarchie in ihrer Volkstraft erhalten, und ihr Ansehen nicht herabgemindert werde. Die Rollen würden alles tun, um den Staat zu kräftigen und seine Wehrkraft zu erhalten. Die Dzieluszycki wendet sich dann gegen die Redner, die in der Debatte alte Staatseinrichtungen herabzusetzen bemüht sind, und warnt vor diesem gefährlichen Spiele. Am allergefährlichsten aber seien Angriffe gegen die Dynastie. Niemand dürfe vergessen, daß Oesterreich ohne das Haus Habsburg unentbehrlich sei. Abgeordneter Suferstic weist bezüglich der Wahlrechtsfrage auf den von seiner Partei eingebrachten Dringlichkeitsantrag betreffend Einführung des allgemeinen Wahlrechts hin und begründet die im Programm der Krone in Aussicht genommene Revision des Ausgleichs, welche jedoch nicht unter Ausschließung der geistlichen Mitwirkung der Königreiche Aroakien, Slavonien und Dalmatien erfolgen dürfe. Abgeordneter Hofmann-Bellenshof betont, bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts seien die einmündige nationale Schichtung und die ungemein großen kulturellen Unterschiede Oesterreichs zu berücksichtigen. Die Partei des Redners müsse zunächst an der gesetzlichen Festlegung der deutschen Staatsprache festhalten. Redner wendet sich gegen die Slavifizierung des Volkschulwesens, tritt für die Regelung der ungarischen Frage, beziehungsweise Revision des 1867 er Ausgleichs durch die beiderseitigen Parlamente ein und erklärt, die sofortige Trennung einer Gemeinschaft vorzuziehen, für welche Oesterreich stets die Kosten bezahlen müßte.

Ministerpräsident Freyherr v. Gautsch erklärt, er wolle auf die gegen seine Person und gegen die Regierung gerichteten Angriffe des Abgeordneten Bernerstorfer nicht erwidern, er würde es aber für eine Pflichtverletzung halten, wenn die gegen die Dynastie gerichteten Angriffe unbeantwortet gelassen würden. Wenn dieselben nicht sofort einen Sturm der Entrüstung im Hause hervorgerufen hätten, so beweise dies vielmehr, daß sie nicht ernst genommen wurden. Die Dynastie wurzle so tief in den Existenzbedingungen der Monarchie wie in den Herzen der Bevölkerung. Wer die Monarchie wolle, könne sich die Monarchie ohne Dynastie nicht denken. (Lebhafte Beifall.) Er, der Ministerpräsident, sei überzeugt, daß bei Aufrechterhaltung der beiderseitigen Selbständigkeit und der Unabhängigkeit des Gesetzgebungsrechtes und bei gutem Willen es möglich sein werde wieder zu einer Form der wirtschaftlichen Koexistenz zu gelangen. Jeder Freund der Monarchie, jeder

Freund Oesterreichs und Ungarns müsse wünschen, daß dieses Werk ein Friedenswerk sein möge, aus dem die Monarchie gekräftigt hervorgehe. Schließlich weist der Ministerpräsident das in der letzten Zeit wiederholt aufgelaufene Phantom der Kamarilla ins Gebiet der Fabel und versichert, die Regierung werde mit allen Kräften bemüht sein, die Dinge vorwärts zu bringen. (Lebhafte Beifall.) Während der folgenden Rede des Abgeordneten Schummeier unterbricht der Vizepräsident Koffer wegen demonstrativer Weisfall der Galerie anlässlich eines Konflikt zwischen den Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen die Sitzung und läßt die Galerie räumen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung beendet Schummeier seine Rede. Die nächste Sitzung ist Montag.

Zur ungarischen Krise. Budapest, 20. September. (Mitteilung des ungarischen Telegraphen-Bureau.) Nach Blättermeldungen hat die Berufung des Grafen Csaky für Sonnabend zu einer Audienz beim König nicht die Bedeutung, daß er etwa zum Ministerpräsidenten ausersehen sei. Wahrscheinlich wird Fejerbary, dessen Demission angenommen worden ist, neuerdings zum Ministerpräsidenten ernannt werden. Fejerbary hat bezüglich des Rechtes Ungarns auf Erreichung eines selbständigen Vollgebietes, das im Programm des Königs eine sehr einschneidende Auslegung erfahren hat, eine richtigstellende Erklärung abgegeben, was einen guten Eindruck gemacht hat.

Zusammenstöße in Budapest.

Zwischen den Anhängern der Ruffianen und sozialistischen Arbeitern kam es in den letzten Tagen zu mehreren Zusammenstößen auf der Straße. Die Organe der Koalition hatten die Arbeiter durch Artikel provoziert und für nationalitätliche Ovationen Propaganda gemacht. Eine Anzahl Arbeiter glaubte, den nationalitätlichen Ovationen Gegendemonstrationen gegenüberstellen zu sollen. So zogen 150 Sozialisten, das Arbeiterlied singend, vor das Haus der Unabhängigkeitspartei. Da aber die Studenten, die Schleppträger Ruffians, und die Bürgerchaft in großer Mehrheit waren, wurden die Arbeiter zurückgedrängt, zumal sie ganz unvorbereitet waren. Bei diesem ersten Zusammenstoß wurden mehrere Arbeiter verwundet. Am anderen Tage kam es zur Fortsetzung; doch wäre es schwerlich bei der besonnenen Haltung, die die Arbeiter Budapests zu beobachten wissen und die sich noch unlängst bei dem gewaltigen Aufzug der Arbeiter vor das Parlament so glänzend bewährt hat, zu schwereren Taktlichkeiten gekommen, wenn nicht die Anhänger Apponis und Basanhis, letzterer Abgeordneter der Hauptstadt Budapest, eine Anzahl zweifelhafter Individuen aus den Vorstädten als agents provocateurs benutz hätten. Die Arbeiter enthielten sich aber Erzeße und demonstrieren nur durch den Ruf: Hoch das allgemeine Wahlrecht! Die Studenten jedoch, unterstützt durch das von den Nationalisten angebotene Gesindel, provozierten die Arbeiter durch die Rufe: Nieder mit den vaterlandslosen Vagabonden usw. Es ist bewiesen, daß die ersten Steine von den Nationalisten geschleudert wurden. Auch die während des Zusammenstoßes vorgekommenen Demonstrationen von Schaufenstern usw. sind auf das Konto der Nationalisten zu setzen. Bei dem entstandenen Kampf spielte leider auch das Messer eine Rolle. Schließlich kam die Polizei, die aber selbstverständlich nicht gegen die Provokateure vorgeht, sondern gegen die sozialistischen Arbeiter. Im ganzen wurden gegen 40 Personen verwundet.

So traurig diese Vorkommnisse sind, die Schuld daran tragen nur die Ruffianen. Sie hätten nur an ihrem Programmpunkt des allgemeinen geheimen Wahlrechts festhalten sollen und sie hätten in der ungarischen Arbeiterchaft die festesten Stützen gefunden. Nur dem Verrat der Ruffianen ist es zu danken, wenn das arbeitende Volk gegen sie auftritt. Noch immer aber wäre es bei einigem guten Willen nicht zu spät. Die Koalition brauchte sich nur neuerdings auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts zu stellen, so wie sie es vor den Jamarwahlen tat, und die Arbeiter würden ihr im eigenen Interesse gegen die Herikale und Magnaten-Kamarilla jede Hilfe leisten.

Frankreich.

Zatarnachrichten. Das „Wolffsche Bureau“ meldet aus Dongon:

Zwischen arbeitwilligen belgischen Arbeitern, denen belgische Gendarmerie beigegeben war, und französischen Ausländern kam es bei Aubange zu einem heftigen Zusammenstoß. Die Ausländer feuerten Revolverkugeln ab, welche die Belgier mit Steinwürfen erwiderten. Die Ausländer schloßen, als französisches Militär herbeieilte, auf belgisches Gebiet, von wo sie seitens der belgischen Gendarmerie durch Schüsse vertrieben wurden. Mehrere von ihnen wurden schwer verwundet, einer angeblich getötet.

Eine spätere Meldung derselben Telegraphen-Agentur lautet: Die Bedeutung der Vorfälle in der Nähe der belgischen Grenze zwischen den französischen Ausländern und belgischen Arbeitern, welche in den Eisenwerken zu Mont Saint Martin arbeiten wollten, ist stark übertrieben worden. Von beiden Seiten sind zwar Schüsse abgegeben worden, aber im Gegensatz zu den bisher veröffentlichten Nachrichten ist niemand verletzt worden.

Italien.

Der Chinaprozess gegen Modugno wird binnen kurzem vor dem Kriegsgericht in Neapel stattfinden. Ein Teil der Akten des Prozesses von Perugia sind bereits von den Militärbehörden eingefordert worden. Modugno soll den Verhandlungen mit großer Ruhe entgegensehen. Da er sich tatsächlich in China bereichert hat, scheint er seine Verteidigung darauf zu stützen, daß dies viele andere auch getan haben.

Niederlande.

In der Debatte über die Thronrede stellten die Vertreter der Parteien eine Reihe von Anfragen an die Regierung. Genosse Troelstra wies auf die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht hin und verlangte zu wissen, warum die Regierung eine allgemeine Verfassungsrevision verlangt, während doch nur eine Abänderung der Wahlrechtsparagrafen nötig sei. Eine allgemeine Verfassungsrevision werde möglicherweise nur die Folge haben, die Revision der Wahlrechtsparagrafen zu verschleppen. Ferner verlangt Troelstra eine Enquete über die Kolonialbesitzlichkeiten, die von den Kolonialtruppen in Tonl angegriffen worden seien. Während im russisch-japanischen Kriege auf einen Toten vier Verwundete gekommen seien, entfielen in Indien auf 300 bis 400 Tode nur etwa 12 bis 20 Verwundete, und obendrein seien die Verwundeten noch Frauen oder Kinder. Es scheint also, daß alles bestialisch hingemordet werde. Ferner wollte Genosse Troelstra wissen, wie sich die Regierung dem Matrosenbund gegenüber verhalte. Gerade in den letzten Tagen seien wieder drei Mitglieder des Zentralvorstandes des Matrosenbundes mit Entlassung bedroht worden.

Die Regierung beantwortete die Frage nach der Verfassungsrevision dahin, daß, wenn die Kommission, die die allgemeine Revision vorbereiten habe, innerhalb der vierjährigen Periode nicht fertig sei mit ihrer Arbeit, die Regierung die Revision der Wahlrechtsparagrafen noch in dieser Periode beantragen werde. Was die Kolonialausbreitungen anlangt, so versprach die Regierung eine Untersuchung anstellen zu wollen. Ferner erklärte die Regierung, daß sie der Gewerkschaftsbewegung auch der Staatsarbeiter nichts in den Weg legen und daß sie die Rechte aller, auch des Militärs, hochhalten werde. Trotz dieser schönen Worte weigerte die Regierung sich aber, die im Jahre 1906 geschaffenen Zwangsgebote des Ministeriums Kupfer zurückzunehmen, sie werde aber über die Lage der Eisenbahnarbeiter bei späterer Gelegenheit ihre Auffassung dar-

legen. Hierbei ist zu bemerken, daß der Vorsitzende der Enquete-Kommission, Herr Weeden, der im Jahre 1908 nach dem Generalstreik die Lage der Eisenbahner untersucht hat und einen für die Kompagnien so vernichtenden Bericht erstattete, daß die Regierung Kupfer ihn zu veröffentlichen sich weigerte, jetzt Minister der öffentlichen Arbeiten ist. Wahrscheinlich wird sich die Regierung für die Verstaatlichung der Eisenbahnen aussprechen.

Norwegen.

Was das norwegische Volk zu fordern hat,

nachdem es am 13. August endgültig über die Unionsauflösung entschieden und sich damit auch bereit erklärte, alle möglichen Folgen dieses Schrittes zu tragen, ist, daß es nun auch über die zukünftige Staatsform entscheidet, und über diese Forderung werden die herrschenden Parteien kaum hinweg kommen, ohne sich gründlich zu blamieren. Der Gedanke, daß es nicht Herren und Knechte gibt, sondern alle politisch gleichberechtigt sein sollen und darum auch mitzubestimmen haben, hat so festen Fuß gefaßt, daß alle Politiker damit rechnen müssen, zumal wenn es eine so wichtige Frage wie die der Staatsform gilt. Wird hierbei nicht nach diesem Grundsatz und nicht nach dem Willen der Volksmehrheit entschieden, so müssen schwere innere politische Kämpfe folgen, die dem ungeliebten Gast auf dem Thron am unangenehmsten sein werden.

Der erste praktische Schritt, dem Volkswillen Gehör zu verschaffen, ist nun getan. Wie bereits eine Depesche vom 27. September meldete, haben 10 Stortingmänner einen Antrag eingebracht, wonach entweder noch vor Mitte November ein konstituierendes Storting einberufen werden soll, das über die zukünftige Regierungsform entscheiden, die durch die Unionsauflösung notwendig gewordenen Veränderungen der Verfassung vornehmen und einen Staatsoberhaupt wählen soll, oder wenn dieser Vorschlag abgelehnt wird, die Entscheidung über die Regierungsform usw. dem nach den Wahlen im Jahre 1906 zusammentretenden Storting überlassen bleiben soll. In diesem Fall soll das jetzige Storting vorläufig einen Präsidenten wählen, der dann bis zur Entscheidung die nach dem Staatsgrundgesetz dem König zustehende Vollmacht ausüben hat.

Von den vier Sozialdemokraten des Storthings hat Alfred Eriksen den Antrag unterzeichnet. Nach der Geschäftsordnung des Storthings ist die Zahl derer, die einen Antrag einbringen können, auf zehn beschränkt; wenn das nicht wäre, hätten voraussichtlich auch die anderen drei Parteigenossen ihre Unterschrift dazu gegeben.

Kristiania, 20. September.

Das Spezialkomitee des Storthings beschloß mit 12 gegen 6 Stimmen zu beantragen, daß der Regierungsentwurf, betreffend das Übereinkommen von Karlsbad, gebilligt wird. Die Majorität hat ihren Antrag, welcher ganz kurz ist, fertiggestellt, während die Minorität mit ihrem Antrag noch nicht fertig ist.

Amerika.

Präsident Roosevelt tritt im Oktober eine Reise durch die Südstaaten an. Nach dem „New York Herald“ geht er, um die Stimmen der Vertreter der Südstaaten im Kongress für seine Politik zu gewinnen. Er hat mit einer starken Opposition unter den Republikanern zu rechnen und wirbt um die Stimmen der Demokraten. Der Vertrag mit San Domingo, den Roosevelt eigenmächtig schloß, soll die Ratifikation erhalten, und der Senat war bekanntlich dagegen; die Politik auf den Philippinen, die Vorgänge in Venezuela, die Panamakanal-Affäre und manches andere noch gaben Anlaß zu Auseinandersetzungen im Kongress, und Roosevelt braucht Unterstützung, um seiner Popularität Geltung zu verschaffen. Im ganzen Lande ist seine Popularität wieder stark gewachsen durch die erfolgreichen Friedensvermittlungen zwischen Rußland und Japan, werden viele Stimmen laut, ihn gemeinsam mit Republikanern und Demokraten für den nächsten Präsidentschaftstermin als Kandidaten aufzustellen und zu erwählen, trotz seiner bestimmten Erklärung, daß er nicht wieder kandidieren würde. Am 24. Oktober wird Roosevelt in New Orleans erwartet, wo man bis dahin hofft, das gelbe Fieber ausgerottet zu haben. Er ist eines großartigen Empfanges in dem demokratischen Süden sicher. Es fällt den Republikanern und Demokraten immer schwerer, nach Parteiunterschiede ausfindig zu machen. Wächst die sozialistische Partei erst stärker empor, so ist die Einigung unter den alten Parteien ganz selbstverständlich.

Der russische Universitätsstreik.

Odessa, 20. September. (Offizielles Telegramm.) Die beiden Universitäten Odessa und Warschau befinden sich infolge der bewilligten akademischen Autonomie in hilfloser Lage. Die Professoren sind bereit, ihren bereits neun Monate andauernden Streik aufzugeben und die Vorlesungen zu beginnen, doch ist es unmöglich, weil die Studenten nicht zusammenkommen können, um eine entsprechende Entscheidung zu fällen, da der Kriegszustand strengstens jede Versammlung verbietet.

Um blutige Konflikte mit den Kosaken zu vermeiden, werden die Professoren mit dem Beginn ihrer Vorlesungen hinhalten, bis die Aufhebung des Kriegszustandes erfolgt ist, was aber die Regierung systematisch ablehnt.

Dem Beispiel der Petersburger Universität und des Warschauer Polytechnikums folgend, hat das hiesige Professoren-Kollegium beschlossen, die Regierung um unverzügliche Aufhebung der ungerichten folgenreichen Einschränkungen und um Aufnahme sämtlicher jüdischer Abiturienten, anstatt 10 Prozent wie bisher, zu ersuchen.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in der Elektro-Industrie.

Eine rasche Antwort.

Am Donnerstag nachmittag 6 Uhr beschloß der Verband der Metallindustriellen, seinen Arbeitsnachweis zu sperren und stimmte prinzipiell der Schließung aller seiner Verbandsbetriebe zu, lediglich den Zeitpunkt dieser Schließung auflassend.

Am Freitag früh erfuhr das Zentral-Streikkomitee davon und heute morgen flatterten tausende und abertausende Flugblätter in alle Winde, welche den Arbeitern Verhaltensmaßregeln geben.

Sie lauten:

An sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Allgemeinen Elektrizitäts-Werke, der Siemens u. Halske- und der Siemens-Schuckert-Werke.

Kollegen und Kolleginnen, Arbeitsgenossen!

Nachdem die Direktoren der Werke den so berechtigten Forderungen der Streikenden kein Entgegenkommen gezeigt haben, nachdem die Streikenden selbst entschieden haben, daß sie die schon

einmal abgelehnt, so dürftigen Zugeständnisse nicht annehmen können, nachdem ferner die Arbeiterausschüsse alles versucht haben, eine Einigung herbeizuführen, beharrten die Verleitungen auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Dadurch ist die Aussperrung von circa 30 000 Arbeitern und Arbeiterinnen zur Tatsache geworden.

Aber die Herren Unternehmer wollen nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen aussperrern, sie wollen einen Teil, 10 Proz. der Arbeiter, in den Werken beschäftigen, um die nötigsten Arbeiten fertig stellen zu lassen.

Die Herren wollen sich vor dem größten Schaden bewahren, sie wollen nicht auf alles verzichten, während sie den 30 000 Arbeitern und Arbeiterinnen alles, alles nehmen!

Das kann, das darf nicht geschehen!

Die zehn Prozent der Arbeiter, die in den Betrieben verbleiben sollen, schädigen ihre ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen auf das empfindlichste.

Die Arbeit, die sie leisten sollen, ist gleichbedeutend mit Streikarbeit!

Kollegen und Kolleginnen!

Wenn am Sonnabend Eure Kameraden die Werke verlassen müssen, so darf keiner im Werke verbleiben, einer für alle, alle für einen! heißt es jetzt!

Am Montag darf sich in den Werken keine Hand regen! Wollen die Herren, daß gearbeitet wird, gut, so sollen alle arbeiten, sollen neun Zehntel feiern, kann das letzte Zehntel auch feiern!

Die Solidarität ist uns heilig! Wir halten zusammen!

Dieser Aufruf richtet sich an alle Kollegen und Kolleginnen nächstehender Werke: Apparatefabriken, Akerstraße und Guttenstraße, Maschinenfabrik Brunnensstraße, Turbinenfabrik Guttenstraße (A. G.), Dynamowerk, Franklinstraße, Nadelwerk, Ronnenndamm, Blockwerk, Helmholzfäbrik, Wernerwerk, Ronnenndamm (S. u. S., S. S. W.).

Zu beachten ist noch folgendes: Wenn die Kollegen und Kolleginnen am Sonnabend ihr Geld ausgezahlt erhalten, und es werden ihnen ihre Papiere dabei angeboten, so nehmen sie beides, die Papiere sind aber nicht zu fordern, sondern nur wenn angeboten, zu nehmen.

Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß niemand irgend welche Unterschrift leistet.

Ueber die Lohnzahlung, die am Mittwoch stattfinden soll, sowie über die unfertigen Akkorde, auch über die fernere Stellung und das Verhalten der ausgesperrten wird in genügender Weise und zur rechten Zeit Nachricht gegeben werden.

Das Zentral-Streikkomitee.

Neue Unterhandlungen.

Obgleich die Arbeiter alle Vorkehrungen für den Kampf getroffen haben und jederzeit zum Vorschlag bereit stehen, haben sie, um ihre Friedensliebe noch einmal zu dokumentieren, sich doch noch an den Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Magistratsrat v. Schulz gewandt. Herr v. Schulz hat sich darauf sofort mit den drei an der Aussperrung beteiligten Firmen in Verbindung gesetzt. Diese haben zwar, getrennt den Maximen des Schlichter-Verbandes, es abgelehnt, formell vor dem Einigungsamt zu verhandeln. Die Firmen sind indessen bereit, unter dem persönlichen Vorsteher des Magistratsrats v. Schulz, die gegenwärtige Sachlage mit den Arbeiterausschüssen, deren Mandat sie auch nach Schließung der Fabriken anerkennen, zu besprechen.

Voraussetzung für diese Verhandlung ist natürlich, daß die für heute angekündigte weitere Aussperrung unterbleibt. Geschieht dies, so ist die selbstverständliche Folge, daß auch keine weitere Ausdehnung des Streiks stattfindet. Die in dem oben veröffentlichten Flugblatt zur Niederlegung der Arbeit aufgeforderten Arbeiter werden unter diesen Umständen vorläufig in den Betrieben bleiben. — Um Verwirrungen zu vermeiden, erhalten sie beim Ausbleiben der Aussperrung vom Zentral-Streikkomitee resp. durch die Vertrauensleute noch ausdrücklich Konterorder.

In den elektrischen Kraftzentralen

liegt es gegenwärtig auf den Gemütern wie eine bleierne, drückende Schwüle. Vom obersten Direktor bis zum letzten Heizer wird jetzt einzig und allein nur die Frage ventiliert: Wie wird es mit den Kraftzentralen, wenn die Aussperrung in ihrem ganzen angebotenen Umfang vor sich geht? Niemand von den Direktoren, Ingenieuren etc. glaubt daran, daß die Maschinen und Heizer usw. in den Betrieben bleiben und stillschweigend zusehen werden, wie Zehntausende von Arbeitern brotlos auf der Straße liegen müssen, nur weil es dem Unternehmertum einmal so gefällt. Unter der Hand ist denn auch wiederholt bei dem Personal angefragt worden, wer wohl mit zu streiken gedächte oder wer im Betriebe bleiben würde, falls die Organisationen auf die Aussperrung mit Gegenmaßnahmen antworten sollten. Ob die Fragesteller von den Antworten sondernlich befriedigt gewesen sind — sie müssen es ja wissen. Gestern hat der Direktor Datterer von der Zentrale der S. G. W. den Maschinenisten und Heizern 2 1/2 Pf. Lohnzulage pro Stunde und eine Gratifikation von 30 M. nach einer bestimmten Zeit zugesichert. Dieses Zugeständnis soll vernünftig beruhigend auf das Personal wirken. Hierbei sei gleichzeitig mitgeteilt, daß die Gesellschaften vertrauliche Zirkulare an ihre Kundschaft geschickt haben, in denen sie wegen etwaiger Störungen in Betrieben im voraus um Rücksicht bitten.

Lächelnd sehen es die Arbeiter in den Kraftzentralen auch mit an, wie schon jetzt Schlaf- und Unterlunftsgelegenheit für etwaige Arbeitswillige — uniformierte und nicht uniformierte — geschaffen wird. Auch Raum zur Einquartierung fliegender Polizeiwachen soll für alle Eventualitäten bereit gestellt werden. Doch besonders viel Zuvertrauen in die Möglichkeit all dieser „Fürsorge-Einrichtungen“ scheinen die Leiter der Werke selbst nicht zu haben. Die künftigen Ehepaare wissen nämlich alle: Sobald die altgeschulten Arbeiter die Proben hinwerfen, steht die Karre einfach still!

Die Maschinenisten und Heizer der Kraftzentralen werden heute abend über die von ihnen zu ergreifenden Maßnahmen endgültig Bescheid fassen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Wäschefabrik von Gebr. Borchardt ist beendet. In einer äußerst stark besuchten Versammlung der Wäschearbeiter und Arbeiterinnen, die am Donnerstag in Kellers Saal tagte, erstattete der Verbandsvorsitzende Herr Bericht über den Ausgang des Streiks. Nachdem anfangs sowohl der Firmeninhaber, wie auch der Verein der Fabrikanten jede Verhandlung mit der Arbeiterorganisation abgelehnt hatten, erbot sich neuerdings der Fabrikantenverein zu Verhandlungen mit der Organisation der Arbeiter, und das Resultat derselben war ein durchaus befriedigendes, denn die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen wurden in vollem Umfang bewilligt. In der Hauptsache handelte es sich bekanntlich um die freie Lieferung von Garn und Nadeln. Bei den Verhandlungen

wurde denn auch diese Forderung, nachdem vorher festig um sie gestritten worden war, bewilligt. Damit ist der Streik bei Gebr. Borchardt beigelegt. — Nimmehr ist eine Bewegung im Gange, die auf die Verbesserung des Lohns in allen Wäschefabriken Berlins abzielt. Der Tarif ist bereits in einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Wäschearbeiter und Arbeiterinnen beraten. Die Akkordlöhne der Näherinnen sollen um 10 Proz. erhöht, der Wochenlohn der Plätterinnen auf mindestens 18 M., der Mindestlohn der Zuschneider auf 30 M. festgesetzt werden. Die Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen. Ueberstunden, die mit einem Aufschlag von 25 Proz. zu bezahlen sind, sollen nicht mehr als sechs in der Woche und zwar höchstens in 10 Wochen während des Jahres gemacht werden. Es wird voraussichtlich zu Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen kommen, denn bei den Verhandlungen aus Anlaß des Borchardtschen Streiks haben die Vertreter des Fabrikantenvereins abgelehnt, daß man wohl nächstens über die Tarifforderungen verhandeln werde. — Die Versammlung setzte eine 13gliedrige Kommission ein, die den Auftrag erhielt, den Fabrikanten in den nächsten Tagen den Tarif — in dem selbstverständlich auch die freie Lieferung von Garn und Nadeln in allen Betrieben gefordert wird — vorlegen und alles weitere in der Tarifbewegung veranlassen soll.

Achtung, Schuhmacher! Die Differenzen bei der Firma Müller, Brunnensstr. 53, sind beigelegt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher.

Zink, Zinn- und Bleigießer! Die Werkstelle der Firma E. Stein, Alexandrinerstr. 33, ist gesperrt. Die Sperre über der Firma P. Trettn u. Co., Ritterstr. 23, ist aufgehoben, da die Differenzen zwischen den Kollegen geregelt sind.

Der Vorstand des Vereins der Zink-, Zinn- und Bleigießer.

Röhren. Dem gestrigen Beschluß der öffentlichen Versammlung im „Englischen Garten“, heute früh die Arbeit einmütig niederzulegen, ist im größten Umfang Folge geleistet worden. Obgleich noch sehr viele Kollegen heute früh auf die Bauten gegangen sind, um ihr Handwerkszeug wegzuräumen und deshalb nicht so früh erscheinen konnten, haben sich dennoch bis zum Mittag über 250 Kollegen zur Kontrolle gemeldet.

Ebenfalls haben bis zum Mittag noch drei Firmen bewilligt, so daß im ganzen 33 Kollegen gleich zu den neuen Bedingungen bei 5 Firmen weiter arbeiten konnten. Von einer größeren Firma, welche sich zur Anerkennung der Forderungen bereit erklärte, holt die Kommission heute noch die Unterschrift. In Betracht kommen hier circa 40 Kollegen. Zur Beachtung: Alle Kollegen, welche zu den neuen Bedingungen arbeiten, erhalten von der Lohnkommission Arbeitsberechtigungskarten und bitten wir alle Kollegen, wie sämtliche Bauarbeiter darauf zu achten.

Die Lohnkommission, Bureau: Dragonerstr. 15.

J. A. M. Goldt.

Verichtigung: In gestriger Nummer des „Vorwärts“ ist ein Irrtum enthalten. Es muß anstatt der Lohnhöhe nicht von 70 auf 80, sondern von 70 auf 55 Pf. Stundenlohn heißen.

Deutsches Reich.

Tom Weberstreik in Reichenbach i. Schl. wird und geschrieben:

Vier Wochen befinden sich bereits die Weber und Weberinnen der Firma Cohn Gebr. in Streik; aber alle stehen fest, kein Abtrünniger ist zu verzeichnen. Die Arbeiterschaft der Firma Cohn Gebr. hatte es fast bekommen sich bezüglich des eingereichten Lohns, der übrigens schon von zwei Firmen des Kreises Reichenbach anerkannt ist, immer weiter hinzuziehen zu lassen; außerdem konnten und wollten die Arbeiter sich nicht mehr die ewigen Drangsalierungen in der Fabrik gefallen lassen und deshalb hatten sie am 31. August den Streik beschlossen. Die Unternehmer antworteten, indem sie in den übrigen Textilbetrieben der Stadt Reichenbach die Organisationen und deren Angehörige rücksichtslos aus Straßenpflaster warfen; die Arbeiterschaft Reichenbachs parierte diesen Schlag und beschloß, in allen in Frage kommenden Betrieben die Arbeit niederzulegen. Bald waren reichlich 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie im Streik resp. ausgesperrt. Diese werden aushalten bis die Unternehmer die Maßregelungen zurücknehmen und bezüglich des Lohns, der nun in allen Fabriken eingereicht ist, Konzessionen machen.

Am Dienstag fand auf Veranlassung der vereinigten Webervereine eine Verhandlung statt, aber das war nur eine Komödie. Von den 14 zur Verhandlung gekommenen Arbeitern der verschiedenen Fabriken lehnten die Unternehmer einen nach dem anderen ab; die Unternehmer hatten sich nämlich eine schwarze Liste zurechtgemacht und die auf dieser verzeichneten 36 Arbeiter wollten sie nicht an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Dabei haben sich die gemahregelten Arbeiter nicht das geringste in den Betrieben aufhalten lassen; ja, Leute sind dabei, von denen der Fabrikbesitzer Cohn erst kürzlich gesagt hat, daß sie seine liebsten Weber seien; andere Namen sind auf die schwarze Liste gekommen, weil sie nach Ansicht der Fabrikanten so viel verdient hätten, daß sie nicht in den Textilarbeiter-Verband zu geben brauchten. Wunderbar sind oft die Launen der Kapitalisten! Die Streikenden lehnten es in einer Mittwoch abgehaltenen stark besuchten Versammlung einstimmig ab, eine neue Kommission zu wählen, die nur aus Leuten besteht, die nicht auf der schwarzen Liste figurieren. Man wollte nicht die Zahl der von den Unternehmern durch die schwarze Liste Gelangenen noch vermehren.

Die Streikenden sind guten Muts und hoffen bestimmt auf einen guten Erfolg ihrer Bewegung. Zahlreiche Arbeitskräfte haben bereits den Ort verlassen, um anderweitig besser entlohnte Arbeit zu nehmen. Textilfabrikanten haben sich schon an das Streikbureau um Arbeitskräfte gemeldet, ihrem Ersuchen wird Folge geleistet werden, denn je mehr Streikende anderweitig untergebracht werden, desto weniger können die Unternehmer ihren Maßregelungen gelästen werden und umso mehr werden die Unternehmer die Kupflosigkeit ihres Widerstandes einsehen.

Achtung, Metallarbeiter aller Branchen!

In sehr vielen bürgerlichen Blättern suchen Solinger Stahlwaren-Firmen Arbeiter unter dem Versprechen hoher Löhne. Die Firma H. B. Raub in Höhe bei Solingen verspricht bei 10 stündiger Arbeitszeit bis 45 M. Lohn. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß diese selben Firmen, die jetzt Arbeiter suchen, ihre alten erfahrenen Leute auf's Pfahler geworfen haben. Circa 600 Schlägerarbeiter und Schlosser sind durch die Diktatur des Arbeitgeber-Verbandes brotlos gemacht und zwar darum, weil sich die Arbeiter der Firma Raub erlaubten, ihre Lohnforderungen resp. die Erlangung eines Tarifs durch die eingereichte Kündigung zu erzwingen! Doch Löhne „bis“ 45 M. pro Woche nur eine Erfindung der Unternehmer sind, wissen die hiesigen geschulten Arbeiter am besten. Und wenn die eingearbeiteten Leute diesen Lohn gar nicht oder nur ein- oder zweimal im Jahr verdienen, dann liegt es doch nahe, daß diese Inserate nur Arbeitswillige anlocken sollen, um die Schlägerarbeiter zu zwingen, die Arbeit wieder aufzunehmen und zwar bedingungslos. Die organisierte Arbeiterschaft, vor allen Dingen aber die Metallarbeiter, werden aufgefordert, diesen Arbeitergesuchen die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und denselben mit allen zulässigen Mitteln entgegenzuwirken. Die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Solingen. J. A. M. Sandler.

Aus der Leipziger Polamentiererbewegung. Auf die von und gemeldeten Forderungen der Polamentiererei hat die Innung sich dahin erklärt, daß sie die 59 stündige Arbeitszeit, den Mindestlohn von 55 bzw. 45 und 40 Pf. und den Zuschlag von 30/5 Proz. auf Ueberstunden und 50 Proz. auf Sonntagsarbeit ablehnt und

sich nur mit einem Zuschlag auf Ueberstunden- und Sonntagsarbeit in Höhe von 25 bzw. 33 1/3 Proz. einverstanden erklärt. Die ablehnende Haltung wird mit der ungünstigen Geschäftslage und der Rücksicht auf die auswärtige Konkurrenz begründet. Auch der Verbandspolamentierern wurde der Bescheid, daß zur Zeit eine Lohnaufbesserung unmöglich sei. Die Geschülten haben nunmehr die Organisationsleitung beauftragt, in Verbindung mit dem Gesellen-Ausschusse sofort noch einmal behufs Gewährung weiterer Zugeständnisse vorstellig zu werden. Im Falle der Ablehnung ist man entschlossen, den Kampf aufzunehmen.

Die Weber und Weberinnen von G e r a nahmen am Donnerstag in vier stark besuchten Versammlungen Stellung zu dem von den Fabrikanten angebotenen Lohns. In allen Versammlungen wurde von allen Rednern das Angebot der Fabrikanten als ganz unannehmbar bezeichnet. Man will jedoch noch einen letzten Versuch machen, um zu einem gütlichen Ausgleich zu gelangen. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter ihren Unwillen über das geringe Entgegenkommen seitens der Fabrikanten Ausdruck geben und die Tarifkommission beauftragt wird, zu versuchen mit den Fabrikanten in erneute Verhandlungen zu treten, um diese zu höheren Zugeständnissen zu bewegen. Die Antwort soll bis 5. Oktober verlangt werden.

Ausland.

Die Post- und Telegraphen-Unterbeamten Frankreichs verhandelten in Paris über die Frage der Bildung eines Syndikats. Der Delegierte für Paris, Gaugier, machte im Namen von 4000 Unterbeamten die Mitteilung, daß diese ein Syndikat bilden würden, wie auch immer der Beschluß des Kongresses lauten würde.

Ein Rührerstreik droht, wie die „Neue Pelzwarenzeitung“ meldet, am Montag, den 2. Oktober in Paris auszubrechen.

Russische Liebedienererei.

Berlin, 29. September. Auf Grund einer Denunziation seitens eigener Landbesitzer wurde heute früh 4 1/2 Uhr der Goldarbeiter Josef Jakubowski aus Russisch-Polen, der hier seit circa vier Wochen in der Kochstr. 11 in Stellung war und bei seinem Weiter in der Blumenstr. 51a nächtigte, von der Kriminalpolizei verhaftet und mit dem grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium befördert.

Als Grund der Verhaftung wurde angegeben, daß er sich der Militärpflicht in Rußland entzogen hat. Da Jakubowski über 100 Rubel sein eigen nennt, so ist es selbstverständlich, daß selbst im Falle einer Ausweisung und nach den sogar in Preußen eingehaltenen Grundsätzen ihm die Wahl der Grenze anheimgestellt wird, wohin er sich begeben will, und daß er nicht etwa den Schergen der russischen Krone ausgeliefert wird. Entziehung der Militärpflicht ist kein Grund der Auslieferung oder Ausweisung — nach den übereinstimmenden Grundsätzen des Völkerrechts.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die ungarische Krise.

Budapest, 29. September. (B. T. V.) Das Regierungsorgan „Magyar Nemzet“ veröffentlicht eine authentische Darstellung der Audienz vom 23. September und macht es den beim König erschienenen Führern der Koalition zum Vorwurf, daß sie die Kennzeichnung des Standpunktes des Monarchen gegenüber ihrem Programm für die eventuelle Kabinettsbildung vor der Öffentlichkeit als das Programm des Königs dargestellt, auftritt daß sie gegenüber den Mitteilungen des Königs ihre pflichtgemäßen Bemerkungen gemacht hätten, um eine Einigung über ein Regierungsprogramm zu erzielen.

Baron Vanffy, einer der Teilnehmer an der Audienz, erklärt demgegenüber, daß eine Beratung mit den in Audienz erschienenen Politikern nicht gedacht worden sei. Der König habe die Koalitionsführer an den Grafen Goluchowski gewiesen und in nicht mißzuverstehender Weise das Zeichen gegeben, daß er die Audienz als beendet ansehe, so daß es nicht möglich gewesen, Bemerkungen zu machen.

Die Revolution in Rußland.

Kiew, 28. September. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) In der vergangenen Nacht kam es in einer sozialdemokratischen Versammlung zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Vier Personen wurden schwer und elf leicht verwundet; vierzig wurden verhaftet. Ein Polizeikommissar wurde verletzt.

Roskau, 28. September. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Der Semstwo-Kongress nahm den Entwurf eines Wahlgesetzes an, in dem die Notwendigkeit einer Reform des Volksbildungswesens, ferner die Einführung einer Staatsarbeiter-Versicherung, die Regelung der Landpachtverhältnisse und die Zuteilung von Land an Ackerbau treibende betont wird. Hiermit wurde der Kongress geschlossen. Das von ihm organisierte Haupt-Wahlkomitee wird seinen Sitz in Petersburg haben.

Hamburg, 29. September. (B. T. V.) Der Dampfer „Eleonore Boermann“ mit den von ihrer Studienreise nach Togo und Kamerun zurückkehrenden Reichstagsabgeordneten an Bord ist heute vormittag von Southampton abgegangen. Er wird voraussichtlich Sonntag früh auf der Elbe eintreffen.

Frankfurt a. M., 29. September. (B. T. V.) Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, ist das vor einigen Tagen verhaftete Dienstpersonal des Grand Hotel Kröner wieder in Freiheit gesetzt worden; die Handfesslungen sind eingestrichelt worden, da sich die Verdächtigungen als grundlos erwiesen haben.

Barcelona, 29. September. (B. T. V.) Drei katalanische und eine anarchistische Zeitung, gegen welche Anzeige erstattet worden war, sind gestern von der Behörde beschlagnahmt worden. Die Nachforschungen der Polizei bezüglich der Explosion in der Rambla sind bisher resultatlos verlaufen. Es hat sich herausgestellt, daß die verhafteten Personen Opfer einer falschen Anschuldigung sind.

Petersburg, 29. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der französisch-russische Handelsvertrag ist heute nachmittag unterzeichnet worden.

Manila, 29. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Bei dem Untergang des Kanonenbootes „Leyte“ sind 11 Amerikaner und 24 Eingeborene ertrunken. Während des letzten Sturmes sind am Dienstag in Sorogon 15 Eingeborene ums Leben gekommen. Der in drei Hauptplätzen angelegte Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. Ein Dampfer mit einem Truppentransport an Bord ist bei Legaspi gestrandet.

Die Generalversammlung der Sozialpolitiker.

Mannheim, 28. September.

IV.

Das Verhältnis der Kartelle zum Staat.

In der Fortsetzung der bereits telegraphisch skizzierten Debatte über die Kartellfrage nahm zunächst das Wort Neheimer a. D. Dr. Bälter-Düsseldorf: Herr Geheimrat Nordhoff ist vielfach mißverstanden worden. Wir erkennen die Bedeutung der Wissenschaft an, wir wünschen aber, daß auch die Ansichten der Männer der Praxis die erforderliche Beachtung finden. Der Redner weist alsdann den Vorwurf zurück, daß er aus materiellen Gründen aus dem Reichsdienst geschieden sei. Wir wollen nicht Monopole, wir wünschen den freien Wettbewerb, wir bezwecken auch keine Preis-erhöhung. (Heiterkeit.) Die Kartelle sind durch die Not entstanden. Wir wollen durchaus nicht die Gewerbetreibenden bestrafen, obwohl diese den Kartellen viele Pflichten auferlegt hat. Es ist aber ein Unterschied, ob Ungarn mit Serbien, oder zwei Weltmächte, wie Rußland und Japan Krieg führen, wodurch die ganze zivilisierte Welt in Erschütterung gerät. Ebenso ist es ein Unterschied, ob ein Wettbewerb zwischen kleinen Betrieben oder zwischen Riesenwerken geführt wird. Dieser heftige Wettbewerbskampf hat die Kartellbildung veranlaßt. Diese Kartellbildung hatte durchaus nicht den Zweck der Monopolisierung, auch nicht den der Preis-erhöhung, sondern nur die Festsetzung angemessener Preise, in der Hauptsache aber den Arbeitern — der rheinisch-westfälische Stahlwerksverband beschäftigt 200 000 Arbeiter — ständige Arbeit zu verschaffen. Der Stahlwerksverband hätte jetzt bei der aufsteigenden Konjunktur mit Leichtigkeit die Preise erhöhen können. Wirtschaftliche Gründe hätten die Preis-erhöhung vollständig gerechtfertigt, wir haben aber aus politischen Gründen davon Abstand genommen. Zur Verstaatlichung oder zum Eingriff des Staates liegt aber keine Veranlassung vor. Ich möchte mit dem Bündnis schließen: So lange noch 2 oder 3 Gewerke in den Kartellen sind, von einer Kartellgesetzgebung Abstand zu nehmen. (Weisfall.)

Professor Dr. Max Weber-Heidelberg: Er halte die Minister für Geschäftsmänner, die nicht geeignet seien, die Verstaatlichung der Bergwerke durchzuführen. Herr Müller mache gar keinen Anspruch, daß er ein Staatsmann sei. (Heiterkeit.) Er (Weber) im Vor- falle für eine Verstaatlichung, dagegen müsse er den Vorschlag des Professor Schmoller als bedenklich bezeichnen. Eine Erweiterung der Staatsmacht auf wirtschaftlichem Gebiete halte er keineswegs für heilsam. Er erinnere an den Prozeß, den die königliche Berg- werksverwaltung in Saarbrücken gegen einen abgelegten Bergarbeiter wegen Verleumdung angezettelt hatte. Da fragte ein als Neuge geladener Bergmann vor seiner Verleumdung: „Wenn ich hier die Wahrheit sage, werde ich alsdann abgelegt?“ Der Nebenkläger Geh. Bergrat Hilger, auf den sich alle Blicke richteten, schweig zu. Jede reaktionäre Wirtschaftspolitik sei für die sozialdemokratischen Führer bares Geld, denn je reaktionärer die Wirtschaftspolitik, desto mehr strömen ihnen die Massen zu. Es müsse der Masse aber klar gemacht werden, daß an maßgebender Stelle die Absicht bestehe, bessere Zustände herbeizuführen. Die Arbeiter müssen Politik treiben. Es müssen aber selbständige Gewerkschaften geschaffen werden, die für die Rechte der Arbeiter eintreten und sich auch politisch betätigen unter Ausschaltung aller Partei- herrschaft. (Lebhafte Weisfall.)

Dr. Bogheim-München bezeichnete ebenfalls die Vorschläge Schmollers als unausführbar. Es sei ein Jertum, anzunehmen, daß die Monopolbildung in Amerika früher sei als in Deutschland. Im großen Hauptejahr von 1873 gab es noch keine Trusts. Es sei auch ein großer Jertum, daß jeder amerikanische Trust ein Monopol besitze. Diese Ansicht führe zu einer vollständig falschen Auffassung des amerikanischen Wirtschaftslebens.

Professor Dr. Vogt-München: Er sei der Ansicht, daß nur durch eine Aenderung der Sozialpolitik eine gründliche Reform herzu- stellen sei.

Geh. Rat Prof. Dr. Cohn-Göttingen: Es sei bedauerlich, daß der preussische Staat seine Monopole aufgegeben habe. Wenn er auch den Vorschlägen Schmollers nicht zustimmen könne, so sei er doch der Meinung, daß der Staat in irgend einer Weise helfend eingreifen müsse. Die Professoren arbeiten sämtlich länger als acht Stunden. Trotzdem halte ich den Achtstundentag für die Vergewerks- arbeiter gerechtfertigt. Die amerikanischen Militärdäme haben jeden- falls ihre Verdienste durch ihre großen, der Allgemeinheit zu gute kommenden Schenkungen.

Professor Dr. Diehl-Königsberg i. Pr.: Er würde die Beamten nicht beneiden, die in den Aufsichtsräten mitwirken könnten. Er sei aber der Meinung, daß der Staat Einfluß auf die Preisfestsetzung gewinnen müsse.

Professor Dr. Wiedenfeldt-Röln bellagte es, daß die Qualität der Beamten immer mehr zurückgehe und daß die begabteren Be- amten oftmals sehr bald den Staatsdienst quittieren und Direktoren von Aktiengesellschaften usw. werden. Er halte es für vollständig falsch, christliche Gewerkschaften zu bilden. Diese Gewerkschaften täten besser, sich deutsche oder nationale Gewerkschaften zu nennen und alle Politik beiseite zu lassen.

Arbeitersekretär Getelenz-Düsseldorf: Die gestrigen Ausführungen des Herrn Geheimrat Nordhoff bedauere ich ganz unendlich. Dadurch wird der Friede im Ruhrgebiet zur Unmöglichkeit gemacht. Die Bergarbeiter, die hier öffentlich derartig beleidigt und beschimpft worden sind, werden sich das merken; ich befürchte, ein neuer Berg- arbeiterstreik, der nicht lange ausbleiben dürfte, wird mit noch größerer Heftigkeit geführt werden. Ich bestreite, daß der Verdienst des Kohlen- fonditars zurückgegangen ist, der Verdienst hat im Gegenteil wesentlich zugenommen. Ein abgelegter Arbeiter erhält in den ersten drei Monaten auf seinem anderen Werk Entlohnung. Ich kann mich nicht für eine Verstaatlichung der Eisenwerke erklären, eine Ver- staatlichung der Kohlenfelder halte ich aber für sehr notwendig.

Arbeitersekretär Fischer (Rentlingen): Ich bedauere ebenfalls ganz unendlich die gestrige Aeußerung des Herrn Nordhoff, der sogar die Sozialdemokraten lobt und die christlichen Gewerkschaften der Heuchelei beschuldigt. Dadurch treibt man die Arbeiter mit Gewalt in die Reihen der Sozialdemokratie. Die christlichen Arbeiter sind religiös und patriotisch aus innerer Ueberzeugung, sie werden des- halb oftmals von ihren sozialdemokratischen Mitarbeitern verlastet und verhöhnt. Wenn man aber die christlichen Arbeiter in dieser Weise angreift, dann werden auch die Frömmsten schließlich jüdisch und Sozialdemokraten werden. (Weisfall.)

Landtags-Abgeordneter Fabrikant Franken (Welschenrieden): Herr Geheimrat Nordhoff ist zweifellos mißverstanden worden. Er hat sich nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die Führer gewandt. Es ist unwar, daß ein Arbeiter, der irgendwo abgelegt sei, in den ersten drei Monaten auf keinem anderen Werk angenommen werde. Die Arbeitgeber suchen sich nur gegen die Führer und Aufsichtler zu schützen. Die Arbeitgeber werden es sich merken, daß die Arbeiter im Ruhrgebiet von neuem in den Ausstand treten wollen. Das Syndikat ist auch für die Arbeiter von Segen gewesen. In früheren Jahren wurden, sobald der Kohlenabgang nachließ, tausende von Arbeitern entlassen und erst wieder angenommen, wenn die Hoch- wasser von neuem angeblasen wurden. Das ist seit dem Bestehen des Kohlenfonditars anders geworden. Die christlichen Gewerkschaften treiben doch zweifellos Zentrumspolitik. (Widerpruch.) Wenn sie unparteiisch sein wollen, so können sie sich deutsche oder nationale Gewerkschaften nennen.

Schlusssatz des Berichterstatters.

Professor Dr. Schmoller-Berlin: Die Debatte hat im großen und ganzen eine Uebereinstimmung ergeben. Fast alle Redner haben anerkannt, daß die Kartelle eine wirtschaftliche Macht bilden, die

nicht mißbraucht werden darf. Es herrscht auch Uebereinstimmung, daß an die Spitze von Industrie-Genossenschaften nicht Leute gehören, die nur eine Kurdtreiberei und Dividendenerhöhung im Auge haben. Ehe ich weiter auf die Sache eingehe, bin ich ge- nötigt, zwei persönliche Bemerkungen zu machen. Herr Geheimrat Nordhoff hatte sich, mit Rücksicht auf seine Gesundheitslage und seine Gesundheit lange geweigert, das Korreferat zu übernehmen. Als er sich endlich dazu entschloß, sagte er: er könne keine gelehrte Abhandlung geben, sondern nur einiges aus seinem praktischen Leben mitteilen. Ich habe ihm erwidert, daß wir etwas anderes von ihm nicht erwarten und auch nicht wünschen. Wenn wir auch nicht mit allem, was uns Herr Nordhoff gesagt hat, einverstanden sein können, so können wir ihm doch jedenfalls dankbar sein, daß er trotz seiner Geschäftslast und seiner mangelhaften Gesundheit das, was er ver- sprachen, gehalten hat. Ich glaube, Sie werden mir bestimmen, daß der persönliche Eindruck des Herrn Geheimrat Nordhoff ein sehr guter war; er steht jedenfalls turmhoch über denjenigen seiner Kollegen, die ich bei der Kartell-Enquete kennen gelernt habe. Ich erachte es für meine Pflicht, dies hier hervorzuheben.

Es ist mir peinlich, noch etwas gegen Herrn D. Raumann zu sagen. Herr Raumann hat in seiner gestrigen Rede einen Angriff auf mich gemacht, ohne mich zu nennen. Ich liebe Herrn Raumann als Menschen und Christen, den Patrioten und habe be- sonders gern viele seiner Schriften gelesen. Aber ich hatte nämlich gestern das Gefühl, daß hier nur der Demagogie spräche (Dr. Weisge) ohne Sachkenntnis die alten marxistischen Phrasen vorbringt, gestützt durch sehr kümmerliche Beweismittel. Was er vorbrachte, ist absolut falsch. Ich fühle mich verpflichtet, als Leiter dieses Vereins auszusprechen, was viele Mitglieder mit mir gefühlt haben und daß es meine Pflicht sei, ein Wort der Reserve im Schlüsselwort anzubringen. Wenn ich dies nicht angebracht hätte, wäre ich nicht instande gewesen, nach dieser Rede und nach dem frenetischen Weisfall — ich nehme an, hervor- gerufen infolge des ästhetischen Charakters der Rede (Rufe: Jawohl!) — an der Spitze dieses Ausschusses zu bleiben und mich damit gleichsam einverstanden zu erklären. Herr Raumann beruft sich in dem ihm gesprochenen Weisfall, ich muß aber ausdrücklich erklären, daß diese Art des Auftretens nicht in unsere Versammlung gehört. Zur Sache selbst bemerke ich, daß ich gegen die Trusts nur aufgetreten bin, weil ich in diesen Gesellschaften sehe, die nicht Selbstzweck sind, sondern nur das Bestreben haben, durch allerhand künstliche Mittel hohe Kurse und hohe Dividenden zu erzielen. Es kommt ja aller- dings sehr darauf an, wer an der Spitze einer Gesellschaft steht. Mein Bruder stand längere Zeit an der Spitze der Danziger Bank. Von diesem habe ich vieles erfahren. Es gibt allerdings Direktoren, die dem Aufsichtsrat imponieren, aber in den meisten Fällen ist doch der Präsident des Aufsichtsrates der uneingeschränkte Herrscher einer Aktiengesellschaft. Es ist doch ein offenes Geheimnis, daß die große Mehrheit der Aufsichtsräte nur das Bestreben haben, für ihren Aktien- besitz hohe Kurse und hohe Dividenden zu erzielen. Es besteht doch auch kein Zweifel, daß die Großbanken zumeist im Aufsichtsrat der Industrie-Genossenschaften sitzen. Daß die Kartelle sich auf die Regierung stützen, mag die Regierung schlecht oder gut sein, ist selbstverständlich. Es muß zwischen Regierung und den Industrie- kartellen eine Verständigung herrschen. Die Hamburg-Amerika-Linie hätte niemals so groß werden können, wenn sie nicht in Fühlung mit der Regierung gestanden hätte. Herr Professor Wiedenfeldt klagte über das Schicksal der Beamtenmaterialien. In einem konstitutionellen Staat ist das Beamtenmaterial naturgemäß nicht so gut wie in einem absoluten. Und was die Qualität der Minister anlangt, so kommt es nicht auf die Geistesqualität des jeweiligen Ressortministers an. Minister kommen und gehen. Die Hauptsache ist und bleibt der alte Stamm von Ministerialdirektoren und Geheimräten. Ein alter Kanzleibeamter im Landwirtschaftsministerium sagte einmal: Nun habe ich schon den sechsten Minister angepumpt. (Heiterkeit.) Ein Ministerial- direktor, nicht vom Kultusministerium (Heiterkeit), sagte mir einmal: Der neue Minister ist ein rechter Reaktionär, aber in zwei Monaten habe er ihn dort, wo er ihn haben wolle. (Heiterkeit.) Es kommt wirklich wenig auf den Minister an, der zufällig ein Befehl mit seiner Flagge deckt. Allerdings kommt es auch sehr wesentlich darauf an, einen tüchtigen Reichsfanzler und tüchtige Staatssekretäre zu haben. Daß meine Vorschläge diskulabel sind, ist selbstverständlich. Ich verlange keineswegs, daß der Staat Beamte in den Aufsichtsrat schicken soll. Er soll solche Leute als Beirat in den Aufsichtsrat schicken, zu denen er das Vertrauen hat, daß sie das Interesse des Staates und das Interesse der Gesellschaft gleich- mäßig wahrnehmen werden. Dadurch würde auch am ehesten eine Verständigung zwischen den kartellierten Verbänden und dem Staat erzielt. Ich habe stets die Beobachtung gemacht, daß in kleinem Kreise sich bedeutend eher eine Verständigung erzielen läßt, als in einem großen. Daß mein Vorschlag auf Bedenken stößt, finde ich ganz naturgemäß. Ein Vorschlag ohne Bedenken gibt es in der Welt nicht. Der Redner wandte sich im weiteren Verlauf gegen die Verstaatlichung. Es folgen:

Perfällige Bemerkungen.

Professor Dr. Diehl-Königsberg i. Pr.: Ich glaube berechtigt zu sein, einige Worte zugunsten meines abwesenden Freundes Rau- mann zu sagen. (Rufe: Jawohl!) Ich muß erklären, es wider- spricht dem ganzen Charakter Raumanns, jemand anzugreifen, ohne den Namen zu nennen. Ich muß es also unbedingt bezeichnen, daß Raumann eine demagogische Rede gehalten hat. (Lebhafte Weisfall.) Aber selbst wenn Raumann Herrn Professor Schmoller an- gegriffen haben sollte — ich konnte das aus seiner Rede nicht ent- nehmen —, so hat er es doch getan gegenüber dem Referenten und nicht gegenüber dem Leiter dieses Vereins. Herr Professor Schmoller würde also niemals Veranlassung haben, seine Stellung als Leiter des Vereins niederzulegen.

Professor Dr. Schmoller: Ich bemerke, daß ich das Wort Demagogie im guten Sinne gebraucht habe. Ich bemerke ausdrück- lich, daß ich Herrn Raumann Charaktereigenschaften außerordentlich hoch schätze. Herr Dr. Raumann hat also keine Ursache, meinen Ver- sammlungen in Zukunft fernzubleiben. Ich würde das sehr be- dauern. Ich hielt es aber andererseits für erforderlich, meine eigenen Bedenken gegen das Auftreten Raumanns nicht zu unterdrücken. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Herrn Dr. Raumann gegenüber offen Farbe zu bekennen. Ich halte damit den Streit für er- ledigt. Hätte ich mich nicht offen ausgesprochen können, dann wäre ich genötigt gewesen, von meinem Posten als Leiter des Vereins zurückzutreten.

Dann wurde die Generalversammlung geschlossen.

Aus der Partei.

Vom Vorstande des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes erhalten wir folgende

Erklärung:

Auf dem Parteitag in Jena hat der Kollege Stubbe-Hamburg in bezug auf unseren Verband Behauptung aufgestellt: 1. Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes habe es dem Kollegen Aloy außerordentlich schwer gemacht, sein Reichstagsmandat beizubehalten, er habe von Aloy die Niederlegung seines Mandats verlangt. 2. Das Regulativ des Holzarbeiter-Verbandes bestimme, die Geworbetreuer hätten ihre volle Arbeitskraft nur dem Verband zu widmen. Das bedeute eben, daß sie sich an anderen Dingen nicht beteiligen dürfen. Schwarz auf weiß sehe es freilich nicht so, aber doch sei es so. Diese Behauptungen haben, wie die in den Presseberichten ver- merkten Juristen erkennen lassen, auf dem Parteitag Eindruck gemacht. Aber beide Behauptungen sind unwar.

In Abwesenheit des Kollegen Aloy, der zurzeit in Amerika weilt, erklären wir zu der ersten Behauptung folgendes:

ad 1) Niemals ist im Vorhand auch nur mit einem Worte der Versuch gemacht worden, Aloy in seiner politischen Betätigung zu hindern. Niemals hat der Vorstand auch nur daran gedacht, von Aloy die Niederlegung seines Mandats zu verlangen. Wahr ist nur, daß Aloy seit langen Jahren durch Ausübung seiner Partei- tätigkeit den Geschäften der Verbandslitung zum großen Teil ent- zogen ist, trotzdem aber würde der Vorstand auch in Zukunft etwaigen Versuchen, dem Kollegen Aloy oder einem anderen Verbandsbeamten das selbständige Recht der politischen Betätigung zu beschneiden oder ihn auch nur von der diesbezüglichen Pflicht zu entbinden, ent- schieden entgegenzutreten. Bisher sind in unserem Verband solche Versuche noch nicht gemacht worden.

ad 2) Die zweite Behauptung Stubbes stützt sich wahrscheinlich auf folgende Bestimmung in dem vom Vorstand aufgestellten „Ar- beitsplan für die befohlenen Geworbetreuer“:

„Im allgemeinen sind die Aufgaben und Pflichten des be- fohlenen Geworbetreuer in der „Geschäftsanweisung für die Geworbetreuer“ niedergelegt. Mit der erfolgten Anstellung hat er die Erfüllung aller in der Geschäftsanweisung bezeichneten Aufgaben als seinen nennwertigen Beruf anzusehen und ihr seine ganze Zeit und Tätigkeit zu widmen. In diesen allgemeinen Aufgaben treten für den befohlenen Geworbetreuer noch die im folgenden an- geführten besonderen Pflichten hinzu.“

Die hier erwähnte „Geschäftsanweisung für die Geworbetreuer“ ist zu einer Zeit herausgegeben worden, als der Verband noch keine befohlenen Geworbetreuer hatte. In jener Zeit vertreteten die Geworbetreuer ihre Tätigkeit ehrenamtlich nach Feierabend. Als später mit der Anstellung befohlener Geworbetreuer begonnen wurde, wurde für diese als Ergänzung der freiwilligen „Geschäftsanweisung“ noch der besondere „Arbeitsplan“ herausgegeben und darin ausgesprochen, wie vorkühend zitiert, daß der befohlene Geworbetreuer — im Gegen- satz zu dem nichtbefohlenden! — die Erfüllung aller in der Geschäfts- anweisung bezeichneten Aufgaben nimmere als seinen Beruf anzusehen und ihr seine ganze Zeit und Tätigkeit zu widmen habe.

Nach unserer Meinung kann nur boshafter Wille diesem Satz unterstellen, daß damit den befohlenen Geworbetreuer die Freiheit der politischen Betätigung genommen oder zu nehmen beabsichtigt sei.

Wir betonen uns dagegen, daß wir zu befohlenen Geworbetreuer etwa Kameliden wählen, oder daß sich unter den Geworbetreuer um die vom Verband zu vergebenden Posten überhaupt Kollegen finden würden, die sich um den Preis der Anstellung ihrer staats- bürgerlichen Rechte und Pflichten begeben würden. Wir halten uns verpflichtet, eine solche Unterstellung im Namen aller Beamten unseres Verbandes zurückzuweisen. Stuttgart, 27. September 1905. Der Vorstandsvorsitzende.

Das Hamburger Gewerkschaftskartell nahm am Mittwochabend zu einer Aeußerung des Genossen Weibel in seinem Referat über den Massenstreik Stellung. Der Vorsitzende Genosse Große verlas folgende Stelle aus dem Referat:

„Weiter mache ich Sie darauf aufmerksam, daß, während der Kongress in Köln die Frage des Massenstreiks behandelte, in einer Konferenz, die wir mit den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine mit der Gewerkschaftskommission in Hamburg hatten, wo beraten werden sollte, was eventuell gegen die Wahlrechtsverfälsche- rungspläne des Hamburger Senats zu tun sei — daß da von alten Parteigenossen und Gewerkschaftlern gesagt wurde: Ihr wißt ja gar nicht, wie böse es bei einem Teil unserer jüngeren Gewerkschafts- führer aussieht, die höher als über die Partei (Hört! Hört!), über den Sozialismus (Hört! Hört!), über den Zukunftsstaat; die be- streiten sogar, daß wir einen Massenstreik führen. (Hört! Hört!) Un- ruhe.) Werte Genossen, ich referiere ja nur, daß das gesagt wurde, und es waren alte, brave Genossen von der Gewerkschaftskommission, die das gesagt haben. Ich bin einfach starr gewesen, als ich das hörte. Und es wurde dann von Redaktoren des „Echo“ bestätigt.“

Genosse Große bemerkte hierzu, daß von seiten der Kartellkom- mission eine derartige Aeußerung, über die sich viele jüngere Gewerkschaftsführer beschwert hätten, nicht gefallen sei. Die Kommission habe in einer Sitzung beschlossen, daß beantragt werden solle, daß in das Parteiprogramm eine Nichtgenehmigung aufgenommen werde. In der Debatte wurde befaßt, daß in der betreffenden Sitzung, die einen v e r t a u l i c h e n Charakter trug, die in der zitierten Stelle enthaltenen Aeußerungen gefallen seien, doch konnte nicht festgestellt werden, wer sie getan hat. Mehrere Delegierte, die an der fraglichen Besprechung teilgenommen haben, sind der Meinung, daß es sich nur um Zurufe und Zwischenbemerkungen gehandelt habe. Die Kartell- kommission wurde beauftragt, die Angelegenheit im Sinne der Aus- führungen Großes richtig zu stellen.

Das in Jena angenommene Organisationsstatut gibt der „Bürgerlichen Partei“ in Ludwigschafen Veranlassung, in einem Artikel über den Jenaer Parteitag sich eingehender damit zu be- schäftigen. Da in Jena eine Debatte über diesen Gegenstand nicht stattgefunden, glauben wir, die dort ausgesprochene Anschauung zur Information registrieren zu sollen. Es heißt da:

„Der Parteitag hat der Partei die lange ersehnte neue Ver- fassung gegeben. Wir können nicht verhehlen, daß wir das neue Parteistatut nicht als die glücklichste Lösung der schwierigen Or- ganisationsfrage ansehen. Die Einschachtelung in Reichstags- Wahlkreisvereine, die direkt dem Berliner Parteivorstand, aber auch dem Bezirks- oder Landesorganisations unterstellt sind, bedingt trotz der Durchführung des zentralistischen Gedankens mit ihrem Dualismus zugleich eine größere Unregelmäßigkeit, sondern eher eine Schwereffizienz in der Aktion. Man darf nicht vergessen, daß unsere Organisationen neben der Aufklärungsarbeit nicht aus- schließlich die Agitation zu Reichstagswahlen zu leisten haben. Wäre das ihr einziger Zweck, dann könnte die neue Organisations- genügen. Aber wir haben Gemeindefunktionen und Landtagswahlen, die für bestimmte Territorien unserer Reichsparteiorganisation volle Selbständigkeit und leichte Beweglichkeit der Parteiglieder verlangen, und da scheiden sich überall in Baden, Württemberg, Sachsen, Bayern usw. zwischen die bis jetzt bestehenden strategischen Leitungen der Landes- oder die Bezirksorganisation, und die aus- führenden Reppentkörper, die Ortsvereine, die Reichstags-Wahl- kreisvereine als neue und zwar selbständige Elemente beizufügen. Sie sind nur ein schleppendes, hinderndes Glied, und nicht zum letzten ein kostspieliges. Bisher wurden nämlich die Finanzen verteilt zwischen Orts-, Landes- und Reichsleitung. Nunmehr tritt hinzu die Kreisleitung, die doch auch Mittel in der Hand haben muß, wenn sie überhaupt etwas leisten will. Also eine weitere Erhöhung der Beiträge wird die Folge sein, und jede Erhebung von Extrabelägen für bestimmte Zwecke (z. B. Partei- sekretariat) ist nun noch schwieriger. Die praktische Anwendung des neuen Statuts wird bald ergeben, daß hier Schwierigkeiten im Wege liegen, die kaum anders zu beseitigen sein dürften, wie — durch Statutenänderung. Das Gefühl dieser Notwendigkeit scheint auch den Parteitag beherrscht zu haben, der keine Dis- kussion über der Kommissionsentwurf erst eröffnen wollte, um nicht die ganze Geschichte aufzurühren, sondern ihn schnell an- nahm, damit einmal der Versuch gemacht würde. In der Hast dieser Abwahl hat man sogar vergessen, für Uebergangsbestim- mungen zu sorgen und — den Zeitpunkt des Inkrafttretens fest- zusetzen. Solche Umwälzungen können doch nicht mit dem Tage der Verabschiedung, von heute bis morgen, vorgenommen werden, und es wird sich darum vielleicht empfehlen, wenn der Partei- vorstand hier das Versäumte nachholt. Für uns in der Platz ist es Sache des Landesparteitages und des Gantages, die neue Organisation in hingewandter Ausführung zu bringen. Indessen hat das neue Organisationsstatut auch unsehbare Vorteile mit sich gebracht. Die Abschaffung des Vertrauensmänner- systems, die Entscheidung durch den Parteivorstand in letzter Instanz über Reichstagskandidaturen, die festen Bestimmungen

Über den Ausschluß und die Wiederaufnahme sind Fortschritte, die sicher dem Willen der Partei dienen werden.

Die Genossen des Wahlkreises Bielefeld suchen sich mit dem neuen Organisationsstatut abzufinden, indem sie die darin geforderte Kreisorganisation, die noch nicht bestand, schaffen. Die Kreisleiter „Volkswacht“ veröffentlichen am Donnerstag bereits ein Statut für den Wahlkreis Bielefeld. Wiederrück und bemerkt dazu, daß durch diese Form der Organisation die Einheitslichkeit der Aktion des Wahlkreises garantiert werden soll. An Stelle der Kreisorganisation tritt nunmehr die Generalversammlung des Kreiswahlvereins.

Mit den Beschlüssen des Parteitag in Jena beschäftigte sich eine Versammlung des sozialdemokratischen Volksvereins in Nürnberg. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, und sprach ausdrücklich ihre Verurteilung über die streng sachlichen Verhandlungen auf dem Jenaer Parteitag aus. — Die gleiche Meinung kam in einer Versammlung der Oberfelder Genossen zum Ausdruck. — Der sozialdemokratische Verein in Nürnberg nahm am Mittwoch den Bericht der Delegierten entgegen. In der Diskussion suchte ein Sozialorganisator darzutun, daß die Anarchisten nicht auf jede Mitarbeit verzichten und den Generalstreik als Mittel propagieren. Von einem anderen Redner wurde die Frage erhoben, daß die Gewerkschaften nicht zur Arbeit für die Partei nicht zu haben sind. Von allen Rednern wurde die vollste Zustimmung mit dem Ergebnis des Parteitages zum Ausdruck gebracht. Der Kassierer der Nürnberger Parteiorganisation erklärte, daß man mit den Beschlüssen, so weit sie das Massenwesen betreffen, vollständig zufrieden sein könne. Die Diskussion wurde schließlich abgebrochen; über die Frage des Generalstreiks soll in einer späteren Versammlung diskutiert werden. Folgender Antrag wurde angenommen: Die Versammlung hält es mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Parteitages bezüglich des Organisationsstatuts für notwendig, den bayerischen Parteitag, wenn irgend möglich, nach in diesem Jahre abzuhalten, und ersucht den Landesvorstand, so bald als möglich die Vorbereitungen zu dessen Einberufung zu treffen.

Als Parteisekretär für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen ist der Genosse Paul Wunge-Gelsenkirchen gewählt worden.

Vor einem Schwabinger gewarnt werden die Parteigenossen vom Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Adlershof. Es handelt sich um den seit vier Wochen von hier wegen einer Reihe strafbarer Vergehen flüchtig gewordenen Kaufmann Verthold Löwenthal. Derselbe hielt sich zuletzt im Gewerkschaftshaus in Stuttgart auf und erschwindelte sich in Turner- und Parteikreisen unter Vererbung auf seine Adlershofer Parteitätigkeit Geldbeträge. Er beruft sich besonders auf ein vom Vorstand des Wahlvereins ausgestelltes Schriftstück, das über die Dauer seiner Mitgliedschaft und seine Tätigkeit Auskunft gibt. Der Vorstand des obengenannten Wahlvereins ersucht die Parteipresse um Weiterverbreitung dieser Warnung.

Aus Industrie und Handel.

100 Prozent Dividende. Das Bohr- und Mutungsgeschäft erweist sich unter dem liberalen Berggesetz von 1895, das die in der Erde lagernden Kohlenfelder völlig der privaten Aneignung und Ausbeutung überläßt, als ein seines Geschäft. Gestern fand im Geschäftslokal des A. Schaffhausen'schen Bankvereins die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Internationalen Bohrergesellschaft in Gießen statt. Die vorgelegte Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung vom 31. März 1906 wurden genehmigt und beschlossen, von dem sich nach Vornahme der Abschreibungen in Höhe von 430 753 M. ergebenden Reingewinn von 1 332 785 M. eine sofort zahlbare Dividende von 100 Proz. auszuscheiden und den nach Abrechnung der statuten- und vertragsmäßigen Tantiemen sowie nach Abzug eines für Beamtenqualifikationen bestimmten Betrages von 50 000 M. verbleibenden Rest von 57 899,82 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Nur bei der rheinisch-westfälischen Bergwerks-Gesellschaft in Köln zum Preise von rund 35 Millionen Mark abgetretenen westfälischen und niederrheinischen Kohlenfeldern seien bis jetzt für rund weitere 10 Millionen Kohlen- und Kalkfelderverkäufe mit einem erheblichen Nutzen für die Gesellschaft abgeschlossen worden.

Roheisensyndikat und „Kraft“-Werk. Aus Köln wird telegraphisch gemeldet, daß zwischen dem Roheisensyndikat in Düsseldorf und dem außerhalb des Syndikats stehenden Eisenwerk „Kraft“ in Pragwitz bei Stettin, dessen Hauptinteressent der Herr Wendel v. Donnermarck ist, eine Einigung zustande gekommen ist. Noch bis vor wenigen Wochen bestand zwischen dem Syndikat und dem „Kraft“-Werk bittere Feindschaft, da letzteres mehrfach die Preisnotierungen des Roheisensyndikats für die Eisen- und Stahlwerke unterboten hatte. Nachdem aber der Projekt der Anlage eines größeren Hochofenwerks bei Lübeck gesichert erschien, schänkte das „Kraft“-Werk seine Konkurrenz ein, das jetzt der Meldung nach eine Verständigung, d. h. wohl eine Vereinbarung über Preisforderung und gegenseitige Abgabegebiete erfolgt ist. Allem Anschein nach fürchtet das „Kraft“-Werk von dem neuen Hochofenwerk, das an der Trave errichtet werden soll, eine ernsthafte Konkurrenz und hat sich deshalb mit dem alten Gegner ausgeöhnt, um gegen den neuen um so schärfer den Kampf aufnehmen zu können.

Fusionenpläne. Von den Kohlen- und Eisenbaronen werden hinter den Kulissen allem Anschein nach wieder allerlei Verschmelzungspläne betrieben. An der Börse trat heute wieder eine starke Nachfrage nach den Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft hervor, durch die sich der Kurs um mehrere Prozent erhöhte. Wie gerüchtweise verlautet, wird die Meber Hütte sich der Interessengemeinschaft Gelsenkirchen-Schaffhausen anschließen, um sich eine billigere und bessere Versorgung mit Kohlen und Koks zu sichern.

Eine neue Bankvereinigung. Zwischen der Nordwestdeutschen Bank, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bremen und der Oldenburger Bank in Oldenburg ist vorüberfällig der Genehmigung der beiderseitigen Generalversammlungen folgender Vertrag geschlossen worden: Die Oldenburger Bank geht als Ganzes an die Nordwestdeutsche Bank gegen Gewährung von Aktien der letzteren über. Es sollen nach diesem Vertrage gegen je nominell 4000 Mark Oldenburger Aktien nominell 3000 Mark Nordwestdeutsche Bankaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1906 gewährt und der Dividendenchein für 1905 der Oldenburger Bank mit 10 Mark per Aktie beim Umtausch eingelöst werden.

Die Beschäftigung der Elektrizitätsbranche. Der Konflikt, der in der Berliner Elektrizitätsindustrie ausgebrochen ist, fällt in eine Zeit regen Geschäftsganges. Fast von Monat zu Monat erfuhr der Beschäftigungsgrad im laufenden Jahre eine Steigerung. Die Aufträge fließen der Elektrizitätsindustrie sowohl aus dem Inlande als auch aus dem Auslande wieder in einem Umfang zu, wie in den Jahren der letzten Aufschwungsperiode. Aber im Gegensatz zu damals, wo es sich hauptsächlich zur Ausrüstung elektrischer Bahnen und um Anlagen von Elektrizitätswerken für Beleuchtungszwecke handelte, sind diesmal, wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ berichtet, die Großindustrie und die Landwirtschaft die Hauptauftraggeber. Vor allem zeigt sich in der Kohlen- und Eisenindustrie, daß die Verwendung von elektrischer Kraft immer stärkeren Eingang findet. Auch in der Landwirtschaft nimmt die Verwendung elektrischer Kraft in letzter Zeit wieder mehr zu, nachdem die guten Ernten der letzten Jahre für Betriebsverbesserungen reichliche Mittel übrig gelassen haben. Aber nicht nur das Inland teilt mit erhöhten Bestellungen an die Elektrizitätsindustrie heran, auch der Absatz im Auslande ist in bemerkenswerter Zunahme begriffen. Hier handelt es sich meist um den Bau von Bahnen und die Anlage von Elektrizitätswerken zu Beleuchtungszwecken. Die großen Firmen haben in Erkenntnis dieses Aufschwunges schon im Vorjahre ihre Vorbereitungen getroffen, um die Gunst der

Konjunktur auszunützen. So vermehren die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft sowie die Siemens-Schuckertwerke ihre Filialen im Auslande. Die Zahl der Beschäftigten ist seit etwa Mai in starker Zunahme begriffen, während in den ersten Monaten des Jahres eine Abnahme der Beschäftigten konstatiert werden mußte. In der Fabrikation von Dynamos, Elektromotoren, Transformatoren und Akkumulatoren hat der Auftragsbestand im Juni eine so starke Vermehrung erfahren, daß die Zahl der Arbeiter erhöht werden mußte. Im Juli schon war die Nachfrage nach Arbeitern lebhaft. Da indessen die erhöhte Beschäftigungsdauer noch immer nicht ausreichte, wurde auf vielen Werken mit Nachschichten und Überstunden gearbeitet. In der Fabrikation elektrischer Meßinstrumente sowie in der Telephonie, Telegraphie und Schwachstromindustrie ist reichliche Arbeitsgelegenheit vorhanden. Dem Geschäftsbericht der Telephon- und Telegraphenwerke W. G. Westinghouse ist z. B. zu entnehmen, daß diese Fabrik stark mit Aufträgen versehen ist. Den lebhaftesten Beschäftigungsgrad in der Stabfabrikation besetzt die Tatsache, daß die Betriebe nicht nur unter Ausnutzung ihrer vollen Leistungsfähigkeit, sondern sogar vielfach mit Nachschichten und Überstunden arbeiten müssen. Der Arbeiterbegehre in der Bleistiftfabrikation war schon im Juli so stark, daß teilweise Lohnerhöhungen bewilligt wurden, um die nötigen Arbeitskräfte zu erhalten. Der Absatz von Zylindermaterial, der im Juli eine kleine Ermattung erfahren hatte, wies im August eine bedeutende Besserung auf. Besonders das Inland trat als härterer Abnehmer auf, vom Auslande gingen die Aufträge nur langsam ein.

Der amerikanische Stahl- und Eisenmarkt zeigt einen sehr günstigen Stand. Der Stahlmarkt vergrößert die Carnegie-Werke in Homestead und hat angeordnet, daß fast alle Hoheöfen in Betrieb gesetzt werden sollen. Nach der „Iron Trade Review“ haben alle großen Firmen mehr Bestellungen als sie ausführen können. Für Lieferung im Jahre 1906 liegen Orders vor über mindestens 1 300 000 Tonnen Stahlschienen. Dazu kommen noch diesjährige Bestellungen im Umfang von 200 000 Tonnen, die erst im nächsten Jahre ihre Erledigung finden können. Die Produktion im Jahre 1905 wird 2 500 000 Tonnen übersteigen und im Jahre 1906 werden mindestens 3 500 000 Tonnen produziert werden. Die Nachfrage nach Strukturstahl ist infolge der erhöhten Vantätigkeit stark gewachsen. Die Departements für Voranschläge werden in den einzelnen Werken weit stärker als sonst in Anspruch genommen. Die Vantätigkeit zeigt eine Zunahme von 45 Proz. im Vergleich zum vorigen Jahre.

Soziales.

Krankheit und Beruf.

Eine für die Gewerbehygiene sehr wichtige Statistik über die Erkrankungszahlen der verschiedenen Berufe hat die Ortskrankenkasse Dresden Ende 1899 begonnen und bis Ende 1903 fortgeführt. Im ganzen waren hierbei, wie wir einer Besprechung der Arbeit in der „Sozialp. Rundschau“ entnehmen, 531 616 Krankheitsfälle zu bearbeiten, so daß eine ganz richtige Arbeit zu bewältigen war, die von mehreren hundert Beamten und einigen Hilfsarbeitern ausgeführt wurde. Als ungünstiger Umstand muß es angesehen werden, daß in Dresden außer den freien Hilfskräften noch 53 Betriebs-Krankenkassen und neun Zwingungs-Krankenkassen bestehen, die in die Statistik nicht einbezogen werden konnten; immerhin ist die Ortskrankenkasse über das ganze Stadtgebiet ausgedehnt und umfaßt 90 Proz. aller Krankenversicherungspflichtigen Arbeiter. Ingesamt wurden während der Beobachtungszeit an Krankheitsfällen, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, gezählt bei den männlichen Mitgliedern 50 701 Fälle mit 1 579 736 Krankenlagertagen und bei den weiblichen Mitgliedern 41 858 Fälle mit 998 954 Tagen. Nach dem ermittelten Durchschnitt des Mitgliedsbestandes entfielen auf 100 Männer 164 Krankheitsfälle, auf 100 Frauen 158 Krankheitsfälle, im allgemeinen Durchschnitt auf 100 Mitglieder 162 Krankheitsfälle.

Es ist sehr schwierig, in kurzen Umrissen eine Übersicht über die gewonnenen Resultate zu geben. Im einzelnen geht die Höhe der Erkrankung in den verschiedenen Berufsgruppen weit auseinander. Während nach dem ermittelten Durchschnitt auf 100 männliche Mitglieder 164 Krankheitsfälle kommen, war der durchschnittliche Satz in der Bekleidungsindustrie, bei Schuhmachern, Schneidern, Handschuhmachern usw. nur 108, dagegen wuchs er in der Nahrungsmittelindustrie (Bäcker, Konditoren, Müller, Fleischer usw.) auf 196, im Baugewerbe auf 226, in der Bearbeitung von Steinen und Erden (Steinmetzen, Porzellan- und Glas-Maler, Stein- und Glas-Schleifer) auf 245, in der Maschinenfabrikation auf 298 und in der Industrie der Feinreinigung sogar auf 417 pro 100 Versicherte. Aber auch in den einzelnen Berufsgruppen sind wieder solche Unterschiede zu beobachten, daß nur eine genaue Untersuchung ein klares Bild ergeben kann. Unter dem Rubrum „Häufigkeiten“ kommen z. B. auf die Steinseher drei Mal höhere Prozentzahlen wie auf die Schornsteinfeger; ungefahr dasselbe Verhältnis besteht in der Rubrik „Handelsgewerbe“ zwischen den Kontoristen und den in den kaufmännischen Betrieben angehenden Arbeitern. Als auffälliges Merkmal tritt in allen Berufsgruppen hervor, daß die ungelerneten Arbeiter die höchsten Erkrankungsziffern stellen. Genau dasselbe Merkmal tritt auch bei den Frauen hervor. So kommen auf die Strickerinnen, Wäckerinnen, Siederinnen usw. in der Textilindustrie weniger als 100 Krankheitsfälle auf 100 Versicherungspflichtige, während der Durchschnittssatz der erkrankten Arbeiterinnen ungefahr 100 betrug. In der Metallindustrie erkrankten die Arbeiterinnen ungefahr achtmal so oft wie die Goldschlägerinnen.

Von großem Interesse ist weiter eine graphische Darstellung, welche die Verteilung der einzelnen Krankheitsarten in den verschiedenen Berufen anzeigt. Auch hier zeigen sich bedeutende Unterschiede. So fällt der Prozentsatz der Infektionskrankheiten in verschiedenen Berufen, bei den Müllern, Feilenhauern, Klempnern, Stukkateuren, Dachdeckern und bei den Käufern und Baggerern auf 10 und noch tiefer, während er bei den Handschuhmachern auf weit über 30 steigt. Die Hautkrankheiten bleiben überall unter 10 Proz. mit Ausnahme der Köche, welche diese Grenze übersteigen. Der Muskelrheumatismus war am wenigsten anzutreffen bei den Hutmachern, Eisenseidern, Holzbildhauern und bei den Glas- und Porzellan-Malern, am meisten waren davon befallen die Baggerer mit 20 und die Gerber mit über 30 Proz. Große Unterschiede zeigen auch die Erkrankungen der Atmungsorgane in den einzelnen Gewerben; blieben diese bei den Boots- und Steuerleuten, bei Klempnern und Fleischern unter 10 Proz., so stiegen sie andererseits bei den Müllern und Bergleuten auf beinahe 40 Proz. und noch größere Differenzen zeigten sich in den verschiedenen Berufen bei den Verletzungen und Unglücksfällen. So sind 40 Proz. aller Krankheiten bei den Fleischern auf Verletzungen zurückzuführen und ähnlich ist der Prozentsatz auch bei den Kutschern. Die Giftkrankheiten fehlen in einigen Berufen gänzlich, dafür machen sie aber in drei Berufen einen hohen Prozentsatz aus, bei den Lackierern, Anstreichern und Dekorationsmalern 20—30 Proz. und bei den Schriftgebern weit über 30 Proz.

Die großen Abweichungen — soweit sie nicht etwa zurückzuführen sind auf zu große Ungleichmäßigkeit in der Zahl der in den einzelnen Gewerben in Frage kommenden Personen, so daß Zufälligkeiten nicht weit genug ausgeglichen werden konnten und daher ihre Ausgleichung nur finden könnten auf breiterer Grundlage — dürften darauf hinweisen, daß die Untersuchung sich auch noch auf andere Faktoren erstrecken müßte, um die Wirkung der Berufsgefahren rein beurteilen zu können. Es müßten Arbeitszeit, Löhne, Wohnung, Alter und dergleichen mit in den Kreis der Untersuchung gezogen und danach innerhalb der Berufsvergleichsfähige Gruppen gebildet werden.

Wer ist hauptsächlich bei Unfällen auf Schauspielschiffen.

Eine Zivilklage, angehängt von der Hamburger Schauspielerin Neuschilling gegen den Direktor, den Theatermeister und den Regisseur des Ernst Decker-Theaters in Hamburg, auf Zahlung eines Schaden-

ersatzes von 2478 M., hat nunmehr alle Instanzen durchlaufen und ist zugunsten der Klägerin entschieden worden. Der Schadenanspruch basiert auf folgendem Vorfall: Auf der Bühne des genannten Theaters verunglückte vor Jahresfrist während der Vorstellung die Schauspielerin N., indem sie in eine Podestöffnung trat und den Fuß brach. An den Folgen des Unfalles hatte die Künstlerin längere Zeit zu leiden, weshalb sie die Zivilklage gegen die erwähnten Personen anhängig machte. Die Zivilkammer II des Landgerichts zu Hamburg erkannte den Anspruch seinem Grunde nach für berechtigt an, weil der Sachverständige das Vorhandensein der Fide in dem Podestbau als einen groben Fehler bezeichnet habe; sämtliche Beklagte wurden als haftpflichtig erklärt. Das Hanseatische Oberlandesgericht als Berufungsinstanz schloß sich den umfangreichen Urteilsgründen der ersten Instanz an. Gegen dieses Urteil legten die Beklagten Revision ein, die vom Reichsgericht verworfen wurde. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Mit Unrecht rügen die Beklagten, daß das Oberlandesgericht jede Würdigung des eigenen Verschuldens der Klägerin unterlassen habe. Allerdings habe das Berufungsgericht in seinem Urteil das Vorbringen der Beklagten, die Klägerin hätte bei den beschränkten Räumlichkeiten des Theaters besondere Vorsicht zu verwenden müssen, nicht ausdrücklich getilgt. Aus dem Urteil des Oberlandesgerichts geht aber hervor, daß es in dieser Beziehung dem Landgerichtlichen Urteil beizutreten wollte, daß nämlich von einem Schauspieler nicht verlangt werden könne, daß er im Eifer des Spiels auf solche Defnungen, wie die in Rede stehende, achten müsse. Wenn schließlich für den Regisseur geltend gemacht werde, die Erhaltung seiner Obiegenheiten auf die Sorge für die ordnungsmäßige Art der Aufstellung der Kulisen zu finden in der regelmäßigen Tätigkeit eines Regisseurs keine Grundlage und besonders Umstände, die im vorliegenden Falle einen weiteren Kreis seiner Tätigkeit annehmen ließen, seien nicht festzustellen, so werde damit lediglich die tatsächliche Feststellung des Berufungsgerichts in prozessual unzulässiger Weise bekämpft.“

Gegen die Zivilklage richtet sich eine Bewegung, die von Angehörigen des Gastwirtsstandes hervorgerufen worden ist. Zur Veranlassung eines Kongresses der „Militärmusiker-Interessenten Deutschlands“, der am 25. Oktober d. J. in Berlin tagen wird, hat sich ein Komitee gebildet, dem zum großen Teile die Vertreter von Gastwirtsorganisationen angehören, weil „die Saal- und Konzertlokal-Inhaber am meisten unter dem Vorgehen der Zivilmusiker gegen die Militärmusiker zu leiden“ haben. In dem von dem Komitee erlassenen Aufruf heißt es u. a.: „Würde der Kriegsmusiker dem Drängen der Zivilmusiker nachgeben und das gewerblige Aufziehen der Militärkapellen unterlassen, so hätten viele Konzertabstimmungen und Gärten den größten Schaden davon. Viele Existenzen würden vernichtet werden, und es würde vieler Jahre bedürfen, ehe die Zivilorchester so weit geschult seien, die entfallenden Lücken ausfüllen zu können.“ Der Kongress soll daher Maßnahmen beraten, durch die die Lokalhaber und das Publikum vor dem Vorgehen der Zivilmusiker geschützt werden können. Die Meinung, daß die Zivilmusiker weniger geschult seien als die Militärmusiker, kennzeichnet die Oberlässigkeit, mit der der erwähnte Aufruf abgefaßt worden ist. Noch beachtenswerter ist aber die Tatsache, daß es Gastwirte sind, die hier gegen die Angehörigen eines Berufsstandes zum Kampfe aufrufen, von denen alle Welt weiß, daß sie unter der Konkurrenz der Militärmusiker ganz empfindlich zu leiden haben und daß ihre Lage keine beneidenswerte ist. Diefelben Gastwirte, die sich mit Vorliebe zum Mittelstand zählen, können fortgesetzt klagen an über die Konkurrenz, die den Mittelständlern in dieser oder jener Weise gemacht wird. Sie halten es für höchst rücksichtslos und werden nicht müde zu protestieren, wenn wieder einmal ein Automaten-Restaurant, ein Warenhaus-Café oder etwas Ähnliches errichtet wird. Wo es sich aber um die weit empfindlichere Konkurrenz der Militärmusiker gegenüber den Zivilmusikern handelt, da finden die Herren Gastwirte einen solchen Zustand nicht nur höchst angenehm, sondern sie leiten auch noch große Protestbewegungen dagegen ein, daß sich die Unterdrückten und in ihrer Existenz Geschädigten zur Wehr setzen.

Kunst und Wissenschaft.

Trionon-Theater. Madame Torera. Schwank in drei Akten von Jules Chancel. — Der französische Schwank des Herrn Chancel hat in der Anlage etwas von den Tuchfabrikanten dieses Genres voraus. Abseits von der ausgetretenen Meerstraße, von dem Schwarm der immer verwickelter ausgelegelten, bei aller Privatität weißt so langweilig schablonenhaften Ueberrudersoren, erwachte der Verfasser auf der Jagd nach neuen verblüffenden Verwickelungen eine noch nicht ausgebeutete, sozusagen jungfräulich unberührte Situation, die eine Fülle toller Possenstoffe verspricht. Ein Offiziersbursche wird Schwiegervater seines Offiziers! Madame Pepita von Olivarez, Schwiegermutter eines Beamten, schwärmt als Spanierin für Stielkämpfe und läßt Toreros. Während das junge Ehepaar eine verpöbelte Hochzeitreise macht, hat sie dem hübschen, pflicht-dummen Burschen Victorin, der, wie sie später mit Schreden erfährt, sich nicht einmal an eine wildgewordene Kuh heranwagt, eine enthusiastische Heroenverehrung gewidmet und zur Steigerung der Romantik eine heimliche Ehe mit ihm geschlossen. Höchste humoristisch brachte Junfermann die Mischung von Verlegenheit und Stolz, mit welcher der Gemählte sich in die Heldentrolche findet, die Kunst vor der Enthüllung und dann, nachdem das erste Ungewitter vorbei, den schadenfrohen, patronisierenden Schwiegervater gegenüber dem Neutnant heraus. Doch leider schon vor der Mitte war das Pulver verschossen, die Schwankereignisse wurden matter und immer matter. Ganz hübsch ist noch das Abenteuer mit der wilden Kuh, die Entzückung Madams, als ihr Toreroideal sich so schamlich blamiert und ihre jäh aufflammende Liebesbegeisterung für den allen Trottel von Victorin, der das Tier mit seinem Säbel aufspießt. Die Spitze mit Victorins häuerlichen Eltern wirken direkt peinlich; der dritte Akt, Victorins Entthronung und Rückkehr zu dem Dienstmädchen, der nachträgliche Besuch des Oberst bei Madame — fristet sich mit recht gequälten Scherzen kümmerlich hin. In den Weisfall mangelt es ziemlich an dem schmerzlichen Parisier Possen nicht geübt.

Nur dem, wie gesagt, brillanten Herrn Junfermann verdankt Herr Sachs in der Rolle des idiotischen Oberst Entzückung. Die Torera der Frau Brandt-Schüle war ziemlich farblos. Der Figur hätten sich wohl sehr viele reichere komische Wirkungen abgewinnen lassen.

bt. Die 77. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte nahm am Mittwoch den Bericht der Unterrichts-Kommission entgegen, die auf der vorjährigen Versammlung in Dresden zur Beratung der Frage der Reform des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an den höheren Schulen gewählt worden war. Die Kommission hat sich, um ihre Beratungen nicht übermäßig ausdehnen, vorläufig auf die in Preußen bestehenden drei Arten von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen) beschränkt und die Beratung der anderen Fragen noch vertagt. In bezug auf Preußen stellt die Kommission drei Vorschläge auf:

1. Die Kommission wünscht, daß auf den höheren Lehranstalten weder eine einseitig sprachlich-geschichtliche, noch eine einseitig mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung gegeben werde.

2. Die Kommission erkennt die Mathematik und die Naturwissenschaften als den Sprachen durchaus gleichwertige Bildungsmittel an und hält zugleich fest an dem Prinzip der spezifischen Allgemeinbildung der höheren Schulen.

3. Die Kommission erklärt die tatsächliche Gleichberechtigung der höheren Schulen für durchaus notwendig und wünscht deren vollständige Durchführung.

Der Bericht der Kommission begegnete allgemeiner Zustimmung; die Vorschläge sind in ihr — sie besteht aus 13 Mitgliedern — einstimmig angenommen worden.

Die Deutemacher an der Arbeit.

Auf dem Rathaussturm konnte die Sturmfahne gezogen werden, denn die ganze kapitalistische Prehmeute umheult das rote Haus. Aber nicht erst gestern und heute, sondern von langer Hand ist diese Hege und zwar systematisch vorbereitet worden. Jetzt aber, nachdem das Stichwort gegeben ist, brüllt der ganze Chor wie auf Kommando, daß die städtische Verwaltung unfähig sei, die großen, umfassenden Verkehrspläne durchzuführen, und dies nur allein die „mit weitem Blick begabte Privatgesellschaft“ könne. Die Haltung, welche die bürgerliche Presse in dieser Frage einnimmt, ist erbärmlich, ist geradezu infam, denn alles, was gegen die städtische Verwaltung zutage gefördert wird, besteht in Behauptungen, die wider besseres Wissen aufgestellt sind. Die Herrschaften wissen ganz genau, daß die Schuld nicht bei der städtischen Verwaltung liegt, sondern einzig und allein bei der Regierung. Das muß hier einmal wieder deutlich ausgesprochen werden. Schon vor drei Jahren hat der „Vorwärts“ diesen Standpunkt in Nr. 235 im Jahre 1902 vertreten, und zwar in einer umfassenden Darstellung der wirklichen Vorgänge; und wenn damals in dem Artikel gesagt wurde, „daß gegenüber diesen Machenschaften nichts anderes übrig bliebe als die Flucht in die Öffentlichkeit“, so muß konstatiert werden, daß die bürgerliche Presse nur teilweise von diesen auf atmenmäßigen Unterlagen beruhenden Darlegungen Notiz genommen hat; die meisten Blätter aber haben, weil es ihnen unbequem war, darüber geschwiegen. Ja, es muß ausgesprochen werden, daß, wenn die Missachtung, welche die städtischen Verkehrspläne bei der Regierung finden, nur zum zehnten Teil in Wohlwollen für diese umgewandelt würden, wir in Berlin sehr rasch die Misere in unserem Verkehrsweisen beseitigt sehen würden. Alles dies ist der bürgerlichen Presse bekannt und trotzdem wagt das „Berliner Tageblatt“ zu schreiben:

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß im Ministerium des Innern ein sehr beschleunigtes Tempo in puncto Verkehr dringend gewünscht wird. Die Verwaltung der Stadt Berlin darf sich daher heute darüber nicht mehr beschweren, wenn sie übergegangen wird: der Zustand ist zwar zu beklagen, aber nicht zu ändern, so lange nicht ein frischer Hauch in unserer städtischen Verkehrspolitik weht. Mit den fünf städtischen Straßenbahnlinien ist es wirklich nicht getan. Potsdamerstraße, Potsdamerplatz, Leipzigerstraße und Spittelmarkt müssen vom Verkehr entlastet werden; diese Entlastung steht seit Jahren fest. Wer diese Entlastung herbeiführt, kann der Bevölkerung an sich gleich sein; traurig aber bleibt es trotzdem, daß das Prinzip der Selbstverwaltung, das immer mit einem so tiefen Verstand der Leberzeugung im roten Hause proklamiert wird, durch die von der Bürgererschaft Gewählten immer von neuem infolge der vollkommen unzulänglichen Verkehrspläne erschüttert wird.

Und wie das „Tageblatt“ machen es eine große Zahl anderer Blätter. Mit Eitel muß man sich von diesem Treiben abwenden; passierten solche Dinge in England, Frankreich oder Amerika, so würden dieselben deutschen Blätter sie als die gemeinste Korruption brandmarken.

Zunächst müssen wir den Leiern des „Vorwärts“ noch einmal vorführen, wie die Vorgänge in der Frage der Weiterführung der Untergrundbahn vom Potsdamerplatz nach dem Spittelmarkt sich abgespielt haben. Die städtische Verwaltung beabsichtigte diese Bahn selbst zu bauen und kommt deswegen bei der zuständigen Stelle um Konzession ein. Sie erhält die Antwort, daß diese Linie der Firma Siemens u. Halske vorbehalten bleiben müsse. Die Firma arbeitet dann das Projekt aus, fordert aber für die Durchführung von der städtischen Verwaltung einen Zuschuß von rund 15 Millionen Mark. Also selber bauen darf die Stadt nicht, aber bezahlen soll sie. Und die bürgerliche Presse heißt dies Verfahren gut, indem sie treuherzig schreibt, „an den Kosten dürfte doch ein solches Projekt nicht scheitern“. Kann man sich etwas Gewissenloseres denken? Kann man einem Vertreter der Bürgerschaft zumuten, daß er solchen Verlangen zustimmt? Würde man nicht mit Recht den Vorwurf erheben können, daß hier das Geld der Steuerzahler verschleudert würde? Würde doch die Regierung der Stadt die nachgesuchte Konzession erteilen, die Linie wird dann sofort gebaut und die Verkehrsmissere für diesen Teil der Stadt ist beseitigt. Die Stadt aber für die Verzögerung verantwortlich machen, heißt einfach die Dinge auf den Kopf stellen. Deshalb aber dies Treiben? Weil die bürgerliche Presse zu feig ist, die Wahrheit zu sagen, weil sie es zuläßt, daß die Mittel der Stadt den Deutemachern in die Taschen gejagt werden. Und nun das Sechzig-Millionen-Projekt der „Großen“. Wie niedrig schätzen die bürgerlichen Blätter ihre Leser ein, indem sie wagen, das Projekt zur Annahme zu empfehlen. Die unfähige Stadtverwaltung würde mit einem Male zu einem Ruffier von Einsicht und Sachkenntnis, wenn sie das ihr hingeworfene Projekt apporrierte, wenn sie die Verlängerung der Konzession der „Großen“ auf die Kleinigkeit von 90 Jahren gewährte! Diese Konzession ist des Übels Kern, doch davon ist in den Artikeln der bürgerlichen Presse wenig oder gar nichts zu lesen, diese unerhörte Forderung wird den Spießbürgern verschwiegen. Ihnen wird nur vor Augen geführt, wie herrlich sich die Potsdamer, die Leipziger und die Königgräzer Straße ohne Strohbahn ausnehmen würde, da aber das Projekt bereits die kaiserliche Approbation erhalten habe, sei alles wohl geordnet.

Mit nichten; wir sind vielmehr der Meinung, daß die städtische Verwaltung dies Projekt auf keinen Fall annehmen darf, will sie nicht die schlimmsten Zustände auf dem Gebiete des öffentlichen Verkehrsweisen hervorbringen und die Stadt in schwere finanzielle Gefahren bringen. Sind denn, so fragen wir, die Leipziger, die Potsdamer und die Königgräzerstraße die einzigen Stellen, wo eine Verkehrsmissere besteht? Liegen nicht am Moritzplatz, am Alexanderplatz, in der Königstraße, am Rosenthaler Tor, am Dranienburger Tor usw. dieselben Zustände vor? Ist die Entwicklung dieser Gegenden etwa abgeschlossen, ist nicht vielmehr mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß durch die jetzige rapide Bebauung der nördlichen und östlichen Vororte der Verkehr weiter und weiter anschwellen wird? Was aber dann, wenn erst die „Große“ wegen des Einsengerichts der Verkehrsverbesserung der Leipzigerstraße die Konzessionsverlängerung auf 90 Jahre in der Tasche hat? Glaubt jemand, diese Gesellschaft würde sich noch zu irgend welchen anderen Verbesserungen herbeilassen? O nein! Aber die städtische Verwaltung würde dann mit Millionenopfern eingreifen müssen, um den dringenden Bedürfnissen abzuhelfen. Das sind alles Perspektiven, die

klar vor Augen liegen. Wir haben ja Beispiele. Als seinerzeit mit der Großen wegen Umwandlung des Pferdebahnbetriebs in elektrischen Betrieb verhandelt wurde, erklärte die Gesellschaft, daß, wenn ihr nicht die Konzession bis 1919 verlängert würde, der Pferdebetrieb zum Spott der ganzen Welt bis 1911 aufrecht erhalten bliebe. Darüber herrscht heute völlige Klarheit, daß einer Privatgesellschaft die öffentlichen Straßen und Plätze nicht mehr zur Ausbeutung überlassen werden dürfen. Die Bürgererschaft ist nur dann sicher, daß den öffentlichen Verkehrsbedürfnissen wirklich Rechnung getragen wird, wenn die Stadtverwaltung Herr auf ihren Straßen und Plätzen bleibt. Und in dieser Richtung hätte eine pflichtbewußte Regierung die Stadt zu unterstützen, unbefürchtet darum, daß in noch so hohen Kreisen Aktionäre der „Großen Berliner“ säßen.

Wir hatten vorher behauptet, daß der jetzige Coup von langer Hand vorbereitet sei. Die Macher wissen sehr gut, warum die Sache mit solchem Tamtam in Szene gesetzt werden mußte, der Kurszettel gibt Auskunft. Langsam, aber unaufhaltsam ist der Kurs der Straßenbahnaktien heruntergegangen; bis auf 180 war er gesunken und mit Recht. Die Abschreibungen der Großen sind unzulänglich, ihre Reservefonds sind anstatt mit guten, leicht realisierbaren Werten, mit faulen Aktien ihrer Tochtergesellschaften gefüllt. Das Aktienkapital war aber nach und nach verwässert worden, indem den Aktionären die neuen Aktien immer zum Nominalwert überlassen wurden (zu zirka 108 Proz.). Diese jungen Aktien lagerten in den Geldsäcken der Großaktionäre; sie waren nicht an den Mann zu bringen.

Es mußte also etwas in Szene gesetzt werden, damit die Aktien Abnehmer fanden, es waren Dumme zu finden, die den hohen Kurs bezahlten. Gelang solcher Fischzug, dann waren die Macher um 20, 30 Millionen reicher, indem sie die Kursdifferenz in die Tasche steckten. Das ist der zweite Raub, der hier mit Hilfe der bürgerlichen Presse in Szene gesetzt wird.

Die Stadtverordnetenwahlen stehen vor der Tür. Soweit die Arbeiterklasse in Frage kommt, wird alles gesehen, um Männer in das rote Haus zu senden, die sowohl der Regierung als auch den Deutemachern gegenüber rücksichtslos ihren Mann stehen.

Eine Frucht der Prügelpädagogik.

Ein typischer Fall, der den Unwert der Prügelpädagogik in den öffentlichen Erziehungsanstalten charakterisiert, lag gestern dem Schwurgericht zur Aburteilung vor.

Der mörderische Heberfall auf die 63jährige Frau Krüger, Stralauer Platz 21, gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung. Wegen schweren Raubes wurde der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Arbeiter Paul Schulze zur Verantwortung gezogen. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsrat Köhling, die Anklage vertritt Staatsanwalt Lindow, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Vahn. Der jetzt 21jährige Angeklagte ist von jeher ein Laugenichts gewesen. Er ist zur Fürsorgeerziehung in eine Anstalt in Strausberg gebracht worden, nachdem er schon mehrere Strafen wegen Diebstahls, Unterschlagung und Sachbeschädigung erlitten hatte. Aus der Anstalt wurde er zu einem Bauer in Arbeit geschickt, rückte dort aber nach kurzer Zeit aus und ging nach Berlin, wo er einige Monate in einer Schlächterei geholfen hat. Dann ging er wieder kurze Zeit zu einem Pauer, ritz aber auch dort wieder aus und bummelte dann in Berlin herum. Am 12. April hatte er mit einem Gelbzieger Ramin, den er zufällig kennen gelernt hatte, in einigen Lokalen Willard gespielt und war dann mit ihm in das Schanklokal von Krüger, Stralauer Platz 21, gegangen, wo sie abends Willard spielten und mehrere Glas Bier tranken. An jenem Abend vertrat die 63jährige Mutter des Herrn Krüger ihren Sohn und war allein in dem Lokal. Als Ramin sich entfernte hatte, blieb der Angeklagte als einziger Gast zurück. Er verlangte von der alten Frau eine Tasse Kaffee, das Verlangen wurde aber zunächst abgelehnt. Dann suchte er verschiedene Male hinter den Ladentisch zu kommen, indem er sich plötzlich sehr für einen dort hängenden Vogel interessierte. Er wurde jedoch von der alten Frau von dort verwiesen und sah, daß diese den in dem Schloß der Ledentasse stehenden Schlüssel herumdrehte und in die Tasche steckte. Auf seine wiederholten Bitten ging die alte Frau Krüger in die Küche, um ihm doch eine Tasse Kaffee zu kochen. Wöglich war der Angeklagte hinter ihr, packte sie an der Brust, warf sie mit aller Wucht auf den Steinfußboden der Küche und verlegte ihr mit einem harten Gegenstand einen heftigen Schlag ins Gesicht, daß sie sofort besinnungslos wurde. Dann soll er ihr das Portemonnaie geraubt und die Ledentasse geöffnet haben. Als die alte Frau zur Erde geworfen wurde, stieß sie laute Hilferufe aus. Gerade als der Angeklagte bei der Kasse beschäftigt war, kam eine Nachbarin, um die junge Frau Krüger zu besuchen. Da sprang der Angeklagte hinter dem Ladentisch hervor, stürzte auf die Straße hinaus und war verschwunden. Aus dem Nebenraum hörte die Frau ein Röcheln und Stöhnen und als sie die Küchentür öffnete, fand sie die alte Frau Krüger in jämmerlichem Zustande in ihrem Blute schwimmend vor. Die Schwerverletzte hatte erhebliche Wunden im Gesicht und mußte schleunigst nach der Anfallstation und von da nach Bethanien gebracht werden. Als Ramin von dem Heberfall hörte, kam ihm sofort der Gedanke, daß der Angeklagte, den er als den Sohn des Wankankaltstellers Schulze in Köpenick kennen gelernt hatte, der räuberische Wursche gewesen sein könnte; die Polizei verfolgte dessen Spuren und es gelang ihr seine Festnahme. — Der Angeklagte gab im allgemeinen die Tat zu. Während er aus der Untersuchungsanstalt in rührenden Briefen geschildert hat, wie wunderbar er es in der Strausberger Anstalt geliebt habe und wie er sich dorthin zurücksehne, behauptet er jetzt, daß er von dort entflohen sei, weil er schlechtes Essen und Prügel dort bekommen habe. Beispielsweise sei dekretiert worden, daß er 25 Schläge „von der besten Sorte“ bekommen solle. Er habe sich die Dosen ausziehen müssen und dann statt der 25 Stockschläge deren 28 erhalten, so daß das Blut nur so gespritzt habe. Aus diesem Grunde habe er um alles in der Welt nicht wieder in die Anstalt zurück gewollt. Er bestreitet, daß er auch nur die geringste Beute bei der Freveltat gemacht habe, und will die Hauptrolle auf Ramin schieben, der ihn angeblich verführt habe. Die Zeugenernehmung brachte nichts besonders Bemerkenswertes. Eine Zeugin Frau Ludwig, in deren Schanklokal der Angeklagte mehrfach verkehrte, behauptet, daß dieser gelegentlich Geld habe: „Arbeit stinkt“, er arbeite nicht und besonnes das Geld, welches er bestimme, von seinen Eltern. Der Zeuge Ramin, gegen den der Verteidiger verschiedene Momente vorbringt, die ihn der Mittäterschaft verdächtigen sollen, wird vom Gerichtshofe verurteilt. Nach der Verurteilung des Geistlichen der Strausberger Anstalt hat Schulze auf diesen innerhalb der Anstalt einen außerordentlich guten Eindruck gemacht; er sei ruhig, fleißig, ordnungsliebend und bescheiden gewesen, so daß er zu den Besten der Anstalt zu rechnen war und das Amt des Stubenältesten bekleidete. Außerhalb der Anstalt habe er sich auch ganz gut betragen, sei aber mehrfach ausgerückt. Wichtig sei es, daß der Angeklagte, als er wieder in die Anstalt zurückgebracht wurde, unter des Zeugen Aufsicht 25 Stockschläge erhalten. Als er das

zweite Mal ausgerückt war, habe er sich ein Vierteljahr verborgen gehalten und mit einem Mädchen Verkehr gehabt.

Nachdem die Geschworenen die Schuldfrage bejaht hatten, beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von sieben Jahren. Der Gerichtshof erkannte dahin: Der Arbeiter Paul Schulze wird wegen schweren Raubes zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren und zehn-jährigem Ehrverlust verurteilt.

Wenn je, so haben sich in diesem Falle die Früchte jenes Erziehungs-systems gezeigt, das heute noch in Preußens öffentlichen Besserungsanstalten sonder Schen betrieben wird. Ein junger Mann von 18 Jahren entflieht, was nur zu begreiflich und verzeihlich ist, dem Zwange, der ihn in einer solchen Anstalt gleichwie in einem Gefängnis bei jedem Schritt umgibt. Der Pastor, der die Anwendung der Prügelstrafe anscheinend selbstverständlich findet, stellt dem Verhalten des jetzigen Totschlägers das denkbar beste Zeugnis aus, nennt ihn fleißig, ordnungsliebend und bescheiden und rechnet ihn zu den Besten der Anstalt. Ja, sieht denn dieser Vertreter der christlichen Liebe gar nicht, daß die Anwendung der Prügelstrafe auch den sanftesten Menschen zum wilden Tiere machen muß, daß es nur ganz naturgemäß ist, wenn in einem halberwachsenen Manne nach Erduldung der brutalen Prozedur nur noch ein Gedanke leimt, nämlich der, sich rücksichtslos an der menschlichen Gesellschaft zu rächen, die ihn derart mit dem Stockprügel behandelt? Köhlt dieser Geistliche nicht die furchtbare Wahrheit jenes Bibelwortes: Was ihr diesem geringsten einen getan habt, das habt ihr mir getan? Den Totschlag an der bedauernswerten alten Frau hat jenes System auf dem Gewissen, das fromme Worte im Munde und den Prügelstock in der Hand führt. Wann wird in Preußen endlich die Zeit kommen, wo man erkennt, daß dieser Stock nicht minder ein Instrument der Verrohung ist wie die Folterwerkzeuge des Mittelalters? Wie lange werden noch Männer wie Kahlb und einige wenige andere als Prediger in der Wüste wirken?

Gerichts-Zeitung.

Zur Aufhebung des Kollektivvertrats. Freiwillige Beiträge zur Unterstützung der streikenden Bergleute des Ruhrreviers hatten verschiedene Bergleute zu Wexel von ihnen bekannten Landwirten eingeholt. Da sie (Korbig und Genossen) eine behördliche Erlaubnis zum Kollektivieren nicht hatten, wurden sie auf Grund der Regierungs-polizeiverordnung vom 27. Mai 1888 angeklagt, die eine solche Erlaubnis vorschreibt. Das Landgericht zu Dortmund als Berufungsinstanz verurteilte sie auch zu Geldstrafen. Der erste Straftat des Kammergerichts hob jedoch am 28. September das Urteil wieder auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründung wurde ausgeführt: Verordnungen, die das Kollektivieren verbieten bezw. von einer Genehmigung abhängig machen, stehen sich nicht auf das Polizeiverwaltungs-gesetz stützen, sondern nur auf § 244 II 20 Allgemeinen Landrechts in Verbindung mit der Oberpräsidialinstruktion von 1826. Danach aber könnten nur Hauskollektionen verboten bezw. von einer Erlaubnis abhängig gemacht werden, das heißt ein Kollektivieren von Haus zu Haus, wobei in die Häuser eingedrungen werde. Soweit Polizeiverordnungen mehr besagten, seien sie nicht gültig. Im vorliegenden Falle sei aber nicht ausreichend festgestellt, ob es sich um eine Hauskollektion in jenem Sinne handelte, deshalb die Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz.

Artistenherge. Durch eine Karikatur in Form eines Inserats hat sich der Artist Paul Conchas eine Anklage wegen Beleidigung zugezogen, die gestern vor der Schöffengericht des Landgerichts I zur Verhandlung kam. Als Kläger trat der jetzt in „Wintergarten“ engagierte Artist Paul Schrader auf, der durch Rechtsanwalt Dr. Rosenstock vertreten wurde. Der Beklagte Conchas, der jetzt eine Tournee durch Nordamerika unternimmt, hält sich gegenwärtig in Köln auf und läßt sich an Gerichtsstelle durch den Rechtsanwält Dr. Solny vertreten. Gegenstand der Anklage ist ein die ganze Zeitschrift einnehmendes Inserat der artistischen Zeitschrift „Das Programm“. Ein in dem Inserat enthaltene Skizze stellt ein jener langohrigen Grautiere, die man gewöhnlich nicht als die allerhöchsten der Gattung „Hornhüter“ bezeichnet. Das Gelein war außerdem noch mit einem in riesigen Dimensionen bemessenen Röhrenorgan ausgestattet, mit dem es anscheinend soeben eine in Form einer Kanone ausgeblasene Schweinsblase in die Luft geschleudert hatte. In dem Text wurde von dem Verfasser, dem jetzigen Beklagten Conchas, darauf aufmerksam gemacht, daß er das Recht der Originalität seines Textes, das Schleudern von einem Kanonentrommel und mehreren Kanonenkugeln für sich in Anspruch nehme; alles andere sei nur Kopiert. Die ganze Anzeige war die Karikatur eines Inserats, welches der „Kanonenkönig“ Schrader in der vorherigen Nummer des „Programms“ erlassen hatte. In diesem ist der Kläger, der sich ebenfalls eines über das Maß des Normalen hinausgehenden Gesichtsfelds erfreut, abgebildet, wie er eine schwere eiserne Kanone in die Luft schleudert und wieder auffängt. Da in der von dem Beklagten verfassten Karikatur verschiedene deutlich erkennbare Anspielungen auf die Person des Klägers und auf sein Inserat vorhanden waren, stellte Schrader Strafantrag wegen Beleidigung. Vor Gericht machte Rechtsanwält Solny geltend, daß unmöglich eine Beleidigung darin zu finden sei, wenn einem Artisten der Vorwurf gemacht würde, er kopiere alte Tricks. Noch heute könne man in jedem Circus Dressuren und Akrobatikstücke sehen, die bereits vor Jahrzehnten im alten Circus Renz vorgeführt wurden. Den Alibis Spruch behauptete sich gerade auf dem Gebiete des Artistenwesens. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwält Dr. Rosenstock hielt dagegen in der ganzen lachenden Form des Inserats schon eine Beleidigung für vorliegend. Der Gerichtshof glaubte ebenfalls in der Form des Inserats eine Abtät und das Vorhandensein einer Beleidigung zu erkennen. Das Urteil lautete deshalb gegen Conchas auf 300 M. Geldstrafe, auch wurde dem beleidigten „Kanonenkönig“ das Recht der Publikation in dem „Programm“ zugesprochen.

Ein Aufruhrprozess und dessen Ursachen. Vor dem Hamburger Schwurgericht gelangte gestern ein Vorfall zur Verhandlung, über den wir in unserer Nummer vom 5. Mai ds. Jz. berichtet haben. Die Sensationspresse hatte den Aufruhr an der „Wasserlante“ stark aufgebauscht. Des Aufruhrs und der öffentlichen Beamteneinbeziehung sind angeklagt der 33jährige Hafnarbeiter Joh. Franz Michael Häbde und der 27jährige Hafnarbeiter Friedr. Wilhelm Mahnde; ersterer soll Häbdeführer gewesen sein, während der Haupttätelsführer, der Schaueremann Koge, im Untersuchungsgefängnis Selbstmord begangen hat. Schuld an dem Vorgang ist die am Hafen beliebte Methode, die Leute funderlang auf ihren Säuer verdienten Lohn warten zu lassen, welchen Riffstangen vor der Welt zu schaffen sich die Arbeiterorganisationen bislang vergeblich bemüht haben. Am Abend des 3. Mai hatten sich vor dem Geschäftslokal des Stainers Wloham am Stubbenthal 29 viele Arbeiter angesammelt, um den Lohn in Empfang zu nehmen. Da die Arbeiter danach trachteten, möglichst schnell abgefertigt zu werden, so ist es erklärlich, daß sich ein Teil auf den Hausflur begab, um schnell in das Bureau zu gelangen. Dem in demselben Hause wohnenden Schiffproviandhändler Michael Kellen postete die Ansammlung im Hausflur nicht, weshalb er die Anfordern auf die Hafnarbeiter erließ, sich zu entfernen. Als die Arbeiter hierauf nicht reagierten, requirierte er Polizei-mannschaften, worauf sich in schneller Reihenfolge

Die Vorgänge abspielten, wegen deren die Angeklagten vor den Geschworenen stehen. Unter Anführung von dem Vorsitzenden Roge und Lüdke soll sich die inzwischen auf etwa 100 Personen angewachsene Menschenmenge auf die Beamten gestürzt, diese zu Boden gestoßen, mit Kaffeefläschen etc. geschlagen und mit Füßen getreten haben. Lüdke soll in bezug auf den Schuttmann Otto, der einen Unbekannten festhielt, gesagt haben: „Schlagt doch den Hund tot und nehmt ihm die Biempe fort!“, während Mahnde etwas später gesagt haben soll: „Haut doch den Hund nieder, denn er hat unsere Kollegen verlegt!“ Durch diese Redensarten soll die Menge zu ihrem weiteren Tun angefeuert worden sein, wodurch es dem von dem Schuttmann Otto festgehaltenen Mann ermöglicht wurde, sich seiner Verhaftung zu entziehen. Mehrmals wurden die Polizeibeamten, vier an der Zahl, angefaßt, am Halse gewürgt, zu Boden gestoßen und mißhandelt. Der eine Beamte will noch heute an den Folgen der Mißhandlung leiden. Der Angeklagte Lüdke bestritt, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben; er habe nur dem einen Beamten den Säbel festgehalten, damit er nicht noch weitere Kollegen verlege, weil schon mehrere blühten. Der Angeklagte Mahnde stellt jede aktive Mitwirkung in Abrede; als er auf die Straße kam, habe er einen Schuttmann bemerkt, der auf dem blutenden Roge kniete. Er habe dem Polizisten zugerufen: „Lassen Sie den Mann los, der blutet schon genug!“ Etwas weiter, in einem anderen Menschenhaufen, kniete ein anderer Beamter auf einem Mann, der völlig unbeteiligt gewesen sei. Er, der Angeklagte, und andere hätten zu dem Schuttmann gesagt, daß er sich erte. Darauf sei er selbst in Hekt geraten, ohne irgend etwas getan zu haben. Der Stauer Blom bedauert, daß es stets bei der Auszahlung sehr ruhig zugehe; er habe gehört, wie Wächtern den Leuten zurief, sie sollten sich entfernen, weil er, dem das Haus gehört, eine Geschäftsführung fürchtete. Die Verweigerung ergibt den geschätzten Tatbestand.

Der sogenannte „Mädelsführer“ Lüdke wurde unter Zuhilfenahme milderer Umstände zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Mohnte erhielt wegen einfachen Widerstandes zwei Monate Gefängnis.

Verfammlungen.

Die Formen der Revolution in der deutschen Geschichte. Dies war das Thema, worüber Genosse Dr. Laurenbrecher am Dienstag vor einer zahlreich besuchten Versammlung des Wahlvereins für den vierten Wahlkreis (Osten, Frankfurt Viertel) in Voelers Gesellschaftshaus sprach. Der Redner, der als politische Revolution die bisherigen Vorgänge bezeichnete, durch die sich eine neue Klasse der Staatsgewalt bemächtigte, unterschied vier bezartige mit Erfolg durchgeführte Revolutionen in der deutschen Geschichte. Die erste, in der die deutschen Fürsten die Souveränität des deutschen Kaisers zurückdrängten, sich also gegen „die von Gott eingesetzte Obrigkeit“ auflehnten, begann nach dem Tode Karls des Großen und endete im 13. Jahrhundert, als der Besitz der hohen Stufen den deutschen Boden verließ. Die zweite ist die der Adelsigen und Junker gegen die Fürsten, vom 13. bis in das 16. Jahrhundert dauernd, in der diese ihre Souveränität einbüßten und die alten aristokratischen Landtage die Gewalt an sich rissen. Als die dritte Revolution bezeichnete der Redner diejenigen Maßnahmen, wodurch die Fürsten die Landtage beiseite schoben und die absolute Gewalt an sich rissen, und schließlich als vierte die Revolution des Bürgerturns, die in den Barockkämpfen von 1848 und den Verfassungskonflikten ihren Höhepunkt erreichte. Der Redner warf sodann die Frage auf, welche gesellschaftlichen Kräfte diese Machtverschiebungen bewirkt haben und in welchen Formen die Revolutionen sich abspielten, und kam

zu dem Resultat, daß es im wesentlichen immer der Umstand war, daß die neue aufstrebende Klasse die finanzielle und militärische Macht in die Hände bekam, der sie folgen ließ; bei der letzten Revolution, der des Bürgerturns, war es allerdings nur die finanzielle, und darum endete diese Revolution auch nur mit einem halbem Erfolg. Was die Formen anbelangt, in denen die Revolutionen sich abspielten, wies der Redner an mehreren Beispielen nach, daß die neue Klasse in manchen Fällen ohne Blutvergießen, in anderen allerdings nicht ohne blutige Kämpfe zur Herrschaft gelangte. Zum Schluß erörterte der Redner die Frage: Wie gewinnt das Proletariat die politische Macht? und bemerkte hierzu die Hauptsache nach folgendes: Der moderne kapitalistische Staat hat naturgemäß ein wachsendes Bedürfnis nach erhöhten Einnahmen und kann es auf die Dauer nicht befriedigen, wenn die Klasse des Volkes nicht im Parlament vertritt ist. Denn eine herrschende, begüterte Klasse sucht stets die Steuern von sich auf die untere Klasse abzuwälzen, vor allem durch das indirekte Steuersystem. Die Steuerquellen, die sie auszubenten trachtet, müssen aber nach und nach verliegen oder können auf die Dauer nicht mehr genügen. Darum bedarf der moderne Staat, soll er nicht dem finanziellen Ruin verfallen, der Vertretung der breiten Klasse des Volkes im Parlament, so daß der Staat finanziell unabhängig von der Arbeiterschaft wird. Daß aber auch die militärische Macht in die Hände des Volkes übergehen muß, ergibt sich aus dem System der allgemeinen Wehrpflicht. Mit absoluter Sicherheit muß die Zeit kommen, wo die Armeen nicht gegen, sondern für das Proletariat ist. Dazu ist allerdings die Auflösung der Klasse des Volkes notwendig. Man muß mit der Tatsache rechnen, daß der Mensch nicht nur von den heutigen Verhältnissen, sondern auch von der Vergangenheit, von den überlieferten Abhängigkeitsgefühlen bederrt wird. Diese gilt es zu überwinden, Selbstgefühl, Bewußt der Menschenwürde an ihre Stelle zu setzen. Darum ist das erste und wichtigste die Aufklärung und Organisation der Massen, die uns heute noch fernstehen.

Die zahlreichen und interessanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Zur Diskussion verlangte niemand das Wort. — Der Vorsitzende machte auf die am 17. Oktober stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins, wo über das Organisationsstatut beraten werden soll, sowie auf die acht Tage vordem stattfindende Versammlung zur Berichterstattung vom Parteitag aufmerksam und lud ferner zur Teilnahme an den Kursen der Arbeiterbildungsschule ein. Genosse Wagner forderte zu eifriger Beteiligung an der Agitationsarbeit für die Stadtverordnetenwahlen auf.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Am 17. September fand eine Versammlung im Gewerkschaftshaus statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem dahingegangenen Gründer und langjährigen Vorsitzenden des Zweigvereins Berlin, späteren Gastwirt Paul Hilpert einen warmen Nachruf. Sodann sprach Ritter über „Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Unter „Innere Vereinsangelegenheiten“ berichtete Tröger als Revisor über die Tätigkeit seit in voriger Versammlung gegebenen Anwesenheitslisten, worauf die beantragte Decharge dem Kassierer erteilt wurde. Ein Kollege schildert nunmehr die geradezu mittelalterlichen Zustände in der Brauerei Buserhausen, eine überlange Arbeitszeit und geringe Lohnzahlung ist an der Tagesordnung; von einer Sonntagsruhe keine Spur. Da nun die betreffende Brauerei einen großen Teil ihres Wieres in Berlin absetzt, wird sich die Agitationskommission mit der Angelegenheit befassen, um auch dort bessere Zustände zu schaffen.

Vermischtes.

Die Cholera. Ein Cholerafall wird aus dem Kreise Westphalen gemeldet. Der Schiffer Schulte aus Weserum ist vorgestern als dringend choleraverdächtig in die Isolerbaracken des Krankenhauses Bröndenburg a. S. eingeliefert worden. Die Befragung sowie die Mannschaften eines Dampfers, die mit dem Kranken in Verührung gekommen, sind unter Beobachtung gestellt worden. Der Bootsmann Horn vom Schülleschen Fahrzeuge hatte versucht, sich der Isolierung zu entziehen, er wurde jedoch, bevor er mit anderen Personen in Verührung kam, ermittelt und ebenfalls unter Beobachtung gestellt. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden. Als choleraverdächtig wurde gestern, wie wir bereits gemeldet haben, in die für diese Zwecke zur Verfügung gestellte Villa des Dr. Jastobi in Friedrichshagen der Arbeiter Kropf von den südlichen Wasserwerken am Müggelsee eingeliefert. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich jedoch nur um eine schwere Erkrankung an Wechdura.

Infolge des starken Schiffsverkehrs auf der Havel ist für die Beobachtungsstation bei Dranienburg die Einstellung eines zweiten Kontrolldampfers notwendig geworden. Der zweite Dampfer, der am heutigen Tage seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist ebenso wie der erste mit einem Arzte, einem Genbarman und mit Desinfektionsarbeitern besetzt. Die an der Beobachtungsstation errichteten Choleraquarantänen haben direkten Fernanschluss nach Dranienburg erhalten.

Im Bromberger Bezirk ist, wie die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet, auch in den 24 Stunden von gestern auf heute früh kein Cholerafall angemeldet worden. Die Bromberger Stadtverordneten haben für die Maßnahmen gegen die Cholera ungefähr 12 000 M. bewilligt. Seit vier Tagen ist kein choleraverdächtigter Fall im Regierungsbezirk gemeldet worden.

Der ständige Ausschuss des Komitees für öffentliche Gesundheitspflege in Frankreich hat, wie aus Paris gemeldet wird, folgenden Beschluss gefasst: In Erwägung, daß alle Maßnahmen an der Grenze beizugehalten sind, um ein Uebergreifen der Cholera von Deutschland nach Frankreich zu verhindern, und in Erwägung der gegenwärtigen Jahreszeit, des langsamen Fortschreitens der Seuche, der mäßigen Zahl von Erkrankungen und Todesfällen, der von Deutschland getroffenen Maßnahmen und schließlich der weiten Entfernung des Seuchenerdes, erachtet der Ausschuss die Zeit nicht für gekommen, um den aus Deutschland eintreffenden Reisenden und Waren diejenigen Beschränkungen aufzuerlegen, die mit sanitären Posten verbunden sind.

Ueber ein Seuchungsfall wird aus Simbach berichtet: Bei der Ueberfahrt über den Inn bei Erling schlug ein Boot um, wobei sechs Personen ertranken; eine wurde gerettet.

Feuerbrand. Aus Geseemünde wird gemeldet: Im Dreierhahener Hafengebiet sind drei große Lagerschuppen niedergebrannt. Der bedeutende Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Bei der Sprengung des Dampfers „Ghatam“ im Suezkanal ist, wie aus Port Said gemeldet wird, das Ostufer des Suezkanals auf eine Strecke von 600 Fuß beschädigt worden.

Durch einen Unfall verstorben wurde in der vergangenen Nacht die Stadt Ratibeddy (Kapitolon). Eine Anzahl Menschen ist hierbei ums Leben gekommen.

Eine Millionärin mit verknüpften Ansichten. Aus New York wird berichtet: Die kleine Katherine Madan, eine achtjährige Erbin von wenigstens 200 Millionen Mark, ist in eine der öffentlichen Schulen Newcastles gekommen. Ihre Mutter, Mrs. Clarence Madan, besitzt ein prächtiges Haus in New York und eine stattliche Besorgung auf Long-Island. Sie hält es für richtiger, daß reiche Leute ihr Geld für die Verbesserung der öffentlichen Schulen statt für Privatschulen ausgeben.

Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 30. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Vorabend: Das Rheingold.
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Westen. Der Opernball.
Nachmitt. 3 Uhr: Minna von Barnhelm.
Kleines. Hidalla.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Zaller-Theater.) Nora.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater.) Der Wissenschaftsmann.
Festung. Erziehung zur Ehe. Die stille Forderung.
Berliner. Andalosia.
Reidens. Die Hölle des Löwen.
Trionou. Madame Torera.
Thalia. Bis früh um fünf!
Carl Weiß. Deborah.
Nachmittags 3 Uhr: Die sieben Raben.
Vulcan. Fiesco.
Central. Zur indischen Witwe.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber Herr Herzog!
Metropol. Auf — ins Metropol!
Kasino. Der Adelsnarr.
Nyssa. Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Herrnfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Die Fuller. Spezialitäten.
Hollers Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben.
Passage. Veldi Augustin. Herr Tociano. Spezialitäten.
Heinrichshaus. Berliner Sänger.
Urania. Taubensonne. 48/49.
Im Lande der Mitternachtssonne. Nachmittags 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.
Neu! Théâtre Lumière! Pariser Schattenspiele, Szenen m. Musik u. Gesangbegleitung. Kinematograph-Theater: Wanderung durch Pompeji. Sturm auf Port Arthur u. a. m. Konzertsaal: Oberbayr. Sänger „die Kochelseeer“.
ZOOLOGISCHER ZGARTEN. Täglich ab nachmittags 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Madame Torera (Madame L'ordonnance). Schwan in 3 Akten v. Jules Chancel. Deutsch von Max Schöenau. Anfang 8 Uhr.
WINTERGARTEN. Eröffnungs-Programm. Loie Fuller die berühmte Phantasietänzerin. Louise Blot Pariser Sängerin. 4 Luckens amerik. Gymnastiker. Sisters Gasch Akrobatinnen. Kapitän Woodward dress. Seehunde u. Seelöwen. Bedini und Artur amerikanische Exzentriks. Die mysteriösen Husaren. Die Trombetten italien. Duett. Paul Spadoni Kraft-Jongleur. „In Japan“ Ballettdivertissement. Tina Clementia Pferd- und Hundedressur. Der Biograph.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum. Morgen u. folgende Tage: Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater. Abends 8 Uhr: Hidalla.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore. Hierauf: Angele.
Abends 8 Uhr: Hidalla.
Montag: Nachstafel.

Berliner Theater. Eröffnungs-Vorstellung. Donnerstag, den 5. Oktober. Andalosia. Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Merian Godl. Vorverkauf täglich von 10—2 Uhr.

Kasino-Theater. Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr. Der Adelsnarr. Vorher: Die Zaubergeige von Offenbach.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Fiesco. Sonntag nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Der Mann im Monde. Montag: Der Mann im Monde.

Walhalla Theater. Weinbergsweg 10/20. Direktion: Richard Schultz. Sonntag, den 1. Oktober er.: Eröffnungs-Vorstellung: Eine tolle Nacht. Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm. Abm. 7 1/2 Uhr. Kaufman überall gestattet.

Apollo-Theater. Täglich: 10 Uhr. Ein Abend in einem amerik. Tengel-Tempel. Vorh.: Hochzeitsabend, Spezialitäten. Sonntag, den 1. Oktober er.: Erste Nachmittags-Vorstellung mit amüs. Tengel-Tempel u. Lustspiel Originalität an bedeutend ermäßigten Preisen! Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Dir. W. Roimer. Heute Sonnabend 8 Uhr: Große Extra-Soiree der Hoffmanns Norddeutsch. Sänger. Nach der Vorstellung: Vanzkränzen. Zum 300. Male: Gründungs-Gesch. Die nicht Kopf an d. Hochbahn. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsch. Sänger.

Urania. Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne. Nachmittags 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.

Neu! Théâtre Lumière! Pariser Schattenspiele, Szenen m. Musik u. Gesangbegleitung. Kinematograph-Theater: Wanderung durch Pompeji. Sturm auf Port Arthur u. a. m. Konzertsaal: Oberbayr. Sänger „die Kochelseeer“.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN. Täglich ab nachmittags 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Madame Torera (Madame L'ordonnance). Schwan in 3 Akten v. Jules Chancel. Deutsch von Max Schöenau. Anfang 8 Uhr.

WINTERGARTEN. Eröffnungs-Programm. Loie Fuller die berühmte Phantasietänzerin. Louise Blot Pariser Sängerin. 4 Luckens amerik. Gymnastiker. Sisters Gasch Akrobatinnen. Kapitän Woodward dress. Seehunde u. Seelöwen. Bedini und Artur amerikanische Exzentriks. Die mysteriösen Husaren. Die Trombetten italien. Duett. Paul Spadoni Kraft-Jongleur. „In Japan“ Ballettdivertissement. Tina Clementia Pferd- und Hundedressur. Der Biograph.

Belle-Alliance Theater. Variété! Das Eröffnungs-Programm ist die Sensation Berlins. Heute abends 8 Uhr: The belle Astoria. Liane Leischner. Edi Blum.

Renards russische Hunde-Mouto. Leo Billward. The 3 Onlays. Rose und Jehan. Sel-Do. Ital. Opern-Parodisten. Fiddelo-Quariett.

Geoschw. Morizans. James und Maud Thomas. Wohlfried-Sextett. 37/3.

Vorverkauf ist eröffnet. Billets sind an der Theater-Kasse vorm. 10—3 Uhr u. bei A. Wertheim zu haben.

Sonntags 2 Vorstellungen. Nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85. Neues Programm. Kolossaler Erfolg von Eine Berliner Range. Posse mit Gesang. 10 Spezialitäten-Nummern.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Zum 160. Male: Die Meyerhains.

Romödie in drei Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-3 Uhr. In Vorbereitung: Der Familientag. Eine Erblichkeitsromödie von Anton und Donat Herrnfeld.

Budapester Possen-Theater. 132 Lindenstr. 132. Ecke Friedrichstraße. Nach dem Zapfenstreich. Militär-Humoreske von Satyr. Vorher: Soll und Haben und der ausgezeichnete Spezialitätenteil. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ab 1. Oktober: Sonntag nachmittags 3 Uhr Vorst. zu halb. Pr.

Metropol-Theater. Präzise 8 Uhr zum 22. Male: Auf — in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. x MIB Clifford a. D. Bender x Giampietro Josephl x Massary x Frid-Frid Steidl x Lilly Walter. Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage. Anfang 8 Uhr: Die Höhle des Löwen. Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und G. Büchard. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulespillen.

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise! Die sieben Raben. Abends 8 Uhr: Deborah. Sonntag und folgende Tage: Der Weltumsegler wider Willen.

W. Noack's Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10. Extra-Güte-Vorstellung. Der Bettelstudent v. Berlin. Volksstück mit Gesang in 3 Akten von G. Basse. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Sonntag: Diefelbe Vorstellung.

Deutsch-Amerikan. Theater. Heute und folgende Tage: Jeder Abend 8 Uhr! Gastspiel Ad. Philipp 29. ABER! Herr Herseg. Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“

Verfammlungen.

Tarifgemeinschaften und Klassenkampf.

Ueber dieses Thema sprach Eduard Bernstein am Montag in einer bei Duggenbogen abgehaltenen stark besuchten Schloffer-Verammlung. Redner äußerte sich dabei etwa folgendermaßen: Die Tarifgemeinschaften seien bisher in Arbeiterkreisen vielfach noch mit Geringschätzung behandelt worden. Jedoch zeige sich die Tatsache, daß von Jahr zu Jahr mehr Tarifverträge zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen abgeschlossen würden. Es sei dies ganz erklärlich, denn Tarifverträge müßten gewissermaßen als eine notwendige Folge des proletarischen Klassenkampfes um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes betrachtet werden. Die Tarifverträge seien vornehmlich auf der Grundlage der Stützpreise aufgebaut. Durch die Stützpreise werde die Konkurrenz in die Werkstatt hineingetragen. Ein Arbeiter suche mit seiner Arbeit immer schneller fertig zu werden und mehr zu verdienen wie der andere. Gabe der Verdienst aber eine gewisse Höhe erreicht, so komme der Unternehmer mit Reduktionen der Arbeitszeit und der Arbeiter werde zu noch intensiverer Anstrengung gezwungen, als es schon vorher der Fall war. In diesem Sinne sei dann auch unbedingt das Wort wahr: Affordarbeit ist Notharbeit, oder: Stützlohn ist Schweißlohn. Trotz alledem aber habe es sich gezeigt, daß die Affordarbeit eher zu- als abgenommen habe. Ja es gäbe zweifellos eine ganze Anzahl Arbeiten, die tatsächlich besser in Afford als in Zeitlohn auszuführen seien. Hierüber seien auch ganze Arbeiterkategorien überzeugt. Daher gestalte sich der Kampf gegen die Affordarbeit, wie er 1891 auf dem internationalen Kongress zwar beschlossen, aber nicht durchgeführt worden ist, einfach als eine Schiffsarbeit. Das einzige Mittel, um dem Affordsystem den Giftzahn auszuziehen, sei der Tarifvertrag. Dies hätten die vorgeschrittenen Gewerkschaften aller Länder auch zweifellos erkannt, und daher auch die Zunahme der Tarifgemeinschaften. Nun würden ja noch immer eine Reihe von Bedenken gegen den Abschluß von Tarifverträgen vorgebracht. So z. B. werde gefagt, Arbeiter, die sich durch Verträge auf Jahre hinaus gebunden hätten, könnten eine gute Konjunktur während der Vertragsdauer niemals zur Durchsetzung von Lohn erhöhungen ausnützen. Unnützig müßten sie die guten Geschäftsperioden verstreichen lassen, wenn sie nicht das Odium des Tarifbruchs auf sich laden wollen. Dadurch hätten aber nur die Unternehmer Vorteil. Demgegenüber sei jedoch in Betracht zu ziehen, daß auch die Unternehmer während der Dauer unglücklicher Perioden an den Vertrag gebunden seien; sie also dann nicht ohne weiteres die Löhne herabsetzen könnten, wie sie es ohne Vertragsbindung meistens tun würden. Wenn trotzdem bei schlechter Konjunktur hin und wieder Vertragsbruch von den Unternehmern verübt werde, so liege das meistens an den Arbeitern selbst, weil sie ihre Organisation nicht stark genug ausgebaut hätten. Sobald das Unternehmertum mit einer starken Organisation der Arbeiter rechnen müßte, würde es sich schon wegen der späteren Folgen vor Vertragsbruch hüten. Nun werde aber ferner gesagt, die Tarifgemeinschaften führen zur Verflachung des Klassenkampfes, weil die Arbeiter, in dem Glauben, sie seien durch ihren Tarifvertrag vor allen wirtschaftlichen Gefahren geschützt, sich um nichts mehr kümmern. Doch auch diese Behauptung sei nicht absolut richtig. Fest stehe, daß die meisten Organisationen, die Tarifverträge abgeschlossen haben, an Mitgliedern zu- und nicht abgenommen haben. Nur ganz vereinzelt lasse sich von einem Verlust an Mitgliedern reden. Daß die Arbeiter im Klassenkampf aber nicht erschaffen, dafür sorgten schon

unseren ganzen Verhältnisse. Die Konkurrenz der Unternehmer unter einander, die andauernden technischen Fortschritte im Produktionsprozeß, kurz die ganze heutige Staats- und Gesellschaftsordnung lasse es in allen ihren Einrichtungen nicht zu, daß sich die Arbeiterklasse einer faulen Ruhe hingeben könne. Es möge doch auch hierbei bedacht werden, daß nicht der Mensch des Klassenkampfes wegen da sei, sondern der Klassenkampf des Menschen wegen. Je höhere Formen der Klassenkampf aber annehme, desto schärfer spiele er sich ab. Das beste Beispiel gebe uns ein Vergleich zwischen den zahlreichen kleinen „wilden“ Streiks, wie sie in früheren Jahren fast regellos geführt wurden, und den jetzigen gewaltigen Wirtschaftskämpfen, bei denen beiderseits starke Organisationen und eine wohlüberlegte Taktik in Frage kämen. Bei vernünftiger Beurteilung der Dinge könne man also durchaus nicht von einer Verflachung des Klassenkampfes sprechen. Es sei auch falsch, in dieser Hinsicht stets auf die englischen Arbeiter zu exemplifizieren. Daß die englischen Arbeiter so seien, wie sie sind, habe keine eigenen „ökonomisch-historischen“ Ursachen. Auch die englischen Verhältnisse würden sich einst ändern, und dann würden die englischen Organisationen der allgemeinen internationalen Arbeiterbewegung noch große Dienste leisten. Jetzt sei es allerdings bis zu einem gewissen Grade richtig, daß durch die Tarifverträge bei einigen Organisationen eine Art Junkgeist und Verunsicherung großgezogen worden ist. So bei den englischen und belgischen Kohlenarbeitern, die sich von den Unternehmern haben vorreden lassen, je höher die Kohlenpreise, desto höhere Löhne würden gezahlt. Tatsächlich seien dort Tarifverträge zustande gekommen unter der beiderseitigen ausdrücklichen Absicht, die Kohlenpreise zu erhöhen. Den Arbeitern wurde dann in Gestalt einer Lohnhöhung ein kleiner Brocken von den durch die Preis-erhöhung erwachsenen Verdiensten hingeworfen, während die Unternehmer den Löwenanteil einstreichen. Doch auch die hierin liegende Gefahr der Tarifverträge sei verhältnismäßig gering, weil ihr durch eine Reihe gesellschaftlicher Kräfte naturgemäß entgegen gewirkt werde. Andere Arbeiterkategorien lehnen sich ganz von selbst gegen solche Vereinbarungen auf und veranlassen kurzfristige Organisationen schließlich zu einer Modifikation im Sinne der Gesamtarbeiterinteressen. Alles in allem genommen lasse sich also mit gutem Gewissen behaupten: die Vorteile der Tarifgemeinschaften seien für die Arbeiter größer wie deren Nachteile. Durch die Tarifverträge werde die ausdeutende Wirkung der Affordarbeit eingeschränkt; es erfolge die Festlegung eines Mindestlohnes, wodurch gleichzeitig eine Lohnhöhung im allgemeinen und eine gewisse Stabilität der Lohnhöhe eintritt. Tarifverträge machen die Gewerkschaft aber nur leistungsfähig, weil während der Dauer des Vertrages Geld aufgespart werden kann, um bei Ablauf desselben besser für einen eventuellen Kampf gerüstet darzustehen. Die Zeit des Tarifvertrages gibt den Gewerkschaften überdies Gelegenheit, für eine umfassende Ausflärung und Durchbildung ihrer Mitglieder auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens zu wirken. Sie können und werden dies auch naturgemäß umso mehr tun, als die Erfahrung lehrt, daß die Lohn erhöhungen zum größten Teil wieder weit gemacht werden durch die Verteuerung der Lebensmittel und der Wohnungsmieten. Hierin liege auch die ganz natürliche Ursache, daß die Mitglieder der Gewerkschaftsorganisationen in steigendem Maße zur Erkenntnis kommen, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu betätigen. Da aber jeder Arbeiter, der nur einigermaßen die Vorgänge auf politischem Gebiete betrachtet, bald die ausschließliche im Arbeiter- und damit auch im Gesamtinteresse ausgeübte politische Tätigkeit der Sozialdemokratie würdigen lernt, so wird er in mehr oder minder kurzer Zeit auch ficher seinen politischen Anschluß an die

Sozialdemokratie suchen und finden. In diesem Sinne seien die Tarifgemeinschaften also nicht nur ein Mittel zur Einführung der Fabrikkonstitution, sondern sie übertreten ihre Wirkung auch in die Vertiefung des demokratischen Empfindens der Arbeiterklasse. (Großer Beifall.) An der lebhaften Debatte beteiligten sich Eggert, Schreiber, Böhner, Hey und Lubatsch. Nur Schreiber bekamte sich als strikter Gegner der Tarifverträge aus den Gründen, die schon Bernstein in seinem Referat erwähnt hatte. Er ist der Ansicht, daß ein Mindestlohn und eine Maximalarbeitszeit am besten auf gesetzlichem Wege festgelegt werden müßten. Die übrigen Redner pflichteten dem Referenten mehr oder minder bei, erklärten sich jedoch alle für möglichst kurzfristige Verträge mit der Maßgabe, daß, wenn ein günstiger Vertrag nicht zu erzielen wäre, dann ein vertragloses Verhältnis einem schlechten Vertrage vorzuziehen sei. Sämtliche Redner betonten außerdem besonders die Notwendigkeit des Anschlusses an die politische Organisation und das Lesen der sozialdemokratischen Parteipresse. Bernstein bestätigte in seinem Schlußwort, daß er den Abschluß von Tarifverträgen ebenfalls nicht unter allen Umständen befürworten wolle. Es könnten sehr wohl Verhältnisse eintreten, die es den Arbeitern rätlich erscheinen ließen, für eine Zeitlang auf einen Vertrag zu verzichten. Das ändere aber nichts an der allgemeinen Beurteilung der Tarifgemeinschaften. Die Frage, ob lang- oder kurzfristige Verträge den Vorzug verdienen, sei natürlich von Fall zu Fall zu prüfen. Hier komme es auf die einzelne Berufsgruppe selbst an. Was nun die gesetzliche Festlegung des Minimallohnes betreffe, so sage er: Wenn wir erst die politische Macht haben, dann werden wir noch ganz was anderes festlegen wie den Minimallohn. Vorläufig aber handele es sich für uns erst noch darum, wie wir die politische Macht am ehesten bekommen. Bis dahin aber müßte auf allen Gebieten gewirkt werden, um der Arbeiterklasse Vorteile zu verschaffen, und dazu würden auch die Tarifgemeinschaften dienen. In einer Branchenversammlung der Möbelpolierer, die am Montag abgehalten wurde, hielt Genosse Böhner einen Vortrag über Partei und Gewerkschaft. Von der Entwicklung des Gewerkschaftswesens ausgehend, besprach er die Aufgaben, welche sich die Gewerkschaften stellen haben. Unter anderem vertrat der Redner die Ansicht, daß Tarifverträge und Unterstützungsbewegungen zwar die Gefahr der Verflachung der Gewerkschaftsbewegung in sich bergen, diese Gefahr aber nicht eintrete, wenn die Gewerkschaftsführer von sozialistischem Geiste erfüllt seien, wie das ja in unieren Gewerkschaften der Fall sei. Wenn auch die Gewerkschaften nicht dieselben Aufgaben erfüllen könnten, wie die politischen Organisationen — die ja sonst überflüssig wären — so müsse doch in den Gewerkschaften Ausflärung im sozialistischen Sinne verbreitet werden. Hinsichtlich der Ausflärung sei noch viel zu tun, denn die Massen der Arbeiter seien noch viel weiter zurück, als manche Parteiführer, die nicht in so inniger Verbindung mit den Massen kommen wie die Gewerkschaftsführer, glauben. An der Ausflärung der Massen mitzuarbeiten, das gehöre auch zu den Aufgaben der Gewerkschaften. — In der Diskussion beteiligten sich nur zwei Redner, die aus den Ausführungen des Referenten Anregungen für die eigene Organisation zogen. — Hieraus kamen Branchenangelegenheiten zur Sprache, unter anderem ein Antrag, welcher verlangt, daß Vorarbeiter nicht Prozente vom Unternehmer beziehen dürfen. Die Angelegenheit wurde der Branchenkommission überwiesen.

Extra-Angebote! Thurm-Str. 76. Lachmann & Scholz Otto-Str. 1. Zum Umzug!

Warenhaus.

Extra-Preise für sämtliche Artikel zum Umzug gültig bis 10. Oktober, soweit die Vorräte reichen.

Gardinen

- Engl. Tüll, weiss od. creme . . . Mtr. 58, 42, 24 Pf.
Engl. Tüll, abgepasst, 2 Shaws . . . 3.95, 2.80, 1.65
Stores, engl. Tüll, weiss od. creme St. 3.65, 2.70, 1.80
Stores, Erbstüll . . . 8.75, 6.95, 4.65
Kongressstoff, glatt od. gestreift . Mtr. 70, 55, 48 Pf.
Tüllbettdecken, für 1 und 2 Betten . 4.55, 3.85, 1.95
Köper, Rouleaux, creme u. weiss, einteilig . 2.10, 1.55
Köper, Rouleaux, creme u. weiss, zweiteilig . 2.85, 2.35

Teppiche

- Axminster, gute Qualität . . . 12.85, 10.50, 4.85
Velours, beste Ware . . . 28.50, 16.85
Perser, imit. verschiedene Muster . . . 8.90, 5.35
Bettvorleger, Axminster . . . 2.65, 1.85, 98 Pf.
Bettvorleger, Velour . . . 4.95, 3.45
Bettvorleger, Perser imit. 95, 68 Pf.

Bürsten und Borsten-Waren

- Kleiderbürsten 98, 58 Pf.
Kopfbürsten . . . 95, 65 Pf.
Rosshaarbesen 1.45, 1.65
Rosshaarhandlanger 95, 68 Pf.
Teppichbesen 42, 38 Pf.
Besen . . . 88, 58 Pf.
Handfeger . . . 45, 38 Pf.
Abstüber . . . 38, 25 Pf.
Ausklöpfer . . . 15, 10 Pf.
Schrabber . . . 28, 22 Pf.

Möbelstoffe

- Phantasiestoffe f. Sofa bezüge 1.50 Mtr. dr. Mtr. 1.85, 1.25
Möbelkattune, neue Muster . . . Mtr. 53, 48, 33 Pf.
Läuferstoffe, in verschiedenen Breiten Mtr. 65, 48, 28 Pf.
Linoleumläufer . . . Mtr. 95, 80 Pf.
Breite 180 cm 84 cm
Damast, gelb, für Vorhänge . . . Mtr. 1.35 95 Pf.
Breite 180 cm 84 cm
Crème Cöper . . . Mtr. 1.10 58 Pf.

Wirtschafts-Artikel

- Ledertücher . 58, 48 Pf.
Waschständer 88, 48 Pf.
Paiz- u. Wichskasten 40 Pf.
Wäschtsche . . . 2.55
Wirtschaftswagen . 1.95
Bürstenbleche, kompl. 48 Pf.
Blechbüchsen, bunt 18 Pf.
Plättelisen . . . 2.10
Aschelmer . . . 48 Pf.
2 Gasplättler mit
Deckelhalter . 55, 45 Pf.
Erhitzer . . . 5.65
Wiegomessor 1.35, 98 Pf.
Reibmaschinen . . 1.35
Plättbretter, bezogen 2.95
Waschkörbe . 1.85, 1.30

Umzugs-Artikel

- Gardinenbleche Pr. 4 Pf.
Galeriedecken . Pr. 10 Pf.
Hollenkasten Pr. 15 Pf.
Rosottenschrauben St. 2 Pf.
Zugeinrichtungen . . . 60 Pf., 48 Pf.
Länge 130 190 110 cm
Zugstangen . . . 30 Pf., 18 Pf., 15 Pf.
Porzellanringe . . . 3 Loch 3 Pf. 1 Loch 2 Pf.
Polsterbetten, garantiert neues Material und Gestell . 5.65
Kinderbettstellen . . 12.35, 9.85

Diverses

- Portierengstangen, kompl. Garnitur . . . 2.65, 1.95
Gardinenstangen, Mahagoni od. Nussb. . 48, 33, 26 Pf.
Rosetten . . . St. 18, 12, 8 Pf.
Gardinenhalter in Woll . . . St. 28, 15, 10 Pf.
Wachstuch-Küchentischdecke . . . 65, 26 Pf.
Bohnerbücher, waschbar 48 Pf.

Portièren

- Portièren-Garnitur, Filzstuch, 3 Shawis, 1 Lambrequin . . . 7.35, 5.15
Portièren-Garnituren, Leinenplüsch . . . 10.85, 8.65
Portièren mit bunter Borte . . . 2.25, 1.65
Portièren mit eleg. Blumenbordüre . . . 3.85, 2.65

Küchen-Möbel

- Küchentische . . . 6.45
Elmerschrank . . . 10.45
Küchenstühle . . . 2.45
Kohlenkasten . . . 1.95
Küchenrahmen 4.65, 3.15
Handtuchhalter 98, 48 Pf.
Wasserbänke, roh 1.30, gestrichen . . . 2.35
Küchenschrank mit Nische 28.50
Leitern, Stufe 43 Pf.
Waschgarnituren 3,95, 2,65, 1,85

Seifen und Soda

- Bohnermasse, weiss und gelb Dose 65 Pf.
Stahlspäne, mittel und grob Paket 25 Pf.
Oberschaleife, 2 St. 32 Pf.
Gelbe Wascheife, 2 St. 15 Pf.
Haus-Seife, 3 St. 15 Pf.
Scheuerbücher 23, 18, 12 Pf.
Soda in Stücken 3 Pfd. 9 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg findet statt

am Sonntag, den 15. Oktober 1905, vormittags 10 Uhr, zu Berlin in den Arminshallen, Kommandantenstraße 20.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht der Agitationskommission.
2. Organisation und Agitation.
3. Presse.
4. Zur Landarbeiterfrage.
5. Anträge.

Anträge, welche auf der diesjährigen Parteikonferenz beraten werden sollen, sind spätestens bis zum 9. Oktober bei dem Unterzeichneten einzulegen.

Der Einberufer: **W o r g m a n n**, Königsgraben 7.

Zur Lokal-Vize. „Arion“, Jülicherklub, Täuschisches Fest, hält am 14. Oktober in Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 125, ein Vergnügen ab. Da das Lokal gesperrt ist und besucht wird, in Arbeiterviertel Wiltsch umzugehen, so weise man diese zurück.

Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Dem Kampf der Arbeiter gegen den Alkohol.

Die Berliner Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes hatte am Mittwoch mit drei öffentlichen Versammlungen vor die Arbeiter und Parteigenossen Berlins hintreten wollen, um einen Meinungsaustausch über die Stellung der Arbeiterklasse zur Alkoholfrage herbeizuführen. Diese drei Versammlungen an ein und demselben Abend hätten zeigen können, wie stark und doch gering noch das Interesse für die Alkoholfrage bei den Berliner Arbeitern ist. Leider läßt sich aber nichts darüber sagen, ob die Probe geglückt ist oder nicht. Die Versammlungen waren schwach besucht, doch wäre es unrichtig, aus diesem Ergebnis ohne weiteres auf Gleichgültigkeit unserer Arbeiterbevölkerung schließen zu wollen. Der wolkensdunke Regen, der vor Beginn der Versammlungszeit einsetzte und dann ein paar Stunden hindurch fast ohne Unterbrechung herniederprasselte, dürfte manden, der ganz gern einmal bei den abstinenzhaften Parteigenossen zu Gast gewesen wäre, in seine vier Plätze zurückgeschwenkt haben. Regengüsse von dieser Stärke und solcher Ausdauer haben schon ganz anderen Leuten die schönsten Versammlungen verderben.

Im S a d o f e n, bei Graumann in der Raumbstraße, war der Besuch so schwach, daß es vorgezogen wurde, die Versammlung gar nicht abzuhalten. Im Osten, bei Keller in der Koppenstraße, begnügte man sich mit dem Häuflein der Mutigen, die trotz Wolkenbruch gekommen waren. Hier zeigte Genosse S t ö r m e r in seinem Referat, von wie großer Bedeutung die Alkoholfrage für die Arbeiterklasse sei, welchen Gewinn an Kraft die Enthaltung vom Alkohol den Proletariern im Klassenkampf bringe, welchen Schaden der Alkoholgenuss beispielsweise bei Streiks und Ausparierungen stiften könne. In dem oft gehörten Einwand, nicht völlige Enthaltung sei nötig, sondern bloße Mäßigkeit genüge, sagte S t ö r m e r, es halte eben jeder sich selber für mäßig, und für diese „Mäßigkeit“ gebe dann das deutsche Volk täglich über drei Milliarden Mark aus. Die Befreiung des Mezerats drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob ein Arbeiter den Verzicht auf alkoholische Getränke überhaupt durchzuführen könne. Man könne doch nicht immerzu Selterwasser oder dergleichen trinken, und übrigens werde ein Verächter des Alkohols oft von seinen Arbeitervorgesetzten geizt. Von Abstinenz wurde erwidert, bei völliger Enthaltung vom Alkohol werde das Durstgefühl überhaupt geringer, und konsequente Durchführung der Alkoholenkaltung nähme den Spöttern gewöhnlich sehr bald Achtung ab. Welligt wurde von verschiedenen Rednern, auch von einem Mitgliede des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, über die verwerflichen Ansätze mancher Gehilfen, die Schelzinge und Arbeitsbüchsen förmlich zum Trinken zu erziehen: „Trink, oder Du bist kein Mann!“

W e h n i c h verließ die Versammlung für den Norden, bei Wiesenbach in der Adersstraße. Frau Wegscheider-Ziegler, die hier das Referat übernommen hatte, legte dar, daß der Arbeiter selber den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft desto mehr säugte, je mehr er sich durch Alkohol betäube und sich hinwegwäsche über sein Elend. Die Gefahren des Bier- oder Schnapsgenusses für die Durchführung von Streiks hob auch sie mit Nachdruck hervor. In der Diskussion wurde auf den Gegenlag hingewiesen, der zwischen dem Arbeiter-Abstinenzbund und dem Gutmeyler-Orden besteht. Den Arbeiter-Abstinenzbund ist die Abstinenz Mittel zu dem Zweck, den Klassenkampf noch wirkungsvoller als bisher führen zu können. Aus diesem Grunde ist schon mancher frühere Gutmeyler in den Arbeiter-Abstinenzbund übergetreten.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen rüstet sich wieder auch die Bürgerpartei, dieses wunderliche Gemisch aus allen möglichen Elementen, die sich konservativ, antisemitisch, national, mittelstandsfreundlich usw. nennen. Eine bestimmte Kandidatur wird bereits aus dem 30. Bezirk dritter Abteilung gemeldet, wo die Bürgerpartei im vorigen Herbst in der dort notwendig gewordenen Ersatzwahl ihren Kandidaten Prekel nicht mal mehr in die Stichwahl zu bringen vermochte. Diesmal ist Rechtsanwalt Ulrich aufgestellt worden. Voraussetzlich wird die Bürgerpartei mit ihm nicht besser abschneiden, als es ihr im vorigen Jahre mit ihrem Prekel beschieden war. Im vorigen Jahre schlug sie sich in der Stichwahl auf die Seite des Freisinn. Will sie auch diesmal wieder Herrn Cassel und seinen Leuten Handlangerdienste leisten? In der bürgerparteilichen Wählerversammlung, die Herr Ulrich als Kandidaten proklamierte, wies dieser darauf hin, daß bei den Reichstagswahlen von 1903 die gesamte nationale Wählererschaft Berlins noch 44 000 Stimmen aufgebracht habe, vier Fünftel der für den Freisinn abgegebenen Stimmen. Da sei es eine Ungerechtigkeits, daß sie im roten Hause jetzt keinen einzigen Vertreter mehr habe. Herr Ulrich hat nicht so ganz unrecht. Er hätte aber hinzufügen sollen, daß in Berlin bei der Reichstagswahl von 1903 die Sozialdemokratie weit über doppelt so viel Stimmen aufgebracht hat wie der Freisinn samt den „nationalen“ Parteien. Will man das Ergebnis jener Reichstagswahl maßgebend sein lassen, so käme der Sozialdemokratie im Berliner Stadtparlament längst die Zweidrittel-Mehrheit zu. Na, Herr Ulrich, wie wär's mit diesem Vorschlag? Wie wär's mit dem Reichstags-Wahlrecht für die Kommunalwahlen? Oder machen Sie da lieber doch nicht mit?

Der Wasserverbrauch Berlins. Der Bericht über die Verwaltung der städtischen Wasserwerke für das Etatsjahr 1904, wie er soeben der zuständigen Deputation erstattet wird, bietet eine Reihe interessanter Daten. Der Wasserverbrauch, welcher nach dem vorübergehenden Rückgang im Jahre 1903 im Jahre 1904 bereits

wieder zugenommen hatte, hat sich im Berichtsjahre wiederum gesteigert und den Voranschlag um rund 2 000 000 Kubikmeter überschritten. Da auch im Laufe des Sommers 1905 eine weitere erhebliche Steigerung eingetreten ist, werden die Wasserwerke in nicht allzu ferner Zeit an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sein und es werden deshalb noch im Laufe dieses Jahres Vorarbeiten für Erweiterungsbauten in Angriff genommen werden müssen. Die Zahl der an das Rohrsystem der Berliner Wasserwerke angeschlossenen Zuleitungen betrug am 31. März 1905 27 806 gegen 27 083 am gleichen Tage 1904. Die Anzahl der städtischen Leitungswasser benutzenden Personen betrug für Berlin im Jahresdurchschnitt im Betriebsjahr 1904/1905 200. Da im Durchschnitt des vorhergegangenen Etatsjahres 1 939 088 Personen städtisches Leitungswasser benutzten, so hat sich die Zahl der Konsumenten um 42 112 Personen, das sind 2,12 Proz. vermehrt.

Von den 27 806 angeschlossenen Zuleitungen entnahmen Wasser gegen Zahlung 27 040, Wasser unentgeltlich (Park- und Gartenanlagen, Springbrunnen, Denkmäler, Bedürfnisanstalten) 477, kein Wasser entnahmen — Neubauten, Feuerlöschanlagen — 280.

In Prozenten ausgedrückt wurden von den während des Betriebsjahres geförderten Wasser durch Wassermesser oder durch Gefäße von bestimmtem Inhalt rund 83 Proz. gemessen; nicht nachgemessen wurden 7 Proz. Die nicht nachgemessene Menge des geförderten Wassers ist teils durch undichte Schieber, Hydranten und Strahlrohre verloren gegangen, teils durch Unempfindlichkeit der Wassermesser gegen geringe Defekte der Hausleitungen bedingt.

Eine Zusammenfassung der in der Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 geförderten Wassermengen zeigt uns, daß von den Werken Charlottenburg und Lichtenberg 60 861 835 Kubikmeter in die Stadt gefördert wurden; dies ist der Gesamtverbrauch der ganzen Stadt; von den Werken Müggelsee und Tegel werden dann noch, ohne in das städtische Rohrnetz übergeführt zu werden, 319 394 Kubikmeter gefördert für die außerhalb des Weichbildes Berlin belegenen Vororte und Anstalten.

Der Regionalverbrauch fand statt am 16. Juli mit 252 491 Kubikmeter — 127,57 Liter pro Kopf und Tag; der Minimalverbrauch am 26. Dezember mit 11 033 Kubikmeter — 54,88 Liter pro Kopf und Tag.

Ueber den Wasserverbrauch im Jahresdurchschnitt für den Konsumenten und Tag während der letzten vier Jahre geben nachstehende Zahlen Aufschluß: 1901 — 79,36 Liter, 1902 — 79,18; 1903 — 81,24 und 1904 — 84,17 Liter für den Kopf und Tag.

Durch das hydrologische Institut wird täglich das durch die beiden Werke am Zegler See und am Müggelsee geförderte Wasser auf seinen Reingehalt sorgfältig untersucht; es hat sich bisher stets als völlig einwandfrei erwiesen.

Zur Beseitigung des Scheunenviertels sind von der gemischten Deputation, die den Ankauf der erforderlichen Grundstücke übernommen hat, bis jetzt 28 Grundstücke erworben worden. Der Preis hierfür stellt sich auf zusammen etwa 3 1/2 Millionen Mark. Das mag wenig erscheinen, aber es befinden sich darunter eine ganze Anzahl Grundstücke, die nur geringen Flächeninhalt haben. Zu kurz kommt gewiß kein einziger der Hausbesitzer des Scheunenviertels. Dafür werden diese Herrschaften, die im Fördern niemals allzu bescheiden waren, schon zu sorgen wissen. Für manche der 117 Grundstücke, die überhaupt gedrängt werden, sind vorerst so hohe Preise verlangt worden, daß die Deputation noch keine große Lust hat, sie zu kaufen. Die Deputation verhandelt jetzt durch ihre einzelnen Mitglieder direkt mit den Hausbesitzern, nicht durch Agenten. Sie will zunächst mal sehen, ob dieses Verfahren sich bewährt. Die Verwaltung der angekauften Häuser bis zum Zeitpunkt ihres Abbruchs wird nicht der Grundeigentums-Deputation übertragen, die ohnedies so viel Grundstücke zu verwalten hat, daß sie sie kaum alle zu übersehen vermag, sondern bleibt bei der Scheunenviertel-Deputation selber. Einzelne Häuser, in denen die Kontrakte zu Ostern ablaufen, sollen dann baldigt abgebrochen werden, weil sie in so schlechtem häuslichen Zustande sind, daß es sich nicht lohnt, sie zu reparieren und noch einmal zu vermieten.

Die elektrische Oberleitung auf der Militärbahnstrecke Schöneberg—Jessen ist vor einigen Tagen abgebaut worden. Eine Arbeiterkolonne entfernte, in Jossen beginnend, die ziemlich starken, auf hohen Masten befestigten Kabel, hob dann diese selbst aus; ein Güterzug der Militärbahn nahm das Material auf und in wenigen Tagen war das charakteristische Bild, das die ganze Bahnstrecke mit ihren hochragenden, s-förmigen Kabelträgern bot, geändert. An eine Wiederaufnahme der Probefahrten ist also wohl nicht zu denken, und bei der Einführung elektrischen Eisenbahnbetriebes im Vorortverkehr ist die Kraftübertragung durch hochliegende Kabelleitungen nach dem augenblicklichen Stande der Elektrotechnik ebenfalls nicht wahrscheinlich. Allein in den Vorortgemeinden hatte man doch mit einer schnelleren Verwertung der bei den Probefahrten gesammelten Erfahrungen gerechnet. Vor etwa zwei Jahren schon war die Rede von einer Einführung des elektrischen Betriebes auf der Stadt- und Ringbahn; damals machte sich aber auch bereits die lästige Behauptung geltend, in unferer Eisenbahnverwaltung herrsche eine so unüberwindliche Abneigung gegen jede Art elektrischer Einrichtungen, daß an eine Ausführung derartiger Projekte nicht zu denken sei. Als dann auf der neuen Vorortstrecke Potsdamer Bahnhof—Lichterfelde Ost wirklich ein paar mal in der ersten Zeit ein elektrischer Zug verfuhr, wurden von den Herren Beamten so begeisterte Loblieder auf die „offe, eiserne Lokomotive“ gesungen, daß man schon damals an einem schnellen Vorwärtkommen des elektrischen Betriebes zweifeln mußte. Nun funktioniert der Betrieb auf dieser Strecke seit länger als einem Jahre tadellos. Nur einmal, im September v. J., wurde er durch den Eisenbahnunfall bei Station Vepfertstraße unterbrochen, als dort umgestürzte Güterwagen die Leitung zerstückten. Aber von einer weiteren Ausdehnung des elektrischen Betriebes ist keine Rede mehr. Das Publikum freut sich, wenn auf dem Potsdamer Bahnhof jedesmal zwei Züge zu gleicher Zeit abfahren und der elektrische längst den Widern einschwinden ist, wenn der andere mit der leuchtenden Lokomotive immer weiter und weiter hinter dem elektrischen zurückbleibend, dahondährt. In fachmännischen Kreisen hört man, die neuen Versuche mit elektrischen Betrieben ergäben keine nennenswerten wirtschaftlichen Vorteile. Das mag bei dem Versuche in so beschränktem Umfang, wie er auf der einzigen kleinen Strecke jetzt stattfindet, richtig sein; aber gilt denn die größere Schnelligkeit, die Beseitigung des Lokomotivengerausches und „Qualms“ auf der ganzen Strecke nichts? Wer schneller fährt, als fahrgast natürlich, hat auch einen wirtschaftlichen Vorteil. Zeit ist Geld! Und doch die Eisenbahn auch bei elektrischem Betriebe auf ihre Rechnung kommt, daran ist doch wohl nicht zu zweifeln. Angesichts der Betriebsergebnisse auf anderen elektrischen Verkehrsstrecken. Die Hoch- und Untergrundbahn hat doch ganz andere Kapitalien anlegen müssen, als sie jetzt für eine Betriebsumwandlung auf der Stadt- und Ringbahn und den Vorortbahnen nötig sein würde und sie rentiert auch!

Auf die neuen Bestimmungen über die Entwertung von Quittungsmarken wollen wir nochmals hinweisen. Am 1. Oktober d. J. tritt die Bekanntmachung des Reichsministers vom 3. Juli d. J. in Kraft, die eine wichtige Änderung in der Entwertung der Quittungsmarken enthält. Nach den bisher geltenden Vorschriften besteht eine Verpflichtung zur Entwertung der Marken auf den Quittungskarten nur, soweit die Marken für mehr als eine Woche gelten. Hinsichtlich

der übrigen Marken sind die Arbeitgeber und Versicherten, welche Marken in die Karten einlefen, zur Entwertung der Marken befugt, aber nicht verpflichtet. Vom 1. Oktober ab sind dagegen alle Arbeitgeber und Versicherten, welche Marken einlefen, zur Entwertung der Marken verpflichtet. Die Entwertung darf wie bisher nur in der Weise geschehen, daß auf den einzelnen Marken handschriftlich oder durch Stempel der Entwertungsart in Ziffern, z. B. für den 15. November 1905 „15. 11. 05“ oder für den 5. Dezember 1906 „5. 12. 06“ deutlich angegeben wird. Zur Entwertung ist Zinte oder ein ähnlicher festhaltender Farbstoff zu verwenden. Andere Entwertungszeichen sind unzulässig. Bei der Entwertung dürfen die Marken nicht unentgeltlich gemacht werden, insbesondere müssen der Geldwert, die Lohnklasse und der Name der Versicherungsanstalt ersichtlich bleiben. Die Entwertung muß alsbald nach der Einlebung der Marke geschehen. Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt, kann für jeden Fall, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine höhere Strafe verhängt ist, von der unteren Verwaltungsbehörde mit einer Ordnungsgeldstrafe bis zu 20 Mark bestraft werden. Ferner wird am 1. Oktober ein neues Quittungskarten-Formular eingeführt; es unterscheidet sich von dem bisher gebrauchten dadurch, daß es einen Aufdruck enthält, wonach jeder Anspruch aus der Karte und allen früheren Karten verloren geht, wenn nicht für die zwei Jahre nach der Ausstellung der Karte mindestens für 20 Beitragswochen Beiträge entrichtet werden. Quittungskarten des bisherigen Modells dürfen nach dem 1. Oktober nicht mehr ausgegeben oder verlängert werden.

In Angelegenheit der Wahl des in Wilmsdorf wohnenden Königl. Baurats Herzberg zum Berliner Stadtverordneten, die von der Stadtverordneten-Versammlung für gültig erklärt worden ist, hat der Hausbesitzerverein Süden, nachdem sein Einspruch beim Oberpräsidenten fruchtlos geblieben ist, nach der „Voss. Zig.“ beschlossen, eine Beschwerde an den Minister des Innern zu richten.

Der Fall Wehnen vor Gericht. Zu dem am 10. Oktober anstehenden Hauptverhandlungstermin in dem gegen den Schriftsteller Konrad Wehnen in Charlottenburg schwebenden Prozeß wegen Verleumdung des Medizinalrates Dr. Klein hat das Gericht auf Antrag des Angeklagten eine umfangreiche Beweisaufnahme angeordnet, obwohl die Anklage nur auf § 185 gestützt ist. Es soll namentlich eine ganze Anzahl von Zeugen und höheren Polizeibeamten vernommen werden.

Ueber den Mordversuch in der Farknerstraße wurde gestern die schwerverletzte Elisabeth Stadloff im Krankenhaus am Urban durch die Kriminalpolizei vernommen. Nach ihren Aussagen hatte Tripler ihr wiederholt gedroht, daß er sie niederstrecken werde, sobald er sie mit einem anderen sehe. Auf dem letzten Spaziergang durch die Straßen zankten und schritten sich die beiden, bis sie nach dem Hause Farknerstraße Nr. 21 zurückkamen. Hier sagte das Mädchen: „Wir wollen uns trennen, von Heiraten kann keine Rede mehr sein, aber gute Freunde können wir doch bleiben.“ Tripler gab der Abmahnung keine Antwort und schlug sie nieder. Diesen verächtlichen Ausbruch benutzte er, um heimlich das Messer aus der Tasche zu ziehen, mit dem er ihr den Hals abzuschneiden wollte. Die Verletzte befindet sich auf dem Wege der Besserung, Tripler wird noch immer verfolgt gesucht. Wahrscheinlich hat er sich das Leben genommen. Der Verfolgte ist eine untere Mittelsklasse, hat dunkelblondes Haar und Schnurrbart, eine niedrige Statur, ein rundes blaßes Gesicht und etwas O-Beine und trägt einen schwarzen streifen Fälsch und einen dunkelmelierten Jacketanzug (Weste und Hals).

Zur Choleraepidemie. Von der Oberpostdirektion in Berlin sind dem Verbands für erste Hilfe zur Beförderung von Choleraerkranken und Verdächtigen neuerdings 15 Wagen zur Verfügung gestellt worden, wie dies kürzlich auch seitens des Königl. Kriegsministeriums mit 20 Wagen aus den Beständen der Feldsanitätsformationen geschehen war. Auf Wunsch des Polizeipräsidenten Grafen v. Westphal in Schöneberg hat der Verband die Ausführung der Cholera-Transporte übernommen.

Aufgespielt. Schiner verlegt hat sich in der Nacht zu gestern ein Soldat vom 1. Bataillon des 2. Garderegiments zu Fuß, das in der Friedrichstraße, Ecke der Riegelstraße, kaserniert ist. Aus irgend einem Grunde war dem Bataillon der Urlaub verweigert worden. Ein Soldat, der über die Zeit ausgeblieben war, versuchte nun die Einfriedigung zu überklettern, stürzte dabei ab und fiel auf die Spitze eines eisernen Gitters. In einem lebensgefährlichen Zustande wurde der Angefallene aufgefunden und ins Lazarett gebracht. Man zweifelt an seinem Aufkommen.

Eine traurige Aufführung hat, wie zu erwarten war, das Verschwinden des Schuhmachers Vernhardt und des Dienstmädchens Agnes Lübede gefunden. Das Liebespaar wurde gestern nachmittags in der Jungfernhöhe im Jagd 25 tot aufgefunden. Allen Anschein nach haben die jungen Leute Gift genommen. Die Eltern des Mädchens waren vorgestern nach vergeblichen Suchen wieder nach ihrer Heimat Wittstock zurückgefahren.

Schon wieder ein böswilliger Alarm. Die frebelhaften Alarmierungen der Feuerwehre wollen kein Ende nehmen. Nachdem, wie wir berichteten, in dieser Woche bereits zwei derartige Fälle zu verzeichnen waren, wurde die Wehre in der Nacht zum Freitag wiederum böswillig alarmiert und zwar nach der Greifswalderstr. 33. Es gelang leider nicht, den Täter zu ermitteln. Obgleich die Berichte schon heute gegen derartige Unbedulter mit recht empfindlichen Strafen vorgehen, finden sie doch immer wieder noch Menschen, die solchen Unfug verüben und die viel geplagte Feuerwehre unnütz in der Nachtruhe stören. — Im übrigen mußte die Wehre in der Nacht noch nach Waldemarstr. 10a und nach der Fischerstr. 29 ausrücken. Im ersten Falle handelte es sich um einen Keller- und im anderen um einen Küchenbrand.

Aus der Armenpflege der Vororte.

Eine Gemeinde, die sich bemüht wäre, soziale Gemeinschaft zu sein, könnte ihre sozialen Aufgaben nicht als Last empfinden. Die Förderung des Schulwesens, die Ausgestaltung des Krankenpflegewesens, die Zulassung fortgeschrittener Anschauungen und Grundzüge im Armenfürsorgewesen müßten ihr als eine Pflicht gelten, deren Erfüllung etwas ganz Selbstverständliches ist. Doch die Vertreter der besitzenden Klasse, denen eine vorsichtige Geseßgebung die Pflicht in den Gemeinden gebietet hat, denken anders.

Die Fürsorge für die Armen ist den Gemeinden die lästigste ihrer sozialen Pflichten. Daß in Berlin die Armenpflege nicht mehr als allerdinglichster Notbehelf ist und oft sogar gänzlich verlagert ist im „Vorwärts“ durch zahlreiche Beispiele nachgewiesen worden. Wie mangelhaft sie in den Vororten ist, das wird selber selten über die engen Grenzen der einzelnen Gemeinden hinaus bekannt. Vielleicht kommen wir einmal in die Lage, die in den Vororten herrschenden Armenpflegezustände in einer zusammenfassenden Betrachtung zu beleuchten. Heute möchten wir an einem Einzelfall zeigen, wie trefflich man sich darauf versteht, negative Armenpflege zu üben, wie entschlossen man vorgehen weiß, wenn aus der Gemeinde ein lästiger Armer abgejagt werden soll. An dem Vorkommnis sind zwei Gemeinden beteiligt, die beide nicht zu den mittellosen gehören: Wilmsdorf und Friedenau. Ein Armer mehr kann hier wie dort die Gemeinde nicht sehr belasten. Doch — der Arme denkt, und der Armenvorsteher lenkt.

In Friedenau erhängte sich im September v. J. der Maurer N. und ließ seine Frau mit fünf Kindern zurück. Die Witwe wollte daraufhin die zum Oktober gemietete neue Wohnung nicht beziehen, da sie die hohe Miete nicht aufbringen konnte. Sie ließ zum Amt und bat dort um Rat und Beistand. Als sie darauf keinen Erfolg sah, ließ sie die Besichtigung einer anderen Wohnung unterstücken möge, belam sie zur Antwort: „Sachen Sie Wohnung, wo

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Schiller-Theater).
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Nora.
 Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen.
 Deutsch von Wilhelm Lange.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
 Der Traum ein Leben.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
 Ein Wintermärchen.
 Montag, abends 8 Uhr:
 Der G'wissenswurm.

Zirkus Albert Schumann.
 Heute Sonnabend, den 30. September, abends präzis 7 1/2 Uhr:
 Zweite Grand Soirée High Life. Gala-Programm.
 Zum Schluß zum erstenmal:

Englischen Derby.

Das Leben und Treiben nach dem Original, inszeniert von Direktor **Albert Schumann**, einstudiert vom Ballettmeister Signor **Giovanni Pratesi**.
 I. Bild: Im Rennstall d. Lord Wheaterton.
 II. Bild: 1. Der Favorit. 2. Das Rennen. 3. Huldigung des Siegers.
 III. Bild: Auf dem Heimweg.
 Vorher: Sämtliche Spezialitäten. U. a.: Nur noch kurze Zeit! Nadina Slawianskas 40 Russen. — Neu! Die phänomenalen **John und Louis Keller** mit ihren sensationellen **Vor- und Rückwärts-Saltomortale mit dem Zweirad.** — Neu! Die höchst originellen **Damen-Luft-Ringkämpfe**
 12 Engländerinnen und Amerikanerinnen. — Ferner die besten Kunstkräfte und Dir. **Alb. Schumanns** neue und moderne Dressuren.
 Sonntag, den 1. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr (1 Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr: **Zwei große brillante Vorstellungen.**

Colosseum
 Dresdenstraße 97.
 Heute präz. 8 Uhr abends:
Premiere
 des einzig dastehenden, nur humoristischen Programms.
 16 Spezialitäten:
 der urkomische Bendix, Litten Carlson, **Wally Walborg**,
 der „gemüthliche Sachse“ Hochgemuth etc. etc. 43642*

Lustspielhaus.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Jahrmärkt in Pulsnitz.

Passage-Theater.
 Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr,
 nachm. Sonnt. 3, Wochen. 5 Uhr.

Poldi Augustin
 die fesche Sonbrette.
Herr Tacianu
 Damen-Imitator.
 Das glänzende
September-Programm.

Frübels Allerlei-Theater
 Schönhauser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag,
 Mittwoch:
 Konzert, Theater, Spezialitäten.
 Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz-**
 Anfang Sonntags 6 Uhr abends,
 Anfang wochentags 8 Uhr abends.
 Nächste Vorstellung: Sonntag, den
 1. Oktober.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang:
 wochentags
 8 Uhr,
 Sonntags
 7 Uhr.

**Sonnabend, 30. September u. Sonntag,
 1. Oktober, bleibt mein**
Kaufhaus für Herren- u. Knabenbekleidung
 geschlossen. — **Montag und Dienstag**
 gewähre ich auf meine billigen streng
 festen Preise 10 Prozent Rabatt.
Moritz Groß, Kastanien-Allee 42.

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. Min. v. Hb. Bf. Bf.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Das brillante September-Programm.
Les Miltons
 Rockpantomime
Fred Steffl
 Ueberzirkus
Per Rohrpost
 Schwank
 und 9 weitere Spezialitäten.
 Familienkarten sind in allen
 Barbier-, Friseur- u. Zigarren-
 geschäften sowie im Theater-
 bureau unentgeltlich zu haben.

Bernhard Rose-Theater
 Gesundbrunnen, Bahnhofsstr. 55.
 Heute: **Geschlossen.**
 Morgen Sonntag: Erste Nachmittags-
 Vorstellung:
Familie Buchholz.
 Anfang 3 Uhr. Kaffeeverköstl. 2 Uhr.
 Abends 7 Uhr.
Die beiden Reichenmüller.
 Vorverkauf Sonntag vormittags von
 10-1 an der Theaterkasse.

Otto Pritzkows
 Berliner
Abnormitäten-Theater
 Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
 der einzig existierende, ohne Kon-
 servierung, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.
Mne-Mno-Mni???
 Entree 20 Pf.

ELYSIUM.
 Kommandantenstr. 3-4.
 Vollständig neu renoviert. 4
 Auftreten v. 36 erstklassigen
 Intern. Spezialitäten.
 Geöffnet von 10 Uhr früh bis
 12 Uhr nachts.

Etablissement Duggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
 Regeltbahn noch frei.

Gewerkschaftshaus,
 50., Engel-Ufer 15.
 Sonntag, 1. Oktober, abds. 7 Uhr:
IX. Volkstümlicher Vortragsabend
 von
Maria Holgers.
 Russische Dichtungen in Wort
 und Bild.
 Musikalische Mitwirkung: **Setsy Schot.**
 Eintrittskarten zu 30 Pf. bei Horsch,
 Zigarrenhandlung, Engel-Ufer 15, und
 abends an der Kasse. 295/10

Vereinsäle
 (Säle), 200 Personen, sind Sonn-
 abend, 11. resp. 18. November,
 Lotterien, nach zu vergeben.
 Kommandantenstr. 72, Klubhaus.
 Vereinsabnen und Vereins-
 abzeichen etc. **Wm. Marg. Grillen-**
 berger, Ränderg. Umschlitzplatz 2.

Neu! Neu!
Petroleum-Glühlicht
 Auf jed. Lampe pass.
 Große Auswahl von
 Tisch- u. Hängelampen.
 Echtes Bronzegasglocken
 3-flammig, M. 18, 50.
W. Krausemark,
 Berlin 90.,
 205, Oranienstr. 205.
 Tel.: Amt IV. No. 10379.
 5 Proz. Rabatt.
 1414L*

**Ziehung nächste Woche
 5. Oktober.**
Quedlinburger Lose à 1 M.
 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf
 Pferde-Gewinn sofort verkäuflich
 gegen **Bar Geld.**
 1500 Gewinne im Werte von Mk.
23 000.
 Hauptgewinn 1. W. v.
5000 Mark.
 Lose versendet der General-Debitur
Karl Krebs, Quedlinburg.
 Zu haben:
 in den Lotterie- u. Zigarrengeschäften.

PROBLEM
 Cigaretten
 übertreffen Importen

Von der Reise zurück.
 4400L* **Dr. C. Strecker.**
 Wir empfehlen unseren Lesern
 folgende
Neuerscheinungen
 zur Anschaffung:

Intime Briefe Ferd. Lassalles
 an Eltern und Schwestern.
 Herausgegeben von Ed. Bernheim.
 Preis 3 M.

Das Glend des Strafvollzugs.
 Von Dr. Georg Gradnauer.
 Preis 50 Pf.

**Wie sollen wir unsere Kinder
 ohne Prügel erziehen?**
 Von Jul. Borchardt. Preis 30 Pf.

**Sozialdemokratische Gemeinde-
 politik.**
 Heft 1. Das kommunale Wahlrecht.
 Von Paul Fisch und Hugo Linde-
 mann. Preis 30 Pf.
 Heft 2. Kommunale Arbeiterpolitik.
 Von Hugo Lindemann. 40 Pf.

**Die Lebensmittel- und die
 indirekten Steuern, wer sie
 zahlt und wem sie nützen?**
 Zweite umgearbeitete Auflage.
 Preis 10 Pf.

**Generalstreik und Sozial-
 demokratie.**
 Von Roland Hoff. Mit einem Vor-
 wort von Karl Kautsky.
 Preis 1,20 M.

Der politische Massenstreik.
 Vortrag, gehalten in Vorklaus, von
 Ed. Bernheim. Konfiziert gewesen.
 Preis 20 Pf.

Buchhandlung Vorwärts,
 Berlin SW. 68,
 Lindenstr. 69, Laden.

CREDIT
AnALLE
Möbel
 Spezialität
 Solide, bürgerl. Einrichtungen
 von 250-3500 Mark
 Bar
 oder Teilzahlung
 Kein Laden.
 Ger. Unkosten.
 Kleiner Nutzen.
 Reelle Waren
 Niedr. Preise
 Kulante Beding.
 Berlin NO.,
 Gr. Frankfurter Str. 45/46.
**Wilhelm
 Misch**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Möbelpolierer!
 Sonnabend, den 30. September 1905, in der Königsbank,
 Große Frankfurterstraße 117:
Gr. Herbstvergngen
 und Neukundenabschied.
Großes Konzert
 ausgeführt von der verstärkten Hauskapelle. Auftreten von Komikern
 und Humoristen unter der artistischen Leitung des Herrn Schulte
 vom Schweizer-Garten. Nach dem Konzert:
Großer Ball.
 Deren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billets a 25 Pf.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Billets sind in den bekannten Zeitstellen zu haben.

Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlung
 für Osten bei Kabat, Blumenstr. 38; für Südosten bei Schulz, Stalher-
 straße 22; für Norden bei Raab, Brunnentstraße 60. — Jede Bezirks-
 liste muß vertreten sein. 93/15

Verein der Rohrer Berlins und Umgegend.
 Montag, den 2. Oktober, vormittags 11 Uhr, bei F. Wilke,
 Brunnentstraße 188:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Der Stand unserer Lohnbewegung.
 Die Lohnkommission.
 NB. Dienstagabend 8 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 270:
 Vereinsversammlung. Tagesordnung wie in der Versammlung bekannt
 gegeben. Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 295/8 Der Vorstand.

**Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen
 Hilfsarbeiter Deutschlands.**
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.
 Verbandsbureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 8. Telefon: Amt IV, Nr. 4493.

Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter Achtung!
 Berlins und Umgegend.
 Montag, den 2. Oktober 1905, abends 8 Uhr, in den Industrie-
 Schiffsden, Deutschstr. 19/20:
Allgemeine Versammlung
 aller Fliesenleger-Hilfsarbeiter Berlins u. Umg.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Verlauf des Streiks der Hilfsarbeiter, der Vertrags-
 abschluss und das Verhalten der Fliesenleger. Referent: Kollege
K. Heidemann. 2. Diskussion. 3. Beschließend. 43/20
 In dieser Versammlung sind Verfänger und Mitglieder der beiden
 bestehenden Fliesenleger-Organisationen freundlichst eingeladen. Das Ge-
 schehen der am Streik beteiligten Fliesenleger ist ganz besonders
 erwünscht.
 Die Verbandsleitung. J. A.: Karl Heidemann.

**Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen
 Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.**
 Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei Seigt,
 Ritterstraße 75:
Versammlung.
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. 139/6
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kleber. Achtung!
 Jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber muß für die
 Zeit vom 1.-15. Oktober im Besitz einer grünen Kontrollmarke sein,
 gleichviel ob die Arbeit auf Bau oder Privat ist; dieselbe muß sich
 im 8. Felde der Karte befinden. Die Karten werden Sonntag, den
 1. Oktober, vormittags 9-12 Uhr, in folgenden Lokalen verabfolgt:
**Krüger, Zuhnerstr. 7; Stephan, Wienerstr. 31;
 Pade, Kunststr. 6; Rieker, Steinmetzstr. 35;
 Pankow, Verlegerstr. 82; — fernere Sonnabend und
 Sonntag bei Merker, Bergstr. 10, und Raik, Char-
 lottenburg, Witzstr. 28/29, sowie wochentags von 7-9 Uhr
 im Arbeitsnachweis, Räderstr. 9.**

Versammlung.
 Siehe Annonce am Sonntag. Die Verbandsleitung.

Partei-Expeditionen:
 Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wiltentolden-
 Straße 30, b. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Brünnerstr. 31,
 Ost rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels,
 Frankfurter Allee 79. — SO.: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15
 (Laden). — Fünfter Wahlkreis: Leo Jucht, Reibstr. 42
 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Hoholz): Karl Anders,
 Salzweidestr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger
 Vorstadt: Karl Beise, Bienenstraße 41/42. — Rosen-
 thaler Vorstadt, Gesundbrunnen: Hermann Rasche,
 Bürgenstr. 24, vom part. links. — Schönholzer Vorstadt: Karl
 Mars, Zuhnerstraße 129. — Alt-Gliencke: Reinhold
 Schulz, Rudowstr. 72. — Charlottenburg: Gustav Schandberg,
 Seidenmeisterstr. 1, Ude Gerberstraße, vom l. — Deutsch-Wilmers-
 dorf: B. Rieckel, Brandenburgerstraße 110, III r. — Lichtenberg,
 Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau,
 und Rummelsburg: Otto Seifert, O. 112, Kronprinzstr. 50, l.
 — Grünau: O. Blühme, Wiltorstr. 2. — Rixdorf: W.
 Heinrich, Prinz-Gardenstraße 7, im Laden. — Schmargendorf:
 Gustav Kaminski, Amalstraße 2. — Schöneberg:
 Wilhelm Baumler, Martin-Lutherstr. 51, im Laden. — Ober-
 Schöneberg: Otto Ränger, Deulstraße 4, II. — Nieder-
 Schöneberg: Donaldson, Haselwegstr. 1d. — Johannis-
 thal: Franz Günold, Bismarckstr. 7. — Adlershof: R. Schmidt, Bis-
 marckstr. 22, l. — Königs-Wusterhausen: R. Rieckel, Deulstr. 19.
 — Köpenick: Friedrich Weid, Schulstr. 4. — Friednau-
 Steglitz: O. Berner, Schloßstraße 115, Gartenhaus I, im
 Stiege. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: O. Mohr,
 Düsselstraße 8, und Fr. Schellbace, Hornstraße 15a. — Marien-
 dorf: Hermann Reichardt, Chausseestraße 16. — Baumshulen-
 weg: Stod, Ernststr. 2, II. — Treptow: R. Seigt, Glienckstr. 37,
 vom III l. — Neu-Weißensee: B. Rieckel, Seidenstr. 53, part.
 — Reinickendorf-West: Emil Neuboff, Glienckstr. 54.
 — Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schön-
 holz: P. Gurlich, Grobstr. 108, II. — Tegoll, Borsig-
 walde, Dalldorf und Waldmannslust: Paul Rieckel,
 Borkenstraße, Seidenstr. 43. — Pankow-Niederschönhausen:
 G. Freiwaldt, Bismarckstr. 66. — Eichwalde, Zenthen, Niers-
 dorf und Hunkels Ablage: Alfons Gräß, Eichwalde,
 Kronprinzstr. 83, l. — Nowawes: Wilhelm Tappe, Friedrich-
 straße 1. — Spandau: R. Döppel, Bismarckstr. 9.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wünschenswerten
 Werke dort zu haben. Auch werden Inzerate für
 den „Vorwärts“ entgegengenommen,
 Bitte ausschneiden.

Jeder Leser!!!
 des Partei-Organ,
 welcher Wert darauf legt,
 zum Herbst einen eleganten
Anzug, Paletot, Joppe
 fertig und nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei
LESKE & LEHRER
 78 Kottbuser Damm 78
Spezialgeschäft eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung
 fertig und nach Mass.
 Unsere Grundsätze:
 Wir verarbeiten nur gute, roelle, ausgeprobte Stoffe.
 Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
 Wir achten auf tadelloste Verarbeitung und guten Sitz.
 Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
 Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
 Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.
Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.
 Original-Inserat
 Nachdruck
 verboten.

Herren- und Knaben-Garderobe

Vollständiger Ersatz für Maßanfertigung.

- Jackett-Anzüge** ein- und zweireihige Form, elegant und tadelloser Sitz, vornehme schicke Verarbeitung, in allen modernen Farben und Stoffarten, kariert, gestreift, gepunktet oder meliert, 15, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40, 45, 50 u. 55 Mark.
- Jackett-Anzüge** ein- oder zweireihige Form, von schwarzem oder blauem Cheviot, 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.
- Jackett-Anzüge** einreihige Form, in peinlich sauberer Ausführung von schwarzem Twill, Diagonal oder Rips-Kammgarn, 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

- Schwarze Rock-Anzüge** in bester Verarbeitung, von Satin-Rips od. Tuch-Kammgarn, Diagonal oder Twill, 27, 33, 38, 43, 48 u. 53 Mark.
- Farbige Rock-Anzüge** einreihige, moderne Form, von nur modern gemusterten Stoffen, 30, 35, 40, 45, 50 u. 55 Mark.
- Schwarze Gehrock-Anzüge** zweireihige Form, in bester Verarbeitung, vollständiger Ersatz für Maßarbeit, von Satin-Kammgarn, Rips-Kammgarn, Tuch-Kammgarn, oder Tuch, 30, 36, 42, 48, 54, 60 u. 66 Mark.
- Farbige Gehrock-Anzüge** schicke, moderne Form, feinste Verarbeitung, von melierten oder gemusterten Cheviot- oder Kammgarnstoffen, 36, 42, 48, 54 u. 60 Mark.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

- Herbst-Paletots** einreihige Form, von Covert-Coat, Satin oder Cheviot, mittel- oder dunkelfarbig, kariert, gestreift oder meliert, elegant und tadelloser Sitz, 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.



- Winter-Paletots** ein- und zweireih. Form, von Eskimo, Cheviot od. Foulé, einfarb., meliert, gestreift oder kariert, auf Plaidfütter, Seide oder Plüsch gearbeitet, tadelloser Sitz und beste Verarb., vollständiger Ersatz für Maßanfertigung, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65 u. 70 Mark.

- Winter-Ulster** aus modernen engl. Fantasiestoffen, auf gutem Plaidfütter, 30 u. 40 Mark.

- Havelocks** von wetterfestem Loden, einreihige Form, ohne Ärmel, mit voller, vorn ganz abgefütterter Pelerrine und Taillengürtel, 8,50, 12, 15, 18, 20, 22,50, 25, 30 u. 35 Mark.

- Pelerrinen-Mäntel** zweireih. Form, mit langer, abknöpfbarer Pelerrine und Taillengürtel, von gutem Loden, dunkelgrau, bräunlich oder grünlich, 25, 35 u. 40 Mark.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

- Kaiser-Mäntel** zweireihige Form, mit breit umklappkragen, Musttaschen und Taillengürtel, von schwerem Loden, grau, marengo oder grünlich meliert, 20, 23, 30 u. 40 Mark.

- Winter-Joppen** zweireihige Form, von Loden, mit warmem Futter, dunkelgrün, bräunlich oder oliven meliert, 7,50, 9, 10,50, 12, 14, 15, 16,50, 18, 20 u. 25 Mark.
- Falten-Joppen** einreihige Form, Brust und Rücken mit Sattel u. Falten, der Taillengürtel ringherumgehend u. Musttaschen, aus Loden gearbeitet, grau, bräunlich oder grünlich meliert, 9, 12, 15, 18 u. 22,50 Mark.
- Boinkleider** von elegantem, vornehmem Schnitt und guter Paßform, aus Buckskin, Cheviot oder Kammgarn, mittel- oder dunkelfarbig gestreift oder meliert, 3,50, 4,50, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13,50, 15 u. 16,50 Mark.

Sämtliche Artikel sind für

jede Figur passend

auf Lager und werden etwaige kleine Änderungen, da solche nicht immer ausgeschlossen, kostenlos von sachkundigen Personen ausgeführt.

Knaben- und Burschen-Anzüge

Paletots, Joppen und Hosen in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Die Abteilung für Maßanfertigung ist mit allen

Neuheiten der Herbst- und Winter-Saison

ausgestattet und geschieht die Anfertigung in vollendet schöner Ausführung unter Garantie für guten Sitz zu billigsten Preisen.

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin 50., Berlin W.,
Oranienstr. 166 Potsdamerstr. 113a
Potsdam, Kanauerstr. 23.

Illustrierten Katalog u. Muster versende franko und kostenlos.

Anerkannt sehr leistungsfähig Stahlfabrik
ist die Firma Versandhaus I. Rang

Gebrüder Rauh Gräfrath

Nachstehende Gegenstände versenden wir 30 Tage zur Probe! Jedes Stück wird einzeln abgegeben u. franko versandt.

Neu! Vexier- oder Sicherheits-Portemonnaie „Hubertus“ Neu! Gesetzlich geschützt. (Jäger auf der Jagd darstellend).



Echtes braunes Saffianleder, sehr solide und dauerhaft, Lederfutter, 3 Fächer, Bügel fein vernickelt, Innentasche mit Extra-Verschluß, 2 Buchstaben oder 1 Monogramm in Golddruck in das Leder eingepreßt kosten 10 Pf., der ganze Name 20 Pf.

Diebesglocke „ALARM“ Praktische Neuheit! Gesetzt geschützt. Abbildung circa 1/3 der natürlichen Größe.



„Alarm“ ist der zuverlässigste Wächter des Hauses, für Einbrecher unauffindbar und meldet sofort jeden Eindringling. „Alarm“ ist stets gebrauchsfertig und kann überall mitgenommen werden; für jeden Haushalt u. für die Reise unentbehrlich. „Alarm“ ist aus bestem Material hergestellt, fein vernickelt und kann auch als Tischglocke verwendet werden.

Umsomst u. portofrei Pracht-Katalog über 5000 Gegenstände enthaltend, und zwar: Alle Arten Seltener Stahlwaren, Haus- u. Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- u. Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stücke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren und viele andere Artikel in größter Auswahl.

Wir bemerken noch, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt. Über 5000 lebende Anerkennungsbescheinigungen bestätigen Güte und Qualität unserer Waren. So schreibt Herr Lürkens unaufgefordert: „Bis jetzt habe ich schon über 300 Mark an Waren bezogen und muß der geehrten Firma meinen herzlichsten Dank aussprechen. Bin jedesmal mit der Ware sehr zufrieden gewesen und werde mir auch fernhin Mühe geben, die geehrte Firma zu empfehlen.“

Bei größeren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Neu eröffnet!
57 I. Etage Rosenthalerstr. 57 I. Etage
Gelegenheitskäufe Spezialhaus
Gardinen, Teppiche, Bettdecken, Stores, Rouleaux, Kosgroßstoffe
Außergewöhnlich billige Preise!
Bitte genau auf Nr. 57 zu achten!

JAPANS PERLE
Feiner S. & R. Doll Sumatra-Decker, leicht, blumig und angenehm Mk. 50.- p. Mille.
Mit dieser neu eingeführten Force-Marke erzielen wir durchschlagenden Erfolg!
Klewer & Werres, Holländ. Zigarrenfabrik Geldern (Nieder-rhein)

Ausverkauf
wegen Umbau und Vergrößerung meiner Geschäftsräume.
Hüte - Schirme - Mützen - Pelzwaren
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Carl Renz, 3 Oranienstraße 3.

Wo? machen wir des Sonntags hin?
Nach Pichelswerder zum alten Freund!
Größter Tanzsaal!

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Str. an.
Industr.-Briketts, Kohlensteine p. Str. 70 Pf.
In. Senftenberger Salon-Briketts „Anna“ oder „Marie“ p. Str. 75 Pf.
Henckels Werke
Ise u. Anh. Mariengrube 85
In engl. Anthrazit, Bruch, Koks, Steinkohlen, Holz usw.
zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe ich Kohlen.

Hüte und Mützen
für Herren und Knaben.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Landsbergerstr. 90, 1. Treppen rechts.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Färbungen, auch einfarbig. Mit Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Haltbarste Woll-Taschen. Große Hüften umfaßt. Die Hose
bei Entnahme von 6 Stück 36 Pf. 4 Mk. 50
Hanteller-Hose Ruche Gambrinus, Jodelhose 5 Mk. 50
Gefüllte, Wandhose-Jacke 14,50 8,75
Schöne Wandhose-Jacke 1 Mk. 50
Schöne Wandhose-Jacke 1 Mk. 50
Schöne Wandhose-Jacke 2 Mk. 50
Schöne Wandhose-Jacke 2 Mk. 10
Weiße Wandhose-Jacke 3,50, 2 Mk. 75
Rondhose-Jacke, Dreifach 4 Mk. 50
Waldhose 3,50, 2,50, 2 Mk. 25
Mechaniker-Mittel (braun) 3,50, 2 Mk. 40
Weiße Lederhose, Dreifach 7,50, 3 Mk. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mk. 90
Reißelreißer-Anzüge, blau, nach Vorzug 5 Mk. 50
Die Preise gelten für normale Größen
Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a 25. Prudenstr. 11.
Gr. Frankfurtstr. 20.
Das 25. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugelandet.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben. 90152*
— Versand von 20 Mk. an franco. —

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche auch Konfektion führen. 4396L*
Extra-Abteilung
verlichen gewesener Möbel
wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!
Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur Spezial-Möbel-Geschäft.

Stuhlflucht-
rohr in vorzüglicher Qualität.
Stuhlrohrlager Wallstr. 16.

Gelegenheits-Partie
Gardinen
abgepaßte Fenster,
weiß und crème
Shawlänge pro M. 2,50
3 Mtr. Estr. M. 2,50
Shawlänge pro M. 3,35
3,20 Mtr. Estr. M. 3,35
Imit. Point-lacé-Gardinen, pr. Estr. M. 5,85
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. 1,85
Gestickte echte Spachtel-Stores M. 6,00
Goldfarb. reichgestickte Band-Stores M. 4,85
Tüllbettdecken 150/220 cm M. 2,35
Reichgest. Erbsentüllbettdecken M. 6,35
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158
Nach auswärts per Nachnahme
Gardinen-Katal. m. ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

Vorzugs-Preise zum Umzuge

für Portieren

Wisch-Portieren	2 Schals und ein	20, 12 und 9 M.
Tuch-Portieren	ein	15, 10 " 6 "
Velvet-Portieren	Lambrequin	25, 15 " 10 "
Brokat-Portieren	zusammen	18, 14 " 12 "
Wolltreppe-Portieren		12, 10 " 7,50 "

Teppiche

Salon-Teppiche	à 90, 65 und 50 M.
Epeiße-Teppiche	65, 40 " 30 "
Wohn-Zimmer-Teppiche	50, 30 " 25 "
Herrn-Teppiche	35, 25 " 20 "
Sofa-Teppiche	25, 18 " 15 "
Zeit-Teppiche	14, 8 " 6 "
	5, 2,50 " 1,25 "

Außerdem große Vorräte zurückgeleiteter Teppiche, Gardinen, Divandeken sowie vorjährige Muster in Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima Helle, wollene Schlaf- und Reisdecken jezt nach der Inventur zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

Teppichhaus B. Hurwitz

Rotes Schloß 43212*
vis-a-vis dem National-Denkmal.

Durch die außerordentlich geschickte Mischung der feinsten türkischen Tabake ist die



Kapitän-Zigarette

in Qualität unerreicht; man fordere sich ausdrücklich diese Marke.
C. Röcker, Berlin O., Gröner Weg 112. Umf VII Nr. 3661.

Fordern Sie beim Einkauf ausdrücklich Dänischen



Kapitän-Kautabak

Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Dänischer Kapitän-Kautabak“

Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Gröner Weg 112.

Größtes Lager aller gangbaren Zigaretten-Marken. Nordhäuser Kautabak. Schnupf- und Rauchtobak engros.



Nur neueste Moden.

Dieser feine, schwarze Gut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. claque moderne Form, kostet M. 1.90.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neue Moden. Abteilung für den Einzelverkauf

Neue König-Strasse 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neue Form, mit Futter M. 1.50.

Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.

Sonntags geöffnet. 41262*

Raucht 4479L*
Presstoli-Zigaretten.

300 volle 8 Pfg.-Zigarren für 11.40 M.

Sinfolge Einkaufs eines Kontingents kann ich dies bieten. 300 großartige 10 Pfg.-Zig. 13.20 M. 300 feine 7 Pfg.-Zig. 10.50 M. Bitte überzeugen Sie sich. Berndt, Verkaufshaus, Berlin, Alexanderstr. 29, I.

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. 13044U*

Bekanntmachung.

Mein seit vielen Jahren bestehendes

Herrn- und Knaben-Garderoben-Geschäft

1 Dresdener Straße 1

am Kottbuser Tor — Ecke Skalitzerstraße

beabsichtige ich

gänzlich aufzulösen

und gelangen daher die gesamten Warenbestände zu

bedeutend herabgesetzten Preisen

zum

Ausverkauf.

Adolph Wormann

1. Dresdener Straße No. 1 Ecke Skalitzerstraße Kottbuser Tor

Hochbahn-Haltestelle.

Unveräußerung ausgeschlossen!

Amerikanische Verkaufshallen



für Herren-, Knaben-Garderoben u. Arbeiter-Berufskleidung.

Hauptgeschäft: Rosenthalerstraße 58, Ecke Weinmeisterstr.

Filiale I.: Frankfurter Allee 186, Ecke Weichselstr. nahe Ringbahnhof.

Eröffnung: Sonnabend, 30. Septbr., nachm. 3 Uhr

Unerreicht ist unser Seriensystem
Unerreicht ist unsere Auswahl
Unerreicht ist unser Sitz
Unerreicht ist unsere Ausführung
Unerreicht ist unsere Reellität
Unerreicht sind unsere Preise.

Als Beispiel führen wir an:

Serie 310	Herrn-Winter-Paletot auf Plaidfutter, glatt und gemusterte Stoffe.	M. 16,—	Serie 900	Herrn-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter.	M. 5,90
Serie 313	Herrn-Winter-Paletot auf Plaidfutter mit englischen Careaus.	19,50	Serie 911	Herrn-Winter-Joppe prima Double auf Plaidfutter.	7,10
Serie 319	Herrn-Winter-Paletot auf Plaidfutter, neueste Muster.	20,50	Serie 940	Jünglings-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter.	5,—
Serie 957	Jünglings-Winter-Paletot auf Plaidfutter in viel. neuesten Dessins.	15,—	Serie 945	Knaben-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter.	4,25
			Serie 948	Herrn-Winter-Anzug, neueste Dessins.	16,50
			Serie 909	Herrn-Winter-Anzug in vornehmsten Careaus.	25,50

Wir weisen ganz besonders auf unsere hervorragende Maß-Abteilung hin — Sitz u. Ausführung sowie die verwendeten Stoffe sind erstklassig.

Riesnlager Arbeiter- und Berufskleidung, Knaben-Anzüge Paletots und Joppen.

Richard Augustin

Oranienstr. 103, Hof part. Säle. — Vereinszimmer. Mittagstisch (wie früher). Umf 4, 5662. Jed. Sonntag Familienbesammonein.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Grand Café Braun

Potsdamer Straße 74

am Botanischen Garten

30/4*

Eröffnung am 30. September abends 6 Uhr.

Täglich Elite-Konzerte

bis 2 Uhr nachts

unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters **Biernbaum** aus Wien.

Tag und Nacht warme Küche.

Die herzlichsten Glückwünsche zum

50. Geburtstag dem allen

langen Adolf

von seinen Genossen und Freunden

des 179. Stadtbezirks.

Adolf, nu aber rin in Möglin. Das

Du aber auch kommt!

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 27. d. M. nach unerwartet, an den Folgen der Pufferkrankheit im Alter von 56 Jahren unser langjähriger zweiter Vorsitzender, das Mitglied

Wilhelm Bandelow.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Sie verlieren in dem Verstorbene nicht nur einen treuen Kameraden, sondern auch opferfreudiges Mitglied, welches bestrebt war, die Interessen des Vereins stets vor die eigenen zu stellen.

Leicht sei ihm die Erde.

Um rege Beteiligung ersucht

21776 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Oskar Willert

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

152/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Wilhelm Paasch

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. September, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stranckenhofes Friedrichshagen aus nach dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt. Rege Beteiligung erwartet

152/5 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I.

Hierdurch diene den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied, der Kassabücher

Friedrich Krampe

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hons-Kirchhofes, Niederschönhausen, aus statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

71110 Die Ortsverwaltung.

Verein der Rohrer

Berlin und Umgegend.

Am Donnerstag, den 29. September verstarb infolge eines Unfalles unser langjähriges Mitglied, der Rohrer

Hermann Krebs

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Hons-Kirchhofes, Niederschönhausen, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

für das

Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Das Kassenlokal wird am Montag, den 2. Oktober 1905 ins Generalschloßhaus vorn 1 Treppe, Zimmer 6, verlegt.

Das Kassenlokal bleibt am Montag, den 2. Oktober 1905 wegen Umanz geschlossen.

Der Vorstand.

Ernst Davidhäuser, Vorsitzender.

Zigarren!

Billigste Bezugsquelle

für Händler:

ab Mk. 18.—/100

Bell & Co.

Rosenstraße 18, I.

Die Eröffnung

des Verkaufes zur

Herbst- u. Winter-Saison



Filz-Schnallentiefel
mit Friesfutter, Filz- und starker Leder-
sohle, das Beste und
Bequemste fürs Haus
Damen **3,30**
Herren **3,80**



Herren-Hausschuhe
rot und schwarz
Leder, warm
gefüttert, sehr
beliebt . . . **3,90** M.



Damen-Hausschuhe
In feinfarb. Melton, mit Filz-
und Ledersohle, fein
Melton-Futter, ver-
zierte Lasche, Neuheit **3,70** M.



Damen-Steppschuhe
In Melton, mit Lackzierkappe
und Lackballenleder,
Plüsch-einfaß, starker
Ledersohle u. Absatz **3,80** M.



Damen-Morgenschuhe
feinfarbig Melton, mit
dicker Filzsohle **2,50** **2,20** M.
mit starker Filz- und
Ledersohle M. **2,90** **2,60** M.



Kinder-Knopfstiefel
grau Filz, mit Lackbesatz, Leder-
sohle u. kl. Absatz M. **3,50, 3,00** **2,20** M.
fein Melton, mit Lackspitze, Leder-
sohle und Plüsch-einfaß . . . **1,30** M.



Kinder-Filz-Schnallentiefel
mit Lederspitze, Plüsch-einfaß, Filz-
und Ledersohle . . . Größe 27-29 **1,70** M.
Größe 22-26 **1,50** M.



Kinder-Spangenschuhe
fein rot Leder, warm gefüttert, Filz-
und Ledersohle, Pompon . . . **1,60** M.
feinfarbig Melton, Lackzierkappe,
Filzfutter, Ledersohle . . . **1,35** M.

hat begonnen und bringen wir zur gefälligen
Kenntnis, daß unsere

Fabriken

in Burg bei Magdeburg

unseren Verkaufs-Geschäften eine hervor-
ragende Kollektion zeitgemäßer

Neuheiten

überwiesen, deren Besichtigung wir unserer
verehrl. Kundschaft — ohne Kaufzwang —
gern gestatten!

Die Billigkeit unserer Preislagen ist bekannt!

Herren-Schnürstiefel

kerniges Wichleder **4,50** M.
M. **6,50, 5,70**
vorrügliches Roßleder . . . **7,20** M.
echt Chevreau oder Box-
horse, beliebte Qualitäten . . . **8,50** M.
fein Wildroßleder, mit
Spiegellederbesatz . . . **9,80** M.
prima Boxcalf, moderne
Fassons M. **14,50** **10,50** M.



Damen-Knopf- und Schnürstiefel

aus gutem Roßleder . . . **5,00** M.
fein Wildroß mit Lackzier-
kappen M. **7,50** **6,50** M.
echt Chevreau, enorm preis-
wert . . . **7,50** M.
In Boxcalf, äußerst haltbar **8,75** M.
ff. genähte Kalbleder,
Original Goodyear Welt **10,75** M.

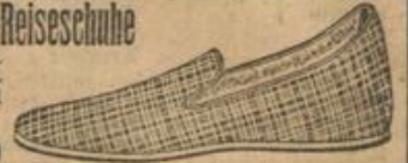


Jährliche Fertigstellung
weit über eine Million
Paar!

89 eigene * 1500 Arbeiter u.
Geschäfte! Beamte.

Damen- u. Herren-Reiseschuhe

aus prima Kamelhaar-
stoff mit Filz- u. Leder-
sohle, sehr warm und
bequem
Damen **3,30**
Herren **3,90**



Damen-Lederschuhe

rot, braun und schwarz,
warm gefüttert, mit
Ledersohle und Ab-
satz **4,50, 3,30** **3,00** M.



Damen-Melton-Schuhe

mit Lasche, fein Melton-
Futter, Ledersohle
und Absatz, sehr
elegant **2,80** M.



Damen-Steppschuhe

farbig Melton, mit Ledersohle
u. Absatz, Plüsch-
einfassung, äußerst
preiswert **2,00** M.



Damen-Filzschuhe

warm gefüttert, mit
starker Filzsohle . **1,70** M.
mit Filz- u. kräftig. **2,25** M.
Ledersohle **2,25** M.



Damen-Filzschuhe

abgesteppt, mit
Filz- und Leder-
sohle . . . M. 1,50 **1,00** M.



Damen-Haus-Pantoffel

aus feinem Filz,
hübsche Farben,
mit starker Filzsohle
M. **1,40, 1,20, 0,90**
mit Filz- und Ledersohle
M. **2,00, 1,40**



Mädchen-Filzschuhe

abgesteppt, warm gefüttert,
mit Filz- und Ledersohle
M. 1,20, 1,10, 1,— **0,90** M.



Conrad Tack & Cie.

Deutschlands
bedeutendste

Schuhwaren-Fabriken

≡ BURG ≡
bei Magdeburg.

C., Rosenthalerstraße 14.,
C., Spittelmarkt 15.
W., Potsdamerstraße 50.
W., Schillstraße 16.
S., Oranienstraße 65.

Eigene Verkaufsgeschäfte in Berlin und Umgegend:
SW., Friedrichstraße 240-241.
NW., Beusselstraße 29.
NW., Turmstraße 41.
NW., Wilsnackerstraße 22.
O., Andreasstraße 50.
O., Frankfurter Allee 125.
SO., Wrangelstraße 49.
N., Danzigerstraße 1.
N., Müllerstraße 3.
N., Reinickendorferstraße 14.

Charlottenburg: Wilmersdorfer-
straße 122-123.
Rixdorf: Bergstraße 30-31.
Potsdam: Brandenburgerstraße 54.